Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post ½ monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig. — —

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 50 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages — — — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr — — —

Nr. 7 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41. | Gelsenkirchen-Buer, Donnerstag, den 9. Januar 1930 | Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41. Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 12. Jahrg.

Der Streit um die Sanktionen

Schachts und Hugenbergs Quertreibereien als Argument der Verhandlungsgegner

Paris, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die internen Beratungen, die von der Finanzkommission am Mittwoch vorläufig unter dem Vorsitz Tardieus abgehalten wurden, haben, wie ein Havas-Kommunique mitteilt, in erster Linie der Sanktionsfrage gegolten. Die französische Delegation soll sich, wie Havas weiter mitteilt, im Verlaufe ihrer Sitzung einen der wichtigsten Punkte der deutschen These zu eigen gemacht haben.

Frankreich hatte zunächst vorgeschlagen, daß an Stelle der Reparationskommission, die mit der Annahme des Young-Planes zu existieren aufhört, künftig im Falle einer deutschen Zahlungseinstellung eine besondere Kommission darüber entscheiden soll, ob Deutschland dazu auch noch zu den Schutzbestimmungen des Young-Planes berechtigt ist, oder ob es sich um eine schuldhafte Verletzung der von ihm übernommenen Verpflichtungen handelt. Deutschland hat gegen die Schaffung einer neuen Instanz protestiert und geltend gemacht, daß für Entscheidungen dieser Art nur ordentliche Verfahren vor den Institutionen des Haager Schiedsgerichts in Frage kommen. Die französische Delegation hat sich diesem Standpunkt am Mittwoch angeschlossen, so daß die Frage als praktisch gelöst betrachtet werden kann.

Für den Fall einer böswilligen Zahlungsverweigerung, d. h., wenn der Haager Gerichtshof die Zahlungsfähigkeit Deutschlands feststellt, und dieses trotzdem sich weigern sollte, Zahlungen vorzunehmen, soll nach dem französischen Standpunkt nicht mehr der Young-Plan gelten, sondern der Friedensvertrag mit allen einschlägigen Sanktionsklauseln wieder in Kraft treten. Wenn es am Dienstag nachmittag trotz der an sich zweifellos vorhandenen Bereitschaft Frankreichs zur Verständigung zu einer ziemlich scharfen Auseinandersetzung zwischen Tardieu, dem auch Snowden beipflichtet, und der deutschen Delegation kam, so schreibt man dies in den hiesigen Kreisen weit weniger den technischen Schwierigkeiten der Moratoriumsfrage zu, als vielmehr den psychologischen Hintergründen, die die deutsche Delegation im Haag in eine ziemlich schiefe Situation gebracht haben. Deutschland müsse begreifen, daß bei aller Anerkennung des guten Willens von Persönlichkeiten, wie Curtius und Wirth es sind, die innenpolitischen Quertreibereien der Schacht, Hugenberg und Genossen das Vertrauen an die deutsche Erfüllungsbereitschaft in schwerster Weise erschüttern müßten und da es sich eben um die Frage handelt, was zu geschehen habe, wenn Deutschland gegen die im Young-Plan vorgesehene Prozedur verstoße, sei es nicht weiter zu verwundern, daß der technische Streit Gefahr laufe, in eine Krise des Vertrauens hinüber zu spielen. Wenn selbst so hochgestellte Persönlichkeiten wie der Präsident der deutschen Reichsbank, der einen weitgehenden direkten Einfluß auf die deutschen Bindungen habe, den Young-Plan mit allen Mitteln zu sabotieren drohten, sei es vom Standpunkt der Gläubiger Deutschlands durchaus begreiflich, daß sie schärfere Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen versuchten, als es sonst der Fall wäre.

Erläuterungen zum Havas-Kommuniqué

Haag, 8. Jan. (Privattelegramm.) Der Zwischenfall mit dem Havas-Kommunique ist dadurch entstanden, daß Tardieu gestern abend, als er nur wenig Zeit für die Informierung seiner Presse zur Verfügung hatte, nur eine ganz gedrängte Uebersicht zu geben vermochte. Das fragliche Kommunique, das keinen amtlichen Charakter trägt, ist ohne seine oder die Mitwirkung eines anderen Delegationsmitgliedes abgefaßt und herausgegeben worden. Die Erläuterung, die heute von autorisierter französischer Seite dazu gegeben worden ist, rückt in dem einleitenden Satz, in dem davon gesprochen wird, daß die fraglichen Aeußerungen Tardieu zugeschrieben werden, von dieser Meldung ab. Die tatsächliche Aeußerung Tardieus in der Sitzung selbst hatte den Sinn, daß er der deutschen Delegation nicht etwa Zweifel an sich selbst, sondern Zweifel an der parlamentarischen Durchsetzungsmöglichkeit ihrer etwaigen Vereinbarungen unterstellte und darauf die gestern gemeldete sehr klare eindeutige Erwiderung des Reichsaußenministers erhielt: „Durchgesetzt könne ein Abkommen unbedingt werden, wenn es keine zusätzliche Belastung für Deutschland bringe, sondern sich durchaus im Rahmen des Young-Planes halte. Hier seien die Grenzen des deutschen Entgegenkommens vorgezeichnet." An der zweiten beanstandeten Stelle liegt aber offensichtlich eine ungenaue Wiedergabe auch der Aeußerungen vor, die Tardieu in der Pressebesprechung getan hat. Hier handelt es sich um eine Aeußerung, die nur in bedingter und hypothetischer Form und nicht etwa als die persönliche Ansicht der französischen Delegation über die Verhandlungsfähigkeit der Deutschen getan war und die in der Wiedergabe den Charakter eines wörtlichen Zitats zu Unrecht angenommen hat.

Keine Uebereinstimmung über die Zahlungen

Haag, 8. Januar. (Drahtmeldung.) Der heutige Tag, der als verhandlungsfreier eigentlich der Ruhe hätte dienen sollen, war bei der deutschen Delegation mit außerordentlich viel Arbeiten ausgefüllt.

Die deutschen Sachverständigen, Geheimrat Kastl und Dr. Melchior, nahmen heute mit den hier anwesenden übrigen Pariser Sachverständigen wegen der umstrittenen Frage des Zahlungstermins Fühlung. Es ergab sich, daß die Sachverständigen keine Uebereinstimmung erzielen konnten. Eine eingehende schriftliche Darlegung hierüber ist in Vorbereitung begriffen.

Reichswirtschaftsminister Schmidt führte eingehende Besprechungen mit dem englischen Handelsminister Graham über Sachlieferungs- und Eisenbahnfragen. Ferner hat Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer mit dem englischen Schatzmeister Snowden über den Wunsch der Gläubigermächte nach Positivierung des negativen Pfandrechts und über die Form der Nachzahlungen für den Fall eines Moratoriums unterhandelt.

Die vorerwähnten Besprechungen dienten der Vorbereitung der morgigen Plenarverhandlungen. Diese werden sich voraussichtlich auf die vier offenen Hauptfragen beschränken:

1. Die Geschäftsführung der Reichsbahn,
2. Die Positivierung des negativen Pfandrechts,
3. Die Nachzahlungen für den Fall eines Moratoriums und
4. Die Frage des monatlichen Zahlungstermins.

Die französischen Diskussionsgrundlagen

WTB. Haag, 8. Januar. (Drahtmeldung.) Ueber den Eindruck, den die Prüfung der französischen Diskussionsgrundlagen erbracht hat, die heute nachmittag der deutschen Delegation überreicht worden sind, erfahren wir: Einigkeit wird zu erzielen sein darüber, daß unter der Regelung des Young-Planes die Beziehungen zu den Gläubigermächten sich ausschließlich nach diesem Plan richten und Sanktionen nicht in Frage kommen werden. Die Franzosen werfen die Frage auf, was geschieht, wenn Deutschland sich vom Young-Plan lossagt. Sie haben uns darüber einige Gedanken unterbreitet. Wir sind in deren erste Prüfung eingetreten. Der Eindruck ist der einer großen Sorge, ob es möglich sein wird, eine Klarstellung und Regelung zu erzielen, die uns eine Annahme ermöglicht.

Dauer der Konferenz

Paris, 8. Januar. (Drahtmeldung.) Der [illegible] des „Matin" berichtet seinem Blatte aus dem Haag, trotz des methodischen Vorgehens werde die Konferenz ihre Arbeiten nicht binnen wenigen Tagen zu Ende führen können. [illegible], der am Freitag abreisen müsse, um sich nach Genf zu begeben, beabsichtige, bereits am Donnerstag der nächsten Woche wieder nach dem Haag zurückzukehren. Ministerpräsident Tardieu, der hoffte, am 13. Januar zur Eröffnung der Parlamentssession endgültig nach Paris abreisen zu können, erkenne jetzt, daß er 48 Stunden später wieder nach dem Haag werde zurückkommen müssen. Auch die für den 19. Januar in Checquers geplante Zusammenkunft vor der Londoner Seeabrüstungskonferenz scheine in Frage gestellt zu sein.

Kein neuer Intendant

der Berliner Staatsoper?



Leopold Jeßner,

Berlin, 8. Jan. **Nach eingehenden Verhandlungen zwischen dem Generalintendanten Jeßner und dem Bevollmächtigten des preußischen Kultusministers Dr. Becker, ist, wie die „Vossische Ztg." meldet, eine Verständigung auf der Grundlage herbeigeführt worden, daß Jeßner auf die Stellung des Generalintendanten und auf die Leitung der beiden Berliner Staatstheater verzichtet, dagegen die Stellung als Regisseur bei den Staatstheatern beibehält. Die Bezüge für diese Stellung werden noch festgelegt werden. Jeßner behält auch die Leitung der staatlichen Schauspielschule. Man nimmt an, daß der Kultusminister, der z. Zt. in Berlin weilt nach seiner Rückkehr am Freitag den neuen Vertrag mit Jeßner unterzeichnen wird. Ein neuer Generalintendant der Staatstheater soll, wie bereits gemeldet ist, bis auf weiteres nicht bestellt werden.**

Eine Meldung, die kurz vor Redaktionsschluß eingeht, bezeichnet die bisherigen Nachrichten zum Fall Jeßner (Verzicht auf die Generalintendantur, Beibehaltung der Regieführung usw.) als verfrüht. Die Verhandlungen mit Jeßner führte ein Mittelsmann, der dem Kultusminister nach dessen Rückkehr nach Berlin, die morgen zu erwarten ist, erst Bericht zu erstatten hat. Ob und inwieweit der Minister dem Ergebnis der Besprechungen beipflichten wird, läßt sich nicht ohne weiteres vorhersagen. Soviel jedoch steht fest, daß der Minister nicht zu endgültigen Beschlüssen gelangen wird, ehe er mit der Kunstabteilung des Kultusministeriums Fühlung genommen und die Meinung des Preußischen Landtags zu der Angelegenheit ermittelt hat.

Seeabrüstung

Der optimistische Macdonald

London, 8. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In einem Interview erklärte Macdonald, daß die Vorbereitungen zur Seeabrüstungskonferenz gute Fortschritte mache. Es beständen zwar noch kleinere Meinungsverschiedenheiten, aber sie seien nicht bedeutungsvoll genug, um eine Einigung zu verhindern. Er betrachte die Aussichten der Konferenz sehr optimistisch. Großbritannien sei bereit, mit voller Zustimmung der britischen Admiralität Vorschläge zu unterbreiten, die auf eine bedeutende Herabsetzung des Schiffsbauprogramms hinauskäme, ohne die Sicherheit des Reiches zu gefährden. Er möchte sich darüber klar sein, daß die Durchführung dieser Einschränkungen des Schiffsbauprogramms von dem Zustandekommen eines internationalen Abkommens abhängig sei.

Das wichtigste Problem

der Kohlenkonferenz

Der Internationale Gewerkschaftsbund übermittelt unserem Bochumer Mitarbeiter folgende Ausführungen zum internationalen Kohlenproblem:

Die Genfer Kohlenkonferenz wird vorwiegend der Behandlung der sozialpolitischen Seite der Frage gelten. Ihre Arbeiten werden begünstigt durch die in zweiter Lesung erfolgte Annahme des Bergbaugesetzes in Großbritannien. Die ganze Problemstellung wird dadurch international klarer, was allerdings auch zur Folge hat, daß die eigentlichen Schwierigkeiten in eindeutiger Weise in Erscheinung treten. Die tatsächliche Arbeit kann beginnen; es wird jedoch ein schwieriges Werk sein! **Für den internationalen Beobachter handelt es sich dabei zunächst vor allem darum, über die mehr sozialpolitischen Genfer Verhandlungen hinaus nach jenen Momenten zu sehen, die durch die eindeutige Problemstellung wirtschaftlich in ein neueres und schärferes Licht treten.**

Dabei heißt es vor allen Dingen, auf die Lage Englands hinzuweisen. Es genügt in dieser Beziehung die Feststellung, daß der britische Kohlenexport nicht nur seit der Vorkriegszeit von 85 Mill. Tonnen auf 50—55 Mill. Tonnen zurückgegangen ist, sondern ein großer Teil dieses Exportes ohne jeglichen oder mit einem unwirtschaftlich kleinen Gewinn erfolgte.

Das britische Kohlengesetz soll u. a. in diese Verhältnisse Aenderung bringen. Im Zusammenhang mit der neuen Organisation des britischen Kohlenmarktes erhält eine zentrale Instanz das Recht, zu Gunsten des Exportes oder der Belieferung von schlechtstehenden inländischen Industrien eine Taxe auf Kohle zu erheben.

Wie stellen sich die verantwortlichen Behörden in England die in diese Richtung gehende Maßnahmen vor und welche neue Konstellation wird sich auf dem internationalen Markt ergeben?

Darüber erteilen diesbezügliche Ausführungen des britischen Handelsministers Graham direkte und nützliche Auskünfte. Wir geben sie an Hand gemeinsamer Veröffentlichungen der britischen Arbeiterpartei und des britischen Gewerkschaftsbundes in gedrängter Form nachstehend wieder:

Die vom Gesetz auf dem Gebiete der Subvention vorgesehenen Maßnahmen haben u. a. den Zweck, die britische Kohlenindustrie in die Lage zu versetzen, mit dem Weltmarktpreis zu konkurrieren. In diesem Falle ist der europäische Preis maßgebend. Es gibt jedoch noch andere Mittel. Graham sagt darüber u. a.: „Wie haben sich in Europa die direkten Diskussionen über die Marktfrage gestaltet? Polen wußte sich auf dem Markt der skandinavischen Länder sehr große Vorteile zu verschaffen, und zwar hauptsächlich auf Kosten Großbritanniens. Deutschland erzielte Erfolge in anderer Richtung.

Erst kürzlich fanden Besprechungen zwischen den Kohlenproduzenten der sogen. 5 Grafschaften Englands und den polnischen und deutschen Bergherren statt.

Es gibt Vorschläge über die Aufteilung des europäischen Marktes, die jedoch nur von wenigen Kohlenproduzenten Europas angenommen werden können. Welches sind die Schwierigkeiten, die sich auf diesem Wege ergeben? Schaut man nach Polen und Deutschland, so sieht man, daß ein großer Teil des Exports konzentriert ist. In Großbritannien aber ist er zersplittert. Es ist offenkundig, daß wir wenig Aussicht auf eine angemessene Berücksichtigung bei internationalen Uebereinkommen haben, solange wir nicht irgendeine Organisation schaffen, die es uns erlaubt, der deutschen, polnischen, französischen oder sonstigen Kohle des Kontinents eine Einheitsfront gegenüberzustellen. Im Fünfgrafschaftsabkommen haben die Unternehmer in eindeutiger Weise gesagt, daß sie über die sog. Subvention der Industrie nicht begeisterter sind als wir.

Nun glaube ich jedoch, daß die alleinige Tatsache der Möglichkeit einer solchen Subvention seitens der britischen Regierung genügt, um ihre Anwendung zu vermeiden und daß dadurch der Rücken jener gestärkt wird, die als Pioniere die oben angedeuteten direkten Verhandlungen geführt und sie nun in dem Sinne erweitert haben, daß der englischen Vertretung Delegierte der ganzen Vereinigung der Bergherren beigesellt werden.

Nachdem ich in meiner sechsmonatigen Amtszeit mit der ganzen Frage vertraut geworden bin, möchte ich nicht behaupten, daß der Pfad eines internationalen Uebereinkommens ein unbeschwerlicher ist. Auf alle Fälle läßt sich jedoch sagen, daß, wenn nicht irgendein Plan überhaupt vorhanden ist, die Schwierigkeiten noch größer werden. Schon jetzt sind Zeichen dafür gegeben, daß, wenn es einen solchen Plan gibt, er praktisch durchgeführt und ihm von Großbritannien zugestimmt wird, sich die Dinge in den in Frage kommenden europäischen Ländern in einem für Großbritannien begrüßenswerten Sinne entwickelt werden."

Die Ausführungen Grahams sind sichtbar gegen die staatliche Unterstützung der Preisschneiderei gerichtet. **Daß dem neuen Gesetz zufolge auch England zu Subventionen übergehen kann, soll lediglich auf die europäischen Länder einen Druck zu Gunsten der Preisgabe solcher Waffen ausüben.** Dies ist an sich begrüßenswert. Würde jedoch der Kohlenkrieg dadurch weniger scharf? Und würde vielleicht nicht einfach der Krankheits- und Elendsherd vom Grubengebiet eines Landes auf jenen eines anderen Landes übertragen?

Die Genfer Konferenz kann darauf eine erfreuliche Antwort geben, indem sie wirklich internationale Lohn- und Arbeitszeitabkommen zur Annahme bringt.

Damit würden im Konkurrenzkampf nicht mehr die Hungerlöhne der Bergarbeiter oder die der Allgemeinheit abgenommenen staatlichen Subventionen den Ausschlag geben, sondern jene kaufmännischen und technischen Fähigkeiten der Unternehmer, auf die sie ja so stolz sind und deren „freie Entfaltung" ihnen sonst so am Herzen liegt!

Schwierigkeiten bei der Rheinlandhalle?

Köln, 8. Januar. (Eig. Drahtber.) Die große Sporthalle in Köln, die Rheinlandhalle, die etwa 8000 Besucher faßt, hat ihre Zahlungen eingestellt. Fast sämtliche Veranstaltungen in dieser Halle haben mit einem Defizit abgeschlossen.

Die Rheinlandhalle erklärt dazu: Die Meldung entspricht nicht den Tatsachen. Die Schwierigkeiten bestehen lediglich nur bei der Radsporthallenbetriebsgesellschaft, die die Rheinlandhalle gepachtet hatte. Die Restaurationsbetriebe werden davon nicht berührt. Alle Veranstaltungen werden selbstverständlich in der vorgesehenen Weise durchgeführt.

Die Verhandlungen in Genf

Allgemeine Aussprache

Genf, 8. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Die Kohlenkonferenz beendete am Mittwoch ihre allgemeine Aussprache. Die am Vormittag geführte Diskussion über die Löhne endete damit, daß man die Leitung der Konferenz beauftragte, von dem Arbeitsamt in Form einer Entschließung einen eingehenden

Bericht über die Lohnfrage

für die Arbeitskonferenz im Juni zu fordern. Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen soll die Leitung der Konferenz verschiedene in der Debatte vorgebrachten Forderungen ebenfalls in die Form von Entschließungen kleiden.

Es handelt sich bei diesen Forderungen vor allen Dingen um solche, die im Namen der Arbeitnehmer-Gruppe von Schmidt, Bochum vorgebracht wurden. Dieser forderte eine Angleichung der Sozialversicherung, eine internationale gesetzliche Festlegung von bezahltem Urlaub, eine Verpflichtung der Staaten bei der Arbeitsaufsicht, Arbeitnehmer maßgebend zu beteiligen. Schmidt, sowie der deutsche Regierungsvertreter wiesen wiederholt darauf hin, daß die Zeit reif sei, um ein internationales Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen unter 16 Jahren unter Tage zu erlassen.

Schmidt, sowie der französische Arbeitnehmer verwiesen auch auf die besonders verhängnisvolle Rolle der Berufskrankheiten im Bergbau und verlangten, daß die verheerenden Wirkungen dieser

Berufskrankheiten international als Unfall anerkannt

und behandelt würden. Das Ergebnis der allgemeinen Aussprache bestätigt, daß sich die Arbeit der Mehrheit der Kommission auf die Verfertigung eines Entwurfes für ein internationales Arbeitsabkommen konzentrieren wird.

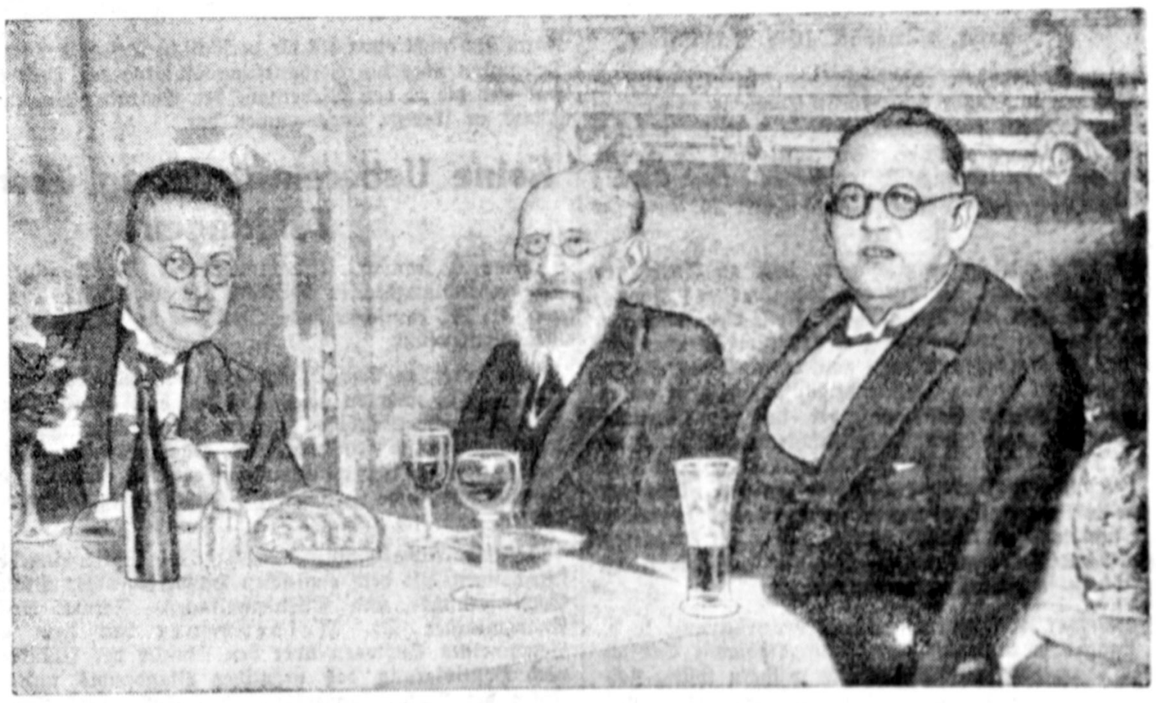
Die weitergehenden Wünsche Englands sowie der Arbeitnehmer in der Lohnfrage und die Wünsche der Arbeitnehmer-Gruppe in bezug auf die Frage des Urlaubs, der Arbeitsaufsicht usw. werden auf dieser Konferenz keine unmittelbare Erfüllung finden. Die Mehrzahl der Regierungen glaubte den Widerstand der Arbeitgeber und eine Minderheit der Regierungen unter Führung Polens, gegen jedes praktische Arbeiten nur dadurch überwinden zu können, daß sie sich auf die Arbeitszeit konzentrieren, während man sich bei den andern Fragen darauf beschränkt, sie in der Schwebe zu halten, um später auf sie zurückzukommen.

Die Konferenz tritt am Donnerstag als Kommission in ihrer Gesamtheit in die

Einzelberatung des Arbeitszeitentwurfes

ein.

Die Arbeitnehmer-Gruppe wählte Dr. Berger, Bochum, zu ihrem Sekretär.



Reichstagspräsident Paul Löbe veranstaltete anläßlich des 80. Geburtstages Eduard Bernsteins eine Feier, an der unter vielen anderen auch Reichskanzler Hermann Müller teilnahm.
Der Jubilar mit Reichstagspräsident Löbe und Reichskanzler Müller.

Kisten voll Tscherwonzen

Sadathieraschwili aus der Haft entlassen

Berlin, 8. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Am dritten Verhandlungstag im Tscherwonzen-Prozeß wurden die Angeklagten Becker und Böhle vernommen. Becker gibt an, weniger aktiv gewesen zu sein als Dr. Weber, der Vertreter des General Hoffmann vor der Londoner Konferenz war. Becker hat, als er in der Inflationszeit geschäftlich ruiniert war, in München einen Posten als Ingenieur angenommen und dort seinen Kollegen Bell kennengelernt, dem „die Interessen des Deutschtums an die Seele gewachsen wären." 1919 will Becker noch Demokrat gewesen sein und seither politisch nicht mehr hervorgetreten sein. Er begeisterte sich trotzdem für die kühnen georgischen Befreiungspläne und beschaffte Bell durch die ihm bekannten Finanzleute eine Summe von 150 000 Mk., mit denen sein Freund in den Kaukasus abdampfte. Als sie dann nichts mehr von dem Abgereisten hörten, bekamen sie es mit der Angst zu tun. Becker und sein Finanzmann Thyralla hatten für Bell Bürgschaft geleistet und sie hielten sich nun an Sadathieraschwili, der Becker in einem verschlossenen Umschlag 1000 Tscherwonzen als Sicherheit übergab. Keiner von beiden will den geringsten Zweifel an der Echtheit der Banknoten gehabt haben. Diese tausend Tscherwonzen, die einen Wert von 20 000 Mk. gehabt hätten, wurden bei einem Bankhaus hinterlegt. Becker bat um weiteres russisches Geld, mit dem er seine Reise hinter Bell her finanzieren wollte und erhielt zum Zweck der Lombardierung von dem Georgier nochmal 518 Tscherwonzen. In München wollte niemand auf die Banknoten anbeißen, deshalb versuchte Becker es in Berlin. Hier habe niemand die Echtheit angezweifelt, auch nicht die Garantiebank des Ostens. Nun hätte die Reise in den Kaukasus angetreten werden können, als die Verhaftung Beckers erfolgte. Voller unfreiwilliger Komik war sodann die Vernehmung Böhles. Böhle erzählt, daß eines Tages Sadathieraschwili zu ihm kam und ihn für die deutsche Volksausgabe eines Buches von Awerloff begeisterte, außerdem bat er ihn um die Erlaubnis, Kisten in seinem Keller unterzustellen. Was sich darin befand, will Böhle nicht gewußt haben, obwohl er nachher die Herren, die sich Schwarz und Müller nannten — es waren Sadathieraschwili und der Buchdrucker Schneider aus München — zu 2 Photographen führte, die das Wasserzeichen der Banknoten aufnehmen sollten und obwohl er 300 Mk. dafür bekam. Darauf hat er die beiden mit dem Buchdruckereibesitzer Schmidt bekanntgemacht, wo sie dann lustig Tscherwonzen druckten. Der dritte Verhandlungstag endete schließlich mit einem Beschluß des Gerichts auf Haftentlassung Sadathieraschwilis, der 2000 Mk. Kaution stellen mußte. Der Beschluß des Gerichts wurde mit lautem Beifall aufgenommen.

Kein Panzerkreuzer B

Die 8-Millionenforderung von der Reichsregierung gestrichen

Berlin, 8. Jan. (Eig. Drahtber.) Wie das „Berliner Tageblatt" dem demokratischen Zeitungsdienst entnimmt, hat die Marineleitung für das Jahr 1930 als ersten Teilbetrag für den Bau eines Panzerkreuzers „B", der mit „Ersatz Lothringen" bezeichnet wird, einen Betrag von 8 Millionen Mark angefordert. Dieser Betrag ist aber bereits bei den ersten Beratungen innerhalb der Reichsregierung gestrichen worden und es kann kaum angenommen werden, daß die Marineleitung nunmehr, nachdem das Schuldentilgungsgesetz weitere Einsparungen am Reichshaushalt möglich gemacht hat, die Forderung erneut vorbringen wird.

Für den Panzerkreuzer „A", Ersatz „Preußen", waren von der Marineleitung für das Jahr 1930 11 Millionen Mark angefordert, davon sind aber nur 9 Millionen Mark bewilligt worden, das heißt: die gleiche Summe wie 1929.

Die Anforderungen für den Bau des Kreuzers „Leipzig" belaufen sich für 1930 auf 7 Millionen.

Die innerhalb des Reichsressorts beim Marineetat vorgenommenen Streichungen haben bisher insgesamt einen Betrag von 39 Millionen ergeben. Nach der ersten Vorlage belaufen sich die Anforderungen der Marine im ordentlichen Haushalt bei den fortdauernden Ausgaben und den einmaligen Ausgaben auf insgesamt 190 Millionen Mark.

Weihe einer Friedrich-Ebert-Halle. Zugleich mit der Einweihung der neuen höheren Schulen erfolgte heute vormittag die Weihe der Friedrich Ebert-Halle in Harburg-Wilhelmsburg, in der die vom Reichsinnenminister Severing gestiftete Büste des ersten Reichspräsidenten aufgestellt ist.

Nr. 7. 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Donnerstag, den 9. Januar 1930.

Stadt Gelsenkirchen-Buer.

Gelsenkirchen-Buer, den 9 Januar 1929.

Das Echo aus Gelsenkirchen.

Wirtschaftsverbände zur Namensfrage.

Es war keine Versammlung von Bürgern des Stadtteils Gelsenkirchen, die sich im „Berliner Hof" — dank der Fürsorge der Leitung ungeheizt, dafür aber unter elektrisch beleuchtetem Christbaum — eingefunden hatte, um das moralische, historische und wirtschaftliche Recht des Stadtteils Gelsenkirchen zu betonen, das dahin tendiert, der neuen Großstadt endgültig den international bekannten Namen Gelsenkirchen zu geben, sondern es waren von rein wirtschaftlich interessierten Kreisen zusammengezogene Wirtschaftsverbände, die für diese Namensänderung plädierten, und das in einer Art, die nicht immer glücklich zu nennen war. Wenn der Redner des Abends, Herr Metz, gar so stark den Ton auf die Gelsenkirchener Industrie legte und ausführte, daß ja hier kein Ort zum Sommeraufenthalt sei, sondern daß Gelsenkirchen eben Industrie und nur Industrie verkörpere, so mag das im Hinblick auf die ganze Sphäre und Idenwelt, aus der Herr Metz kommt, nicht allzu schwer wiegen, besonders dann nicht, wenn wir uns daran erinnern, daß die Töne, die von Buer kamen, die insbesondere von der christ-katholischen „Buerschen Volkszeitung" auf diesem Gebiete angeschlagen worden waren, nichts weniger als vornehm genannt werden können. Zu weit aber geht es, wenn Herr Metz am Mittwochabend vor einer Versammlung, in der auch Mitbürger aus Buer saßen, sinngemäß erklärte: „Wenn es für Buer wirtschaftliche Schwierigkeiten gibt (immer im Hinblick auf postalische und sonstige verkehrstechnische Momente. D. Red.), so geht uns das gar nichts an. Wir haben ja auch unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Gelsenkirchen."

Das kann nur gesagt werden von einem Manne, der sich mit dem Gedanken trägt, der organisatorischen Zusammenwachsung der Stadtteile Gelsenkirchen, Buer und Horst Schwierigkeiten zu bereiten und sie in ihrer letzten Auswirkung zu verhindern.

Und in diesem Verdacht steht Herr Metz mitsamt gewissen Gruppen, zu deren Sprachrohr er sich gemacht hat.

Auch die Entschließung, die Herr Metz als Redner eingebracht hatte, war in ihrer unnötigen Schärfe nur dazu angetan, diesen Verdacht zu verstärken. Es ist deshalb im Interesse der Zusammenarbeit und des Ineinanderwachsens der drei Stadtteile nur zu begrüßen, wenn nicht seine Entschließung, sondern die des Stadtverordneten Busch angenommen wurde, die da lautete:

„Die heute im „Berliner Hof" tagende Versammlung weist die in Buer gefaßten (und von uns bereits gebrachten. — D. Red.) **Entschlüsse entschieden als nicht berechtigt zurück und stellt sich geschlossen hinter die Vorlage der Stadtverwaltung."**

Es wurde der Zusatzantrag Metz angenommen, der die Stadtverordneten der verschiedenen Parteien bittet, sich für die Vorlage der Stadtverwaltung einzusetzen.

Wir sind der Auffassung, daß der Vorlage der Verwaltung und damit auch der vorstehenden Entschließung eine Mehrheit beschieden sein wird, und geben darüber hinaus unserer Meinung Ausdruck, daß sich die Dinge keinesfalls so zugespitzt hätten, wenn die Buersche Presse das Ganze nicht bis zur Siedehitze getrieben hätte. Dabei ist noch festzustellen, daß die Ausgabe der „Buerschen Zeitung" für den Stadtteil Gelsenkirchen „aus taktischen Gründen" diese Dinge für den Stadtteil Buer heraus lassen hat, während sie sonst hinter der „Buerschen Volkszeitung" in dem Bemühen, „die Volksseele zum Kochen zu bringen", um nichts zurückgeblieben war.

Zum Schutz der Stammarbeiter.

Wie bekannt, hatte im Vorjahre anläßlich der Etatsberatungen die SPD. den Antrag gestellt und zur Annahme gebracht, wonach Stammarbeiter von der Entlassung ausgeschlossen sein sollen. Es ist auch damals eine Zusage nach dieser Richtung hin vom Oberbürgermeister gemacht worden. Inzwischen haben sich jedoch die Dinge anders entwickelt. Die Finanzen sind immer ungünstiger geworden, und die Verwaltung schreckt vor der Entlassung von Stammarbeitern in keiner Weise zurück. Der Oberbürgermeister suchte neulich in einer Pressekonferenz diese Maßnahme eben damit zu begründen, daß sich die Finanzverhältnisse doch seit den damaligen Verhandlungen ganz anders entwickelt hätten.

Die SPD. jedenfalls ist nicht geneigt, die Dinge so ohne weiteres laufen zu lassen, und sie hat für die morgige Stadtverordnetenfraktion, in der übrigens, nachdem Genossin Pfeifenbring wegen Wegzuges aus der Fraktion ausgeschieden ist, die Genossin Zingler wieder als Stadtverordnete eingeführt wird, einen Antrag eingebracht, der zur nochmaligen klaren Stellungnahme zu dieser Frage zwingt. Jedenfalls gilt es, sich gegen diese Massenentlassung von Stammarbeitern zur Wehr zu setzen.

Der Verkehr in den städtischen Bädern.

Im Stadtbade Gelsenkirchen wurden im Monat Dezember 1929 insgesamt 29 376 Bäder verabreicht, und zwar:

10 038 Schwimmbäder an Männer,
3 303 Schwimmbäder an Frauen,
1 897 Wannenbäder an Männer,
1 618 Wannenbäder an Frauen,
3 084 Brausebäder an Männer,
108 Brausebäder an Frauen,
446 Heilbäder an Männer,
134 Heilbäder an Frauen,
490 Heilbäder auf Kosten der Krankenkassen,
355 Brausebäder an städtische Arbeiter auf Kosten der Stadt,
7 903 Schwimmbäder an Volksschüler beiderlei Geschlechts auf Kosten der Schulverwaltung.

Die Kasse des Stadtbades ist im Monat Januar 1930 an Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 19 Uhr nachmittags ununterbrochen, am Samstag bis 20 Uhr geöffnet. An Sonntagen ist die Anstalt von 8 bis 12 Uhr geöffnet. Die Wiedereröffnung des Heilbades mit Liegehalle ist am Mittwoch, dem 8. dieses Monats, erfolgt.

Verlängerung der Einheitswerte.

Der Großhandelsverband, E. V., Gelsenkirchen, schreibt:

Nach dem Reichsbewertungsgesetz (§ 5, Absatz 2) soll die Feststellung der Einheitswerte, die bekanntlich der Vermögenssteuer und der Industriebelastung zugrunde gelegt werden, und die in Zukunft auch u. a. der Hauszinssteuererhebung als Grundlage dienen soll, jährlich per 1. Januar vorgenommen werden. Schon das Reichsbewertungsgesetz sieht vor, daß der Reichsfinanzminister mit Zustimmung des Reichsrats und des in Frage kommenden Reichstagsausschusses die Frist verlängern kann.

Die letzte Einheitsbewertung erfolgte nach dem Stichtag vom 1. Januar 1928. Der Reichsfinanzminister hat nunmehr durch die Verordnung über die Ausdehnung des am 1. Januar 1928 begonnenden Hauptfeststellungszeitraumes auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes vom 20. Dezember 1929 (Reichsgesetzblatt I S. 226) angeordnet, daß für die Feststellung der Einheitswerte der mit dem 1. Januar 1928 beginnende Hauptfeststellungszeitraum auf das Kalenderjahr 1929 ausgedehnt wird. Demnach findet also für das Jahr 1929 eine Neufestsetzung der Einheitswerte nicht statt.

Auch per 1. Januar 1930 ist mit einer Neufestsetzung der Einheitswerte für die Landwirtschaft wie auch für das Grundvermögen nicht zu rechnen. Denn es ist im Steuervereinheitlichungsgesetz vorgesehen, daß für die Landwirtschaft als auch für das Grundvermögen eine Bewertung in Zukunft nur noch alle drei Jahre erfolgen soll. Dagegen ist damit zu rechnen, daß das Betriebsvermögen und das „sonstige" Vermögen im Sinne des § 2 des Reichsbewertungsgesetzes vom 10. August 1925 per 1. Januar 1930 neu festgesetzt wird.

„Voll Ahnung großer Entscheidungen"

So schreibt die „Hüttenzeitung" unter der Ueberschrift „Ins neue Jahr": „Treten wir denn über die Schwelle des neuen Jahres, das dunkel und voll Ahnung großer Entscheidungen vor uns liegt . . ."

Es ist schon mehr Gewißheit, daß das neue Jahr große Entscheidungen bringen wird, die die beiden Kontrahenten der Wirtschaft, Arbeiter und Unternehmer, angehen. In diesem Jahre laufen nämlich eine Unmenge Tarifverträge und Vereinbarungen ab, deren Neufestsetzung schwere Kämpfe heraufbeschwören wird. Wer das nicht weiß, der muß es am Verhalten unserer „Wirtschaftsführer" erkennen. Sobald das Arbeitsverhältnis stabil ist, d. h., solange keine Lohn- oder Arbeitszeitbewegungen zu erwarten sind, solange ist Arbeit vorhanden, solange hält sich die Erwerbslosenziffer auf der Minimalgrenze. Das war nach jedem Abschluß langfristiger Tarifverträge zu beobachten. Sobald aber das Ende der Frist herannahte, ließ die Arbeit nach, es herrschte „Auftragsmangel" usw. Ein Stillegungsantrag jagte den anderen, und im Anschluß daran wurden Hunderte Arbeiter entlassen. Wohl bemühten sich die Unternehmer, ihre Maßnahmen mit „wirtschaftlicher Notwendigkeit" zu begründen, aber es ist doch eigentümlich, daß sich solche „wirtschaftliche Notwendigkeiten" immer kurz vor Beginn von Verhandlungen einstellen, von denen die Arbeiter eine Besserung ihrer Lage erwarten.

Achtung!

Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei!

Sonntag, den 12. dieses Monats, morgens Punkt 10 Uhr, im kleinen Saale der Ausstellungshalle, Gelsenkirchen, Augustastraße:

Große politische Aussprache.

Reichstagsabgeordneter Janschek spricht über das Thema: Warum Rücktritt Hilferdings? Mit der Aufrollung dieser Frage werden sämtliche schwebenden Fragen, insbesondere der Steuer- und Finanzreform, einer Prüfung unterzogen werden müssen.

Kein Mitglied darf in dieser Versammlung fehlen. Parteimitgliedsbuch legitimiert! Einführung von Freunden der Partei durch Mitglieder gestattet.

Der Vorstand: Brüntink.

Bei Berücksichtigung dieser Tatsachen mutet der Artikel der „Hüttenzeitung" wie Hohn an. Wer ist denn der lachende Dritte in dem Kampf der beiden Wirtschaftsriesen Arbeiter und Unternehmer? Etwa die sogenannten „Finde"? Die haben kein Interesse daran, die deutsche Wirtschaft lahmzulegen, denn dann wird für sie die Aussicht auf deutsche Zahlungen zu klein. Was soll dann aber das Gejammer nach Einigkeit? Nach Einigkeit, „wie sie sie auffassen", wie sie für die Arbeiterschaft gleichbedeutend mit Selbstmord ist. Diese Arbeiterschaft ist sich darüber klar, daß die deutsche Industrie für sie Lebensnotwendigkeit ist, und sie ist daher bereit, an dem Ausbau dieser Industrie tatkräftig mitzuarbeiten. Daß diese Bereitschaft aber soweit gehen soll, daß der Arbeiter um ihrer willen sein Leben durch Hungerkuren unnötigerweise verkürzt, wird kein einsichtiger Mensch von ihm verlangen. Um so weniger verlangen können, als der Beweis von der Industrie erbracht worden ist, daß dem Arbeiter ganz gut höhere Löhne gezahlt werden können. Und mehr verlangen sie nicht. Gerade die Arbeiter verlangen am allerwenigsten Unmögliches; und wenn die Industrie in der Lage wäre, der Arbeiterschaft eindeutig zu beweisen, daß niedrige Löhne die einzige Möglichkeit zur Kapitalbildung seien, würden die deutschen Arbeiter aus nationalem Interesse auf jede Lohnerhöhung jederzeit von selbst verzichten, denn sie sind in besserem Sinne national, als die deutschen Unternehmer. Beweis 1914. Beweis die außenpolitische Tätigkeit der Sozialdemokratie. Aber darüber soll hier nicht geredet werden. Ich sagte: Wenn die Industrie in der Lage sei, zu beweisen, daß niedrige Löhne die einzige Möglichkeit der Kapitalbildung seien. Sie sind nicht die einzige Möglichkeit, denn es kommt nicht darauf an, Kapital zu bilden und zu investieren, um nachher dieses investierte Kapital brach liegen zu lassen (siehe die Zeche Preußen bei Lünen), sondern es kommt darauf an, daß das vorhandene Kapital in Deutschland und im Interesse Deutschlands arbeitet. Das aber wird keineswegs erreicht, wenn deutsche Unternehmer als Aufsichtsräte und Direktoren von deutschen Unternehmen wahnsinnig zu nennende Gehälter, Tantiemen und Dividenden beziehen, und diese Summen dann ins Ausland abschieben. Das heißt mit anderen Worten, wenn die dazu befähigten Personen die „Kapitalflucht" verhindern, muß und wird sich die Möglichkeit schaffen lassen, der deutschen Industrie Betriebskapital zuzuwenden.

Aber auch die Arbeiterschaft hat sich bereits mit einer anderen Möglichkeit der Kapitalbildung erfolgreich beschäftigt. Sie hat es fertiggebracht, ein eigenes Bankinstitut zu gründen, das, wie wir heute sehen, in allerkürzester Zeit zu Ansehen selbst auf dem kapitalistischen Geldmarkt gelangt ist. Seine letzte Jahresabrechnung beweist, daß durch planmäßige Bewirtschaftung des Geldes selbst nach kapitalistischer Methode Kapital gebildet werden kann. Und was bezeichnend dabei ist, das ist der Umstand, daß der größte Teil der durch die Arbeiterbank verwalteten Gelder Spargroschen der Arbeiter sind. Ueber diesen Umweg werden die Spargroschen der Arbeiter Kapital, an dem ebenfalls Macht hängt, Macht, die den Unternehmern unangenehm ist. Diese Unannehmlichkeit wollen sie durch Herunterhalten der Löhne ausschalten. Es wird ihnen nicht gelingen. Selbst, wenn sie tatsächlich den „Herr-im-Haus-Standpunkt" begraben haben sollten, wie die „Hüttenzeitung" schreibt (tatsächlich fühlen sich die Herren Syndici jetzt wie die Herren im Hause).

Sie sabeln von Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern. Grundbedingung jeder Arbeiterschaft ist gegenseitiges Vertrauen. Und wo gegenseitiges Vertrauen besteht, kann selbst die gleiche Verdammnis, in der Arbeiter, Angestellte und Unternehmer sich nach der „Hüttenzeitung" befinden, einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft keinen Abbruch tun, wenn alle Faktoren nach einem Ziele streben. Aber das ist gerade, was jede Arbeitsgemeinschaft zur Unfruchtbarkeit verurteilt, daß man dem einen Kontrahenten und der Oeffentlichkeit schöne Zukunftsbilder vorgaukelt, während man auf der anderen Seite nichts als schäbigen Profit erreichen will. Das aber ist die Arbeitsgemeinschaft, die dem Soldschreiber der „Hüttenzeitung" vorschwebt, und durch die er nur, aber auch nur einzig und allein dem Unternehmertum dienen will, das sich nicht scheut, zu Zeiten größter deutscher Not notwendiges Kapital ins Ausland zu verschieben und, was noch schwerwiegender ist, durch seine prominenten „Führer" (Klönne) Verhandlungen mit französischen Nationalisten führen läßt, die geeignet sind, Deutschland zum Kriegsschauplatz zu machen.

Wie führend liest es sich, wenn der Artikelschreiber von der Not der Deutschen in und außerhalb Deutschlands schreibt, von der Not der Deutschen in Südtirol, die unter der Herrschaft eines in Deutschland so sehnsüchtig verlangten starken Mannes schmachten (Und seine Gesinnungsfreunde und Vorgesetzten gehen Arm in Arm mit einem Hitler.) So sehen diese Leute aus, die von Arbeitsgemeinschaft und Demokratie reden und dabei mit allen Fasern bestrebt sind, in Wirtschaft und Staat eine Diktatur aufzurichten, wie die Welt bisher noch keine sah. Und so treten wir denn über die Schwelle des neuen Jahres, das dunkel und voll Ahnung großer Entscheidungen vor uns liegt. Wir organisierten Arbeiter sehen diesen Entscheidungen voll Zuversicht entgegen, denn wir sind gerüstet.

Custos.

Ueberfall durch einen maskierten Räuber.

Am Dienstag, dem 7. dieses Monats, gegen 18.45 Uhr, wurde von einem Mann mit einer schwarzen Maske die Verkäuferin der Filiale Berowski in der Josefinenstraße unter Vorhaltung einer Pistole zur Herausgabe der Kasse aufgefordert. Die Verkäuferin besaß aber soviel Geistesgegenwart, in ein nebenliegendes Zimmer zu flüchten, sich dort einzuschließen und einen in der Nähe wohnenden Polizeibeamten anzurufen. Dieser war mit seinem Hund nach kurzer Zeit zur Stelle und sah noch den Eindringling aus dem Geschäft fliehen. Obwohl er sofort mit dem Hunde die Verfolgung aufnahm, konnte der Verfolgte entweichen, und war es dem Beamten trotz zweistündigen Suchens nicht möglich, seiner habhaft zu werden. Infolge des raschen Erscheinens des Beamten mußte der Räuber auf irgendwelche Beute verzichten.

Der Täter ist etwa 1,75 Meter groß. Er trug einen schwarzen Hut, eine schwarze Maske und einen schwarzen Mantel. Sachdienliche Angaben, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt die Kriminalpolizei, Gelsenkirchen, Wildenbruchstraße 11 bis 13, Zimmer 1 bis 12, entgegen.

Ein Lümmel.

Am Neujahrsmorgen, um 7.30 Uhr, wurde ein 15jähriges Mädchen, welches auf dem Wege zu ihrer Dienstherrschaft war, an der Ecke der Karl-Meyer-Straße und Mechtenbergstraße von einem jungen Manne, der anscheinend zuviel Silvester gefeiert hatte, hinterrücks auf den Kopf geschlagen. Als das Mädchen weiterlief, brachte er es zu Fall, indem er ein Bein stellte, so daß es zu Boden fiel. Dann hielt der Mann dem Mädchen den Mund zu und zog mit der einen Hand ein offenes Messer aus der Tasche. Als das Mädchen laut um Hilfe schrie, ergriff der Täter die Flucht. Unsittlich hat der Täter das Mädchen nicht berührt. Er wird wie folgt beschrieben: Alter etwa 20 bis 25 Jahre, Größe 1,65 bis 1,70 Meter. Bekleidet war er mit einem dunklen Mantel, heller, kurzer Kniehose, langen, schwarzen Strümpfen und hellem Hut. — Personen, die über den Täter Angaben machen können, werden gebeten, während der Bürostunden bei der Kriminalpolizei, Wildenbruchstraße 11 bis 13, Zimmer 34 bis 36, vorzusprechen oder ihre Wahrnehmungen, die vertraulich behandelt werden, bei den Polizeirevieren anzugeben.

Eine Schreinerwerkstatt ist ausgebrannt.

Die zu der mechanischen Schreinerei (Möbel- und Sargmagazin) K. Topp, Overhoffstraße 81, gehörige Schreinerwerkstatt ist gestern vormittag völlig ausgebrannt. Es stehen nur noch die Umfassungsmauern. Hobelbänke und Maschinen sowie das zur Verarbeitung in der Werkstatt liegende Holz wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein. Durch rechtzeitiges Eingreifen unserer Berufsfeuerwehr wurde verhindert, daß das Feuer auf das benachbarte neuerbaute massive Möbellagergebäude übergriff.

Ein rabiater Ehemann. Der Bergmann Schemke aus Gelsenkirchen hatte seine Ehefrau am Silvestertage im Verlaufe eines Familienzwistes derartig mißhandelt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Jetzt ist die Bedauernswerte ihren schweren inneren und äußeren Verletzungen im Krankenhaus erlegen. Der Ehemann wird sich für seine rohe Tat noch vor den Schranken des Gerichts zu verantworten haben.

Ueberfall auf Polizeibeamte. Am Dienstagmorgen gegen 2.20 Uhr wurde ein Polizeibeamter, der Wirtschaftskontrolle hatte, vor einer Wirtschaft in der Waterloostraße von mehreren Gästen überfallen und zu Boden geworfen. Er hat hierbei Verletzungen im Gesicht davongetragen. Als Haupttäter wurde ein Arbeiter aus der Robertstraße ermittelt.

Straßenraub. Am 6. dieses Monats, gegen 6 Uhr, wurde auf dem Fußweg am Bahnkörper der Zeche Wilhelmine Viktoria eine 26 Jahre alte Frau von Bergleuten besinnungslos aufgefunden. Die Frau gab an, am Abend vorher, gegen 18.30 Uhr, auf dem Wege von einem Manne verfolgt worden zu sein, der ihr ein Taschentuch unter die Nase gehalten habe. Auf weiteres kann sich die Ueberfallene nicht mehr entsinnen. Ihr sind nach eigenen Angaben 21 RM. und der Trauring entwendet worden.

Körperverletzung. Am Montag gegen 2.20 Uhr wurden nach Angaben von Zeugen auf dem Schillerplatz zwei Brüder von drei Männern überfallen und in den Arm gestochen. Die Verletzten mußten sich in Krankenhausbehandlung begeben. Die Täter sind noch unbekannt.

Buer.

Ein Toter zum Schöffen ausgelost.

Das Landgericht in Essen teilte der Familie Gustav Zacharzewski in Buer-Resse in einem diesbezüglichen Schreiben mit, daß der Bergmann Gustav Z. in Buer-Resse nach den Vorschriften des Gerichts-Verfassungsgesetzes für das Geschäftsjahr 1930 zum Schöffen für das Landgericht in Essen ausgelost worden sei. Die Angehörigen waren nicht wenig erstaunt über ein derartiges Schreiben, denn der Bergmann Z. ist bereits **zu Anfang des Weltkrieges im September 1915 gefallen.**

Arbeiterwohlfahrt, Buer.

Die Gewinne sind eingetroffen. Die Gewinne zu 2 und 3 RM. können bei dem Genossen Brune, Lindenstraße 9, abgeholt werden.

Blödsinnige Wetten.

Kürzlich passierte da eine feucht-fröhliche Geschichte, die leicht einen traurigen Ausgang haben konnte. Sitzen einige Kumpels in der Grube und renommieren mit ihrer Trinkfestigkeit. Sagt der eine: „Na, zwo Liter Schnaps sauf ich, ohne die Pulle vom Mund abzusetzen, nacheinander aus, ohne das geringste zu merken." Weil ihm das keiner glauben wollte, ging er eine Wette ein; er wollte, wenn er verliert, einen Kasten Bier spendieren, im anderen Falle mußte die Gegenseite (acht Mann hoch) jeder einen Kasten bezahlen. Einer unter den Zechern warnte vor den Folgen, die den Tod durch Alkoholvergiftung unmittelbar zur Folge haben könnten. Kein Mensch beachtete ihn, bis er von Anstiftung zum Morde sprach. Da ließen sie den Fusel fahren und einigten sich auf zwei Liter Wasser, die der Angeber verkonsumentieren sollte. Auch jetzt noch mahnte der Vernunftmensch, ob der menschliche Organismus nur ein paar Flaschen Bier wert wäre, denn auch zwei Liter Wasser könnten die Gesundheit des Menschen ruinieren, den Menschen sogar töten. Ach was, das ist ja Blödsinn! Kurz und gut, der Mann hatte nach der Ausfahrt seine Kaffeeflasche, die zwei Liter faßte, gefüllt und schon drei Viertelliter eiskalten Wassers in seinen Bauch gepumpt, als er absetzte und nach Luft japste. Wäre diese Wassermenge Alkohol gewesen? — Der Betreffende hatte noch lange Zeit an seinen Leichtsinn zu denken.

Aus der Knappschaft. Der Knappschaftssprengel 340 des Knappschaftsältesten Hoffmann ist bis auf weiteres dem Knappschaftsältesten Soemann, Schultenstraße, überwiesen.

Vandalen. Im Stadtteil Scholven haben Vandalen ihre Zerstörungswut offenbart. So haben sie am Eingang der Ottstraße einen mit einem Sperrschild versehenen Betonmast umgerissen, ferner eine Warnungstafel für Verkehrsfahrzuge an der Kleinkinderschule. Von denselben Leuten sind wohl auch die schweren Eingangstore in den Waldanlagen der Zechenkolonie aus den Angeln gehoben worden und wahrscheinlich auch die Blendläden und Gartentüren einiger Anwohner.

Tödlich verlaufener Verkehrsunfall. Am Sonntagnachmittag überfuhr das vierjährige Kind Anneliese T.Mg. von hier vor der Wirtschaft Peters auf dem Fahrdamm. Als gegen 16.50 Uhr ein Wagen der Linie 6 der Westlichen Straßenbahn angefahren kam, versuchte das Kind, kurz vor diesem den Fahrdamm zu überqueren, blieb dann aber auf dem Gleise stehen. Der Führer des Straßenbahnwagens konnte diesen nicht mehr zum Stehen bringen, so daß das Kind überfahren wurde. In schwerverletztem Zustande wurde es in das Elisabethkrankenhaus übergeführt, wo es alsbald nach der Einlieferung verstorben ist.

Tod in der Grube. Gestern nacht gegen 1 Uhr geriet der 32-jährige Gesteinshauer Paul Materna aus Westerholt in der Richtstrecke der Schachtanlage Scholven unter herabfallende Gesteinsmassen und war sofort tot.

Wegen Hausfriedensbruchs usw. wurden je ein R. und W. aus der Elisabethstraße und ein K. aus der Steinstraße in Westerholt zur Anzeige gebracht. Dieselben erschienen in der Nacht zum 4. dieses Monats vor der Haustür des Invaliden Sch. an der Wilhelmstraße dortselbst und verlangten Einlaß. Als ihnen dieser verweigert wurde, tobten sie etwa eine Stunde vor dem Hause, stießen Bedrohungen aus und zertrümmerten dann eine Tür und eine Fensterscheibe. Ferner beschädigten sie noch den Gartenzaun. Eine dieser Personen gab sich noch als Kriminalbeamter aus. Ein Denkzettel vor Gericht wird die Folge für die Taten sein.

Eigentümer gesucht. Vor etwa 14 Tagen wurde aus einem vor dem Stadtcafe, hierselbst, haltenden Auto eine Reisedecke entwendet. Der Diebstahl ist seinerzeit hier nicht zur Anzeige gelangt. Es handelt sich um eine Decke mit hellgrauem Untergrund und dunkelbraunen Blumen. Die Decke ist noch ziemlich neu und hat einen Wert von etwa 10 RM. Als Täter kommt ein an der Hochstraße wohnhafter G. in Frage. Eigentumsansprüche wollen bei dem Kriminalkommissariat 9 in Buer Mitte, Zimmer 102, wo auch die Decke besichtigt werden kann, gestellt werden.

Buerscher Gerichtstag.

Mit Hackbeil und Totschläger auf den Gegner.

Daß ein längerer Streit zwischen Mietern oft recht unliebsame Folgen mit sich bringen kann, bewies ein Vorfall in der letzten Verhandlung des Schöffengerichts, der sich am 27. Juli in Horst in einem Hause an der Steinrottstraße zugetragen hat. Die Eheleute P., die sich beide wegen gefährlicher Körperverletzung nunmehr zu verantworten hatten, lebten schon seit Monaten auf dem Kriegsfuß mit der im gleichen Hause wohnenden Familie Z. Eines Tages stellte der als Zeuge auftretende Z. den Angeklagten wegen eines Kinderstreites zur Rede, wobei die Ehefrau des Z. dazwischensprang und ihrem Gegner Schimpfworte zurief. Nach diesem kurzen Wortwechsel verließen die Eheleute Z. das Haus und machten Einkäufe. Als sie einige Stunden später mit einem Verwandten heimkehrten, standen die Kinder der ihr feindlich gesinnten Familie auf dem Balkon und benachrichtigten sofort die Eltern, als die vorgenannte Familie den Hausflur betrat. Im Flur angelangt, wurde von der Angeklagten die Tür aufgerissen, und dann ging sie mit einem Spazierstock auf ihre Gegnerin los. Das war das Zeichen zum Angriff. Während die Ehefrau Stockhiebe erhielt, kam der Angeklagte mit einem Totschläger bewaffnet herbei und schlug heftig auf den anderen Hausbewohner ein. Gleichzeitig erschien auch aus der Küche ein Helfer des Angeklagten, der als Schlaginstrumente eine Fußbank und ein Stocheisen benutzte. Im Verlauf der Schlägerei wurde der angegriffene Mieter in die Küche seines Feindes gezerrt, und dort erhielt er von seinem Gegner

mit einem schweren Beil drei schwere Schläge auf den Kopf.

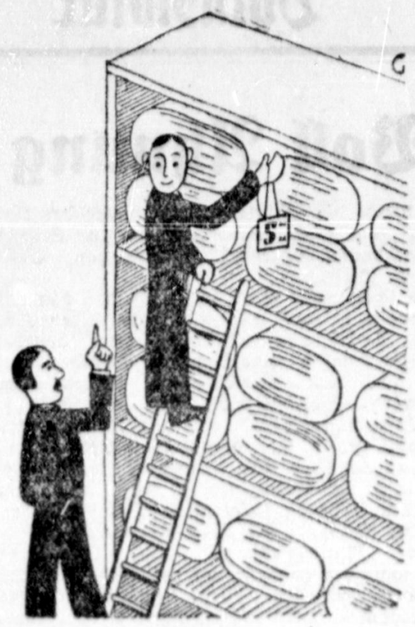
Nicht nur, daß die Schädeldecke eingeschlagen war, nein, der Mann trug auch noch andere Verletzungen davon. Bei dem Kampfgetöse erhielt auch der Verwandte des Angegriffenen Prügel, die er aber auch erwiderte. Der mit dem Beil verletzte Mann erlitt einen Zusammenbruch und mußte sofort dem Krankenhaus zugeführt werden. Er leidet heute noch an diesen schweren Verletzungen. Auf dem Richtertisch lagen die bösen Schlaginstrumente, wie Hackbeil, Totschläger, Stock usw. ausgebreitet, so daß sich die Schöffen und die Zeugen ein anschauliches Bild von dem ganzen Vorgang machen konnten. Der Angeklagte machte geltend, daß ihm die Familie Z. böse gesinnt, und daß er des öfteren bedroht worden sei. In der Beweisaufnahme ergab sich zwar die Tatsache, daß die Ehefrau Z. bereits einmal vor ihrem Gegner ausgespuckt habe, aber dies dennoch kein Anlaß sein konnte, mit so bösen Waffen gegen Flurnachbarn vorzugehen. Das Gericht würdigte die Gereiztheit des Angeklagten, der nicht vorbestraft und dem von keiner Seite ein schlechtes Zeugnis ausgestellt werden konnte. Es zog aber auch gleichzeitig die Folgen der heftigen Schlägerei in Betracht und erkannte, nachdem alle Zeugen gehört waren, bei dem Ehemann P. auf eine Gefängnisstrafe von acht Monaten, wovon er vier Monate abbüßen muß, und bei der Ehefrau auf eine solche von zwei Monaten Gefängnis und Einziehung der Schlaginstrumente. Auch wurden der Ehefrau mildernde Umstände nicht versagt, weshalb sie die zwei Monate nicht abzusitzen braucht. Der Vertreter der Anklage hatte für den Täter ein Jahr und drei Monate und für die Ehefrau vier Monate Gefängnis in Vorschlag gebracht. Die Verhandlung gegen den dritten Angeklagten mußte abgetrennt werden.

Ein rabiater Wirtshausgast.

Daß es manchmal von großem Uebel sein kann, wenn man zu sehr dem Alkohol zuspricht, mußte vor einigen Wochen der Arbeiter H. aus Horst spüren. Er befand sich eines Abends in der Wirtschaft B. und hatte sich dort scheinbar Mut angetrunken. Er bekam plötzlich Streit und hielt es nicht für nötig, der Aufforderung des Wirtes, recht bald das Lokal zu verlassen, Folge zu leisten. Ein zufällig anwesender Polizeibeamter wurde sogar von dem rabiaten Wirtshausgast tätlich angegriffen. Die Beweisaufnahme ergab einwandfrei die Schuld des Angeklagten, der für seinen Widerstand und wegen des verursachten Auftritts zu einer Geldstrafe von 6 RM. verdonnert wurde. Dazu kommen allerdings noch die Kosten des Verfahrens.

Eigenartiger Betrugsfall.

Wegen Betruges hatte sich die Witwe M. von hier, weil sie die Ruhrknappschaft um 392 RM geschädigt hatte, zu verantworten. Schon zu Lebzeiten ihres Mannes wurde der Tod des Kindes verschwiegen. Zu ihrer Entschuldigung gab die Angeklagte an, daß sie die Kinderrente aus Not weiterbezogen habe. Das Ableben des Kindes hätte sie deshalb verschwiegen, um zu verhüten, daß ihrem Manne etwas Schlechtes nachgesagt werde. Die Beweisaufnahme ergab einwandfrei die Schuld der Frau, die für ihre Tat eine Gefängnisstrafe von einer Woche unter Zubilligung einer Bewährungsfrist erhielt. Die Strafe fiel nur deshalb niedrig aus, weil die Frau bereits einen Teil des zu Unrecht bezogenen Geldes zurückerstattet hat.



Haarscharf kalkulieren!

Die klugen Hausfrauen unserer Stadt haben teilweise unsere vorjährigen Anzeigen aus dem Volkswille aufbewahrt und prüfen sehr genau durch Vergleich die Anzeigenangebote unseres Januar-Ausverkaufes 1930. Heute schöpft der Käufer die grundlegenden Informationen aus dem Anzeigenteil des „Volkswillen"!

Das Geheimnis der Milchpreise

Die deutsche Wirtschaftsenquete hat jetzt einen Bericht über die Untersuchung des Handels mit Milch und Milchprodukten veröffentlicht. (Verlegt bei E. S. Mittler u. Sohn, Berlin.) Im Laufe der Untersuchung fielen die verschiedenen Milchpreise in einer mitteldeutschen Stadt auf. Um die Verschiedenheit der Preisbildung zu erklären, wurden drei Sachverständige vernommen. Der erste Sachverständige, den der Enquetebericht mit MJ. bezeichnet, ist der Vertreter des Konsumvereins in der erwähnten mitteldeutschen Stadt. Die beiden anderen Sachverständigen, in der Enquete MK. und ML. genannt, sind Milchgroßhändler (Großmolkereien). Aus der kontradiktorischen Vernehmung geben wir folgende bezeichnende Stellen wieder:

Vorsitzender des Enqueteausschusses: Herr Sachverständiger MJ., der Enqueteausschuß hat Sie hierher geladen, weil sich bei der Vernehmung eines Milchhändlers aus Ihrer Stadt herausgestellt hat, daß Ihr Konsumverein dasselbe Quantum Milch für 28 Pfennige liefert, das von den Milchhändlern für 31 Pfennige und von einer Großmolkerei für 32 Pfennige verkauft wird. Diese Differenz ist uns um so mehr aufgefallen, als Ihr Konsumverein noch 5 Prozent zurückvergütet. Wie erklären Sie sich die Differenz zwischen Ihren Preisen und den Preisen des privatwirtschaftlichen Handels?

Sachverständiger MJ. legt zahlenmäßig dar, daß der von ihm vertretene Konsumverein die Milch zu denselben Preisen einkauft wie die privaten Händler.

Vorsitzender: Wie kommen die anderen Milchhändler zu der Behauptung, daß bei Ihnen die Milch anders behandelt wird?

Sachverständiger MJ.: Diese Behauptung müssen die Milchhändler wider besseres Wissen aufstellen; denn die Milchhändler haben ja früher die Milch von derselben Molkerei bezogen, von der wir sie heute beziehen. Unsere Mitglieder verlangten, daß wir ihnen auch Milch lieferten. Wir setzten uns zu diesem Zwecke mit einigen Molkereien in Verbindung. Wir wollten zunächst bescheiden anfangen und wenige hundert Liter Milch verteilen. Als die Einzelhändler davon erfuhren, sind sie gegen uns Sturm gelaufen. Sie haben gedroht, die Molkereien zu boykottieren, wenn sie den Konsumverein mit Milch beliefern würden. Das ging ungefähr 6 bis 8 Monate lang. In dieser Zeit haben uns die Einzelhändler jede Molkerei streitig gemacht. Schließlich haben wir unsere jetzigen Lieferanten in die Hand bekommen. Diese Molkereien haben sich trotz der Anfeindungen der Händler bereit erklärt, an uns zu liefern. Das war auch ganz klug: denn unser Hauptlieferant liefert heute an uns weit über 10 000 Liter pro Tag. Wir haben im Monat März einen Umsatz von 408 000 Liter gehabt.

Vorsitzender: Als die Qualität Ihrer Milch angezweifelt wurde, ist u. a. auch angeführt worden, daß Sie von einer Landmolkerei beziehen, welche die Milch nicht so erstklassig behandelt wie die großen Molkereien in Ihrer Stadt.

Sachverständiger MJ.: Unser Lieferant hat dieselben Maschinen, dieselbe Milch, dieselbe Arbeitsmethode wie die Lieferanten des privaten Einzelhandels.

Vorsitzender: Halten Sie die Qualität Ihrer Milch irgendwie für geringer als die der anderen Milchhändler?

Sachverständiger MJ.: Im Gegenteil, wir behaupten, daß unsere Milch im Durchschnitt einen höheren Fettgehalt hat als die Milch des privaten Einzelhändlers.

Vorsitzender: Es ist doch auffällig, daß Ihre Kalkulation immer unter dem allgemeinen Verkaufspreis bleibt.

Sachverständiger MJ.: Der Verkaufspreis ist eben von den Molkereien sehr hoch festgesetzt.

Vorsitzender: Die Milchhändler Ihrer Stadt haben uns folgende Rechnung aufgemacht: Zu einer Zeit, als der Verkaufspreis im Einzelhandel 31 Pfennig war, erhielt der Landwirt 21 Pfennige. Der Großhändler nimmt 25 Pfennige und der Einzelhändler verkauft mit 31 Pfennigen. Das ist also je Liter Milch vom Landwirt bis zum Einzelhändler eine Differenz von 10 Pfennigen. Wenn man nun 1½ Pfennige für die molkereimäßige Bearbeitung abzieht, dann bleiben 8½ Pfennige Nutzen je Liter. Sie nehmen nun 29 Pfennige, während Sie selbst 22½ Pfennige bezahlen. Da beträgt die Differenz also nur 6½ Pfennige.

Sachverständiger: Das sind 22,4 Prozent vom Verkaufswert. Das ist doch ein sehr hoher Nutzen.

Vorsitzender: Ein Sachverständiger hat ganz glatt behauptet, daß Sie bei der Milch mit Verlust arbeiten müssen.

Sachverständiger MJ.: Dazu kann ich nur bemerken, daß wir glücklich wären, wenn wir auf alle Waren 22,4 Prozent Bruttonutzen hätten.

(Es folgt die Vernehmung der beiden Sachverständigen MK. und ML. Der Sachverständige MJ. verläßt während der Zeit den Raum.)

Sachverständiger MK.: Der Konsumverein behandelt gerade die Milchfrage als eine politische Frage. Ebenso wie er schon im vorigen Jahre und vor zwei Jahren das Brot um 10 Pfennige billiger abgegeben hat als die privaten Bäckereien, so benutzt er auch die Milch dazu, um Mitglieder heranzuziehen.

Sachverständiger ML.: Der Konsumverein bezahlt auch einen Teil der Steuern nicht.

Der Sachverständige MJ. wird wieder zugelassen und erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß der Konsumverein keine Körperschaftssteuer bezahle.

Vorsitzender: Das ist natürlich ein Vorteil und einer der Gründe, weshalb der Konsumverein Rabatt ausschütten kann. Aber für die Frage des Bruttoertrages kommt das nicht in Betracht. Nun, Herr Sachverständiger MJ., meinen die Herren MK. und ML., daß es sich bei Ihren Preisfestsetzungen im Grunde genommen um etwas Politisches handelt.

Sachverständiger MJ.: Wenn wir den Preis nehmen würden, den die Milchhändler und Molkereien in meiner Stadt nehmen, und es würde bekannt werden, daß wir einen derartigen Prozentsatz Bruttonutzen an der Milch haben, dann würden unsere Mitglieder fragen, wozu haben wir denn eine wirtschaftliche Organisation, die uns Vorteile bieten soll.

Man beschäftigt sich dann mit der Bildung des Einzelhandelsmilchpreises.

Sachverständiger MK.: Der wird zusammen mit dem Milchhandel vereinbart, und zwar so, daß jeder dabei insofern auskommen kann und soll, als er eine gewisse Verzinsung für sein investiertes Kapital hat.

Vorsitzender: Sie richten sich nach den Preisen des Einzelhandelsverbandes und nehmen immer einen Pfennig mehr. Wie motivieren Sie das?

Sachverständiger MK. gibt eine ausweichende Antwort.

Vorsitzender: Wie wird eigentlich der Einzelhandelspreis festgesetzt?

Sachverständiger ML.: Das kann ich nicht beurteilen, auf welcher Grundlage der Preis festgesetzt wird.

Vorsitzender: Sie wissen gar nicht, wie der Preis für den Milchhandel festgesetzt wird, wissen aber genau, daß Sie einen Pfennig mehr Unkosten haben.

Im Laufe der Vernehmung äußert sich der Sachverständige MJ. dahin, daß in seiner Stadt viele Einzelhändler mit zu geringen Verkaufsmengen zugelassen seien. Alle diese Händler aber, die sich mit täglich 60 bis 90 Liter beschäftigen, sollen nach der Auffassung des Einzelhandelsverbandes existenzfähig sein. Im weiteren ergibt sich, daß die Einzelhändler ½ der Milch ohne jede Bearbeitung absetzen. Der Sachverständige MK. bezeugt selbst, daß die Händler zum großen Teil Milch zu demselben Preis verkaufen, die nicht bearbeitet ist.

Aus der Untersuchung geht klipp und klar hervor, daß die billigeren Preise der Konsumvereine auf der besseren Organisation und auf einer geringen Profitquote beruhen.

ARBEITER-SPORT

Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrer-Bund „Solidarität", Gau 12, Bezirk 7.

Am Sonntag, dem 12. dieses Monats, findet in Buer im Volkshaus, Gladbecker Straße 1, um 10 Uhr vormittags beginnend, eine Motorfahrer-Bezirksversammlung statt. Gemäß dem Beschluß unserer letzten Bezirksversammlung in Bottrop soll hiermit dem Wunsche unserer Motorfahrer Rechnung getragen werden. Jede Ortsgruppe soll mindestens zwei Motorfahrer entsenden. Den anderen Bundesmitgliedern ist die Teilnahme gestattet. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Sportausschuß! Die Bezirksleitung!

Touristenverein „Die Naturfreunde", Gelsenkirchen.

Sonntag, den 12. dieses Monats: Vereinswanderung nach Tönisheide. Abfahrt 7.11 Uhr.

Führer: Friedrich Dietzel.

Nr. 7. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Donnerstag, den 9. Januar 1930.

Tagesgloſſen

Alles in Ordnung.

Die Stadt Berlin hat für 200 Millionen RM Bauten eingestellt. Grund: Enge des Kapitalmarktes.

Auf dem amerikanischen Geldmarkt könnten Dollaranleihen untergebracht werden. Die Stadt Berlin kann es so wenig wie andere Städte, denn der allmächtige Herr Schacht verbietet es.

Die evangelische und die katholische Kirche bauen im großen Stil. Kirchen schießen wie Pilze aus der Erde, von der Einstellung eines Kirchenbaues in dieser Notzeit hat niemand etwas gehört.

Die Gesamtsumme der Kirchenanleihen, die in Amerika abgeschlossen worden sind, könnte der deutschen Gemeinwirtschaft gewaltige Belebung geben. Aber Herr Schacht interessiert sich nicht für Kirchenanleihen.

Frage: Warum ist es schädlich und verbotswürdig, wenn Gemeinden Anleihen für öffentliche Werke und Wohnungsbauten im Ausland aufnehmen, warum ist es nicht schädlich, wenn Anleihen zum Zwecke des Kirchenbaues und der kirchlichen Propaganda getätigt werden?

Die Einengung der Gemeindewirtschaft setzt in großem Umfang Arbeitskräfte frei. Viele Zehntausende von Arbeitern werden neue Bekanntschaft mit der Stempelfabrik schließen. Immerhin bleibt ihnen ein Trost: an Kirchen wird kein Mangel sein.

Antwort auf unsere Frage: Wenn die Gemeinden bauen, Verkehrsmittel und Wohnungen schaffen, könnte die Bevölkerung übermütig werden und ihr Herz zu sehr an irdische Güter hängen. Wenn die Kirchen bauen, lernt das Volk Jesum Christum erkennen. Es ist also alles in Ordnung.

Was wir am notwendigsten brauchen.

In der Berliner Amüsiergegend hat sich der Pleitegeier niedergelassen. Die Zahl der Konkurse der Luxuslokale schwillt an. Nachdem es einmal angefangen hat, ist kein Halten mehr. Erstaunliche Dinge sind es, die man dabei erfährt, phantastische Kapitalien, die in den Amüsierbetrieben investiert sind, gewaltige Bausummen für Amüsierpaläste.

Nun sollte man meinen, ein öffentlicher Aufschrei der Empörung sei die Folge davon, man hört ihn förmlich diesen Aufschrei: grenzenlose Mißwirtschaft, Verschwendung, Großmannssucht, noch schlimmer als der Sklarek-Skandal. Einschränkung, Sparen, Bedenken, daß wir ein armes Volk sind, Schrei nach dem Spardiktator, nach Dr. Schacht.

Aber man hat falsch gehört. Man werfe einen Blick auf die Berliner Presse und man wird eine seltene Einmütigkeit feststellen. Gerade bei denen, die am lautesten nach Sparsamkeit und Reinigung schreien, wird man am stärksten die These vertreten finden: eine Stadt wie Berlin braucht große Luxusgaststätten.

Nun wissen wir, was wir brauchen! Stadtbäder, Altersheime, Wohnungen, Verkehrsmittel, das alles ist nicht nötig, alles städtische Verschwendung, stinkt alles nach Sozialismus, nach Prolet — aber die Luxusgaststätten, die Vergnügungspaläste für die die dort das Geld scheffelweise herauswerfen können, die brauchen wir selbstverständlich.

Wobei es ebenso selbstverständlich ist, daß es ausgerechnet die zahlungsfähigen Besucher dieser Luxusbetriebe sind, die täglich die Gemeinden und noch viel mehr die Arbeiterschaft zur Sparsamkeit und Einschränkung mahnen.

Vorbereitung zur Sparsamkeit.

Wenn alles sich einschränken muß, denkt man auch in den Ländern an die Kürzung der Ausgabenseite des Etats. Dabei stieß man in Sachsen auf die Position, sächsische Gesandtschaft in Berlin, ein Gesandter, vier Ministerialdirektoren und dazu das nötige Personal. Sparen oder nicht sparen, das war nun die Frage. Spare mit Verstand, so sagte der Haushaltungsausschuß des Sächsischen Landtags, also siehe zu, daß du nicht am falschen Ende sparst. Verlaß dich nicht auf das Urteil der Sachverständigen — selbst ist der Mann. Also fuhr der Haushaltungsausschuß des Sächsischen Landtags unter Führung des Landtagsdirektors nach Berlin, 21 Mann stark. Programm seiner Arbeit in Berlin:

1. Entgegennahme von Vorträgen über die Notwendigkeit der Gesandtschaft;
2. Frühstück beim Gesandten;
3. Besichtigung des Reichstages;
4. Essen beim Präsidenten des Preußischen Landtages;
5. Heimfahrt.

Alle Mitglieder der Deputation waren schon beim Punkt 2 des Programms überzeugt, so meldet die Sama, daß das Weiterbestehen der Gesandtschaft in Berlin notwendig sei. Wenn jemand die Absicht haben sollte, von einer Vergnügungsreise auf Staatskosten nach Berlin zu sprechen, so würde er die Dinge boshaft verdrehen. Es war lediglich eine gründliche Vorarbeit zur Sparsamkeit. Daß nun die Ausgabenseite des sächsischen Etats außer den Kosten der Gesandtschaft auch die Kosten dieser Sparreise nach Berlin aufweisen wird, — das konnte der brave Haushaltsausschuß des Sächsischen Landtages schließlich nicht voraussehen.

Das macht uns keiner nach.

Wenn wir auch arm sind, und der Pleitegeier umhergeht, so bleibt uns doch etwas, was ganz einzigartig ist, was uns keiner nachmacht! Reichswehrkonzert im Zirkus Busch in Berlin. Begeisterung der „Deutschen Zeitung" darüber:

„Dann rücken die Spielleute ein. Der Paradeschritt, das Dröhnen der Trommeln in dem hohen Zelt, das Blitzen der Instrumente, weckt wieder und wieder tosende Begeisterung, und wenn die kraftvollen Märsche der alten Regimenter, der Hohenfriedberger und der Fridericus Rex, im Takt der Trommeln und Pfeifen, zum exakten Auf und Nieder der blitzenden Tambourstöcke und im altbekannten Schrittmaß 114 den mächtigen Raum erfüllen, dann weiß man: die anderen, die sich heute als unsere Richter im Haag aufspielen, mögen Regimenter, Kanonen, Tank- und Fliegergeschwader in unerhörten Massen aus dem Boden stampfen — dieses da wächst nur aus dem Boden der märkischen Streusandbüchse eines Soldatenkönigs und eines Friedrichs des Großen."

Ja, das bleibt uns noch, und das macht uns wirklich keiner nach!

Partikularismus in alle Ewigkeit.

Er stirbt nicht aus und zeitigt seltsame Blüten! In feierlichem Amtsstil wird mitgeteilt, daß die Regierung des Freistaates Bayern den Rittmeister a. D. Kurt Plessing zum bayerischen Konsul in Lübeck ernannt habe.

Ist es ein schlechter Witz — oder ist es eine Neuauflage des bayerischen Titelhandels" Hat der Herr bezahlen müssen oder nicht?

Die Arbeitslöhne in Italien.

Seit 1921 unter die Hälfte gesunken!

Der soeben erschienene Jahrgang 1928 des offiziellen „Italienischen Statistischen Jahrbuchs" enthält einige Daten über die Arbeitslöhne in den verschiedenen Zweigen der Industrie. Diese offiziellen Daten der italienischen Regierung verdienen die größte Aufmerksamkeit auch außerhalb Italiens, da sie einen wahrhaftig eindrucksvollen Einblick in die Gestaltung der Löhne der italienischen Arbeiter während des faschistischen Regimes gewähren. Hier die offiziellen Zahlen:

Textilindustrie — zweites Halbjahr 1921: Lebenshaltungsindex 522 (bei allen Indexzahlen 1913 = 100). Tageslohn in der Woll- und Baumwollindustrie 16,80 Lire. — September 1928: Lebenshaltungsindex wie oben). Rückgang des Reallohnes: 30,7 Prozent.

Zementindustrie — Tageslohn 1921: 30 Lire, September 1928: 18,40 Lire. — Rückgang des Reallohnes: 30,7 Prozent.

Automobilindustrie — Tageslohn 1921: 32,64 Lire, September 1928: 27,26 Lire. — Rückgang des Reallohnes: 16,8 Proz.

Schiffsindustrie (Triester Werft) — Tageslohn 1921: 32,24 September 1928: 21,04 Lire. — Rückgang des Reallohnes: 35,2 Prozent.

Soweit die offiziellen Daten, von denen anzunehmen ist, daß sie dabei noch bestrebt sind, die Lage etwas günstiger darzustellen, als sie in der Wirklichkeit ist. Jedenfalls entsprechen sie der heutigen Situation nicht mehr. Erstens, weil die Lebenshaltungskosten sich seit dem September 1928 um rund 5 Prozent weiter erhöht haben, während die Nominallöhne auch im besten Falle unverändert geblieben sind, in vielen Fällen sogar weiter herabgesetzt wurden. Zweitens und hauptsächlich sind aber diese offiziellen Daten aus dem Grunde illusorisch, da infolge der Wirtschaftskrise in den meisten Industriezweigen nur drei bis fünf Tage gearbeitet wird, so daß der Reallohn, auf die Woche oder auf den Monat berechnet, noch um weitere 20 bis 30 Prozent unter den Berechnungen der offiziellen Statistik bleibt!

In der Tat, das Elend der italienischen Arbeiterschaft übersteigt jede Vorstellung.

2000 neue Wohnungen.

Die Großindustrie will mit Zwischenkrediten helfen.

Die im Frühjahr 1928 mit 51 Prozent von den Provinzial-Wohnungsfürsorge-Gesellschaften Rheinlands und Westfalens und mit 49 Prozent von den montanindustriellen Werken gegründete Ruhrwohnungsbau AG. Dortmund hat für das kommende Baujahr ein Programm zur Errichtung von zunächst 2060 Wohnungen in Aussicht genommen. Unter Zugrundelegung eines Baukostenbetrages von 9000 RM. je Wohnung hat der Präsident des Verbandes Ruhrkohlenbezirk aus Hauszinssteuermitteln 8 Millionen RM. Hypothekengelder zur Verfügung gestellt, so daß die restlichen 10 Millionen von der Gesellschaft selbst aufzubringen sind.

Da der ursprüngliche Plan, zu der früheren amerikanischen Anleihe von 4,6 Millionen Dollar einer neuen Auslandskredit aufzunehmen, wegen der ungünstigen Kapitalmarktverhältnisse nicht durchführbar war, haben sich die großindustriellen Aktionäre, darunter der Stahlverein, Krupp, Klöckner, Köln-Neuessen, Gelsenkirchener Bergwerksverein u. a. bereit erklärt, nach Maßgabe ihrer Baubeteiligung Zwischenkredite in Höhe von 5000 RM. je Wohnung bereitzustellen. Danach ist das Bauprogramm, dessen restlose Durchführung in dem vorerwähnten Umfange zur Vorbedingung für die Bewilligung der 8 Millionen RM. Hauszinssteuer-Hypotheken gemacht worden ist, gesichert.

Wird die Zahl von 2000 Wohnungen durch die Beteiligung der industriellen Gesellschafter nicht ganz erreicht, so hat sich die Treuhandstelle für Bergmanns-Wohnstätten in Essen bereit erklärt, den etwa fehlenden Restbetrag zur Verfügung zu stellen. Es ist in Aussicht genommen, mit Besserung der Kapitalmarktverhältnisse diese Zwischenkredite, die die Gesellschaft höher zu verzinsen hat, durch eine amerikanische Anleihe abzulösen. Die Gesellschaft hatte ursprünglich für das Baujahr 1929-30 einen Plan in mindestens gleichem Umfange wie für das Vorjahr (3000 Wohnungen) in Aussicht genommen.

Ein Fortschritt

Die Arbeitszeit in den gewerblichen Betrieben

Im Zeitalter des chronischen Arbeitslosenelends und der enormen Steigerung der Produktionsmöglichkeiten durch verschärftes Arbeitstempo, Technisierung und Rationalisierung erscheint die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit beinahe als **Selbstverständlichkeit**. Die Fünftagewoche ist heute keine Utopie mehr, und bei genauerem Zusehen kann man erfreulicherweise auch feststellen, daß die Arbeiterschaft in der Arbeitszeitfrage in den letzten Jahren, wenn auch nur Schritt für Schritt die Verhältnisse gebessert hat. So sagen die **Gewerbeaufsichtsberichte für das Jahr 1928**: Mit besonderem Erfolg sind die Gewerkschaften bemüht gewesen, Herabsetzung der Arbeitszeit zu erreichen. Diese amtliche Feststellung deckt sich auch mit der des ADGB, der 1928 eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 2 172 289 Stunden für rund 5 Millionen gewerbliche Arbeitnehmer meldete.

Die Regelung der Arbeitszeit in Tarifverträgen ist sehr weit fortgeschritten. In den Betrieben und Gewerben, die noch nicht lange zur Tarifgemeinschaft übergegangen sind, läßt die Beachtung der tariflichen Arbeitszeitbestimmungen natürlich noch zu wünschen übrig. Immerhin ist jedoch festzustellen, daß die **Neuabschlüsse von Tarifverträgen fast stets Veränderungen zugunsten** der Arbeitnehmer brachten. Mit dem Abstieg der Konjunktur gingen naturgemäß auch die **Ueberstunden stark zurück**. Zur Einschränkung der Ueberarbeit hat aber auch die Verpflichtung zur Zahlung eines Mehrarbeitszuschlages gemäß Paragraph 6 a der Arbeitszeitverordnung beigetragen. Jedenfalls hat sich, wie die Gewerbeaufsichtsberichte betonen, die Durchführung der Arbeitszeitvorschriften gebessert. In den weitaus meisten Betrieben hat 1928 die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 48 Stunden betragen.

Auch auf dem Lande und in den Kleinstädten haben sich die Verhältnisse gebessert. Der Gedanke tariflicher Arbeitszeitgestaltung hat nämlich auch in den Handwerkerkreisen, vor allem bei den Bäcker-, Fleischer- und Schmiedeinnungen, Eingang gefunden. Daß trotzdem in den Kleinbetrieben noch viel Aufklärung über die Arbeitszeitvorschriften notwendig ist, versteht sich natürlich von selbst. Auch 1928 ging es bei der Durchführung der Arbeitszeitvorschriften in den Klein- und Handwerksbetrieben nicht ohne Strafen ab.

Die **Mitarbeit der Betriebsvertretungen bei der Arbeitszeitfestsetzung ist, wie man mit Befriedigung aus den Berichten entnehmen kann, recht rege gewesen.** Betriebsräte und Betriebsobleute haben im allgemeinen gute Dienste geleistet. Am fruchtbarsten war ihre Mitarbeit in der Arbeitszeitfrage dort, wo sie ihr Amt bereits mehrere Jahre hindurch ausübten. Die Betriebsvertretungen in größeren Anlagen haben sich vielfach besonders energisch dafür eingesetzt, daß Ueberstunden der Instandsetzungsarbeiter durch Vergebung von Einrichtungsaufträgen an selbständige Handwerker oder durch Einstellung weiterer Arbeitskräfte vermindert wurden. Immer mehr wird die Verantwortung für die Arbeitszeitregelung den Betriebsräten auferlegt, denn die Leistung von Ueberstunden wird in den Tarifverträgen in steigendem Maße von der Zustimmung der Betriebsräte abhängig gemacht. Dort, wo die Betriebsräte nicht zustande kamen, haben sie sich bei ihren Organisationen Rat geholt. Die Klagen der Betriebsräte, daß sie bei Abänderung der in der Arbeitsordnung vorgesehenen Termine für Arbeitsbeginn und Arbeitsschluß nicht gehört werden, sind leider noch lange nicht verstummt. Die Klagen richten sich auffallend stark gegen Werkmeister und Abteilungsleiter, die oft eigenmächtig Aenderungen träfen. Interessant ist die Beobachtung der Gewerbeaufsichtsorgane, daß die Arbeitgeber ihren Widerstand gegen das Betriebsrätewesen vielfach dort aufzugeben pflegen, wo die Leistung von Mehrarbeit nur mit Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretungen zulässig ist. Man sieht: in dem Augenblick, wo die Betriebsräte durch die Tarifverträge in einer Frage, in der sie wirksam eingreifen können, Macht erhalten, werden sie auch respektiert. Manche Arbeitgeber haben aus eigenem Antrieb bei der Belegschaft die Errichtung von Betriebsvertretungen angeregt. Die Ueberwachungszeit wird oft erschwert durch unklare Bestimmungen mancher Tarifverträge, vor allem bei der Festlegung der zulässigen Mehrarbeit.

Von diesem im allgemeinen erfreulichen Fortschritt der Arbeitszeitverkürzung in den gewerblichen Betrieben stechen sehr grell ab die Mißstände in einem anderen Kapitel des Arbeitszeitproblems: in der Ladenschlußpraxis. Offene Verkaufsstellen sollen nach den geltenden Vorschriften in der Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein. Die Gewerbeaufsichtsberichte für das Jahr 1928 haben jedoch festgestellt, daß die Vorschriften nicht eingehalten werden. Zu leiden haben darunter vor allem die Angestellten und Lehrlinge. Nach dem Geschäftsschluß sind überall noch Aufräumungsarbeiten zu erledigen. Um so notwendiger ist der Ladenschluß zum festgesetzten Zeitpunkt. In ländlichen Bezirken und in kleineren Städten wird es mit dem Ladenschluß oft recht wenig genau genommen. Viele Geschäftsleute sind entrüstet wenn man von ihnen verlangt, sich an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten, die bereits zehn Jahre bestehen. Jeder glaubt, im letzten Augenblick noch ein paar Groschen ergattern zu können. Einer wartet auf den anderen mit dem Ladenschluß. Die Polizeibehörden drücken beide Augen zu, und das Publikum verläßt sich darauf, daß die Läden ja doch nicht genau um 7 Uhr geschlossen werden.

Die sozialdemokratisch denkende Bevölkerung und die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft müssen mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Besorgungen so rechtzeitig vornehmen, daß die Ladenbesitzer keine Ausrede haben. Natürlich müssen auch die Arbeiter und Angestellten rechtzeitig aus den Betrieben und Büros herauskommen, damit sie ihre Besorgungen nicht in letzter Sekunde zu erledigen brauchen. Einem Industrieland wie Deutschland stehen die üblen Gewohnheiten des Ladenschlußschlendrians schlecht zu Gesicht.

Die evangelischen Hugenbergfrondeure Westdeutschlands.

Die Vereinigung evangelischer Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre Westdeutschlands hielt in Hamm eine zahlreich besuchte Konferenz ab, in der Reichstagsabgeordneter Hartwig und Landtagsabgeordneter Lindner über die christlich-soziale Bewegung der Gegenwart sprachen. Die Konferenzteilnehmer begrüßten einmütig die Haltung der aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschiedenen Abgeordneten Hartwig, Hülser, Lambach, Behrendt, Meyer, Pfarrer Kliesch und Pfarrer Mumm und bekannten sich zum christlich-sozialen Gedanken an dessen Durchsetzung sie nach besten Kräften mitzuhelfen sich bereit erklärten. Es sei nunmehr für die christlich-soziale Bewegung in Deutschland freie Bahn geschaffen, wodurch weitesten evangelischen Volkskreisen, besonders auch der Arbeitnehmerschaft, die Möglichkeit zur praktischen Mitwirkung im staatsbürgerlichen Leben gegeben werde.

Zur Neuregelung der Schulunterhaltung in Preußen.

Die Volksschule wird in Preußen auf Grund eines Gesetzes dotiert, das 1906 geschaffen und 1920 ergänzt und zum Teil geändert wurde. Danach werden die persönlichen und sachlichen Kosten für die Volksschule von der Landesschulkasse aufgebracht, in die der Staat und die Gemeinden Beiträge einzahlen. Nach dem Gesetz sollte der Staat 75 v. H. der gesamten entstehenden Lasten aufbringen, die Gemeinden den Rest. Die veränderten finanz-, gemeinde- und schulpolitischen Verhältnisse haben diesen Maßstab jedoch zuungunsten der Gemeinden geändert, so daß der Staat gegenwärtig etwa 58 v. H. der Gesamtlasten trägt. Dieser Zustand führte zu einer starken Belastung der Gemeinden, daß der Wunsch nach Aenderung allgemein und lebhaft erhoben wurde.

Entsprechende Entschließungen des Preußischen Landtages traten diesen von allen beteiligten Kreisen, Kommunen und Lehrerschaft vertretenen Wünschen bei. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bereitete darauf eine Gesetzesvorlage vor, die einen Ausgleich der Volksschullasten erstreben soll. Der Entwurf des Gesetzes ist noch nicht bekannt. Soviel wurde jedoch mitgeteilt, daß der Staat eine Vereinfachung des Verteilungssystems und seine stärkere finanzielle Beteiligung in Aussicht genommen hat. Wie die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz erfährt, ist nun die Einbringung der Gesetzesvorlage gefährdet, weil die Finanzschwierigkeiten des Reiches auch auf dieses Gebiet ihre Schatten werfen.

Zu dieser Lage der Reform der preußischen Schulunterhaltung nahm der Gesamtvorstand des Preußischen Lehrervereins in einer Sitzung am 28. und 29. Dezember 1929, an der Vertreter der Lehrerschaft aus allen Teilen des Landes teilnahmen, Stellung. Er brachte in einer Entschließung zum Ausdruck, daß er mit lebhaftem Bedauern von der Absicht Kenntnis nehme, die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Ausgleich der Volksschullasten zurückzustellen. Er hält eine sofortige Einbringung des Entwurfes für dringend erforderlich und fordert die Staatsregierung und die Parteien des Landtages auf, alles zu tun, um das Inkrafttreten des Gesetzes zum 1. April 1930 unter allen Umständen zu ermöglichen.

Gewerkschaftliches.

Der DHV. ist nationalsozialistisch.

Vor kurzem wurde von der Deutschen Bank Berlin ein Flugblatt der nationalsozialistischen Betriebszelle der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft verteilt. Abgesehen davon, daß es den üblichen Antimarxismus predigt und mit ein paar Redensarten von der Brechung der ungeheuerlich angewachsenen Kapitalmacht der heutigen Mammut-Banken spricht, enthält es eine Mitteilung, daß hier, wie in vielen anderen Fällen, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband sich als eine nationalsozialistische Schutztruppe enthüllt. Das Flugblatt dient der Propaganda für die Betriebsratswahl und schließt mit der Aufforderung: „Wählt den DHV., dann wählt ihr auch Nationalsozialisten."

Wirtschaft und Gewerkschaft

Kampf in der Tabakindustrie

Berlin, 7. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Leipzig haben die Firmen, die dem Zentralverband deutscher Großhändler der Tabakbranche angeschlossen sind, ihren sämtlichen Arbeitnehmern gekündigt, da bei der neuen Regelung der Tabaksteuer ein Fortbestand der Betriebe nicht möglich erscheint Bei Durchführung dieser Maßnahme würden 1600 Betriebe mit 100 000 Arbeitern stillgelegt werden. Wie die „Vossische Zeitung" von zuständiger Seite dazu hört, haben die Zigarettenfabrikanten beschlossen, die Steuererhöhung, die etwa 5 bis 6 Prozent der Kleinverkaufspreise ausmacht, in der Weise zu verteilen, daß die Handelsspanne um 3 Prozent auf zirka 24% verkürzt und der Rest von 2½ Prozent von der Industrie selbst getragen wird. Die Industrie beabsichtigt, diese 2½ Prozent durch Sparmaßnahmen in der Aufmachung und durch Beseitigung der Zugaben einzubringen. Die Kleinverkaufspreise werden nicht erhöht. Es verlautet, daß der Reichsarbeitsminister sich mit dem Konflikt in der Tabakindustrie befassen wird.

Eisen- und Stahlindustrie

Die Rheinmetall- (rheinische Metallwaren) und Maschinenfabrik A.-G. in Düsseldorf hat ihr Röhrenwerk an den Mannesmann-Konzern abgestoßen. Als Kaufpreis sind 8 bis 9 Mill. Mark gezahlt worden. Die Majorität von Rheinmetall liegt über die Miag in Händen des Reiches. Anscheinend will sich die Rheinmetall auf die Lieferungen an das Wehrministerium spezialisieren. In Fachkreisen wird die Abstoßung des Röhrenwerkes als günstig und wirtschaftlich bezeichnet.

Stillegung eines Hüttenwerks. Das Hüttenwerk Grünebach bei Betzdorf hat seiner Belegschaft von etwa 50 Mann gekündigt. Als Grund wird Absatzmangel angegeben.

Kohlenbergbau

Die deutschen Kohlenlieferungen nach Frankreich.

w Die Verhandlungen zwischen dem rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat und französischen Wirtschaftskreisen namentlich des Elsaß über die Neugestaltung der deutschen Kohlenlieferungen, die mit dem Ende der Reparationskohlentransporte auf dem Rhein entsprechend dem Versailler Vertrag am 10. 1. d. J. auf eine neue Grundlage gestellt werden müssen, sind bis jetzt noch nicht zum Abschluß gekommen. Von französischer Seite ist vorgeschlagen worden, vertraglich eine bestimmte Menge vom Syndikat zu übernehmen, die der französischen Rheinschiffahrt zur Verfrachtung überlassen bleibt. Das Syndikat indessen wünscht eine eigene Kohlenniederlassung in Straßburg zu errichten, um so freihändig den Verkauf in Frankreich zu regulieren. In Frankreich macht sich trotz der Erhöhung der inländischen Kohlenförderung noch ein starker Bedarf an Auslandskohle sowohl für Industrie als auch für den Hausbrand bemerkbar. In französischen Wirtschaftskreisen schätzt man den jährlichen Bedarf an deutscher Kohle, die über den Umschlaghafen Straßburg verfrachtet werden soll, auf 1 200 000 Tonnen.

Deckung des Kohlenbedarfes der ungarischen Staatseisenbahnen in Deutschland?

w Das ungarische Handelsministerium will infolge der hohen inländischen Kohlenpreise die Preiskalkulationen der ungarischen Bergbaugesellschaften einer gründlichen Revision unterziehen, da nach Ansicht des Ministeriums die Verkaufspreise in keinem Verhältnis zu den Gestehungskosten stehen. Man hat schon jetzt den Kohlenproduzenten die freiwillige Reduzierung der Preise nahegelegt, anderenfalls den ungarischen Staatseisenbahnen die Ermächtigung erteilt werden soll, den Bedarf in Deutschland und Polen zu decken.

Eine englisch-polnische Kohlenkonferenz in London.

w Mitte des Monats werden die Vertreter der polnischen Kohlenindustrie in London zu einer Konferenz mit den englischen Kohlengrubenbesitzern erwartet. Die Aussprache dient hauptsächlich einer Regelung der Absatzverhältnisse in Skandinavien und stellt im wesentlichen eine Fortsetzung der Besprechungen dar, die vor einigen Wochen in Berlin gepflogen wurden, zu denen seinerzeit auch Vertreter des skandinavischen Importhandels hinzugezogen waren. Die Möglichkeiten einer Verständigung über den Vorschlag einer Kontingentierung der skandinavischen Märkte erscheint indessen gering, solange eine Einigung auch mit den deutschen Kohlenexporteuren in dieser Frage nicht erzielt worden ist.

Die Konzentration des englischen Kohlenbergbaus in 1929.

w Aus einer soeben bekanntgewordenen Statistik ergibt sich, daß die Zusamenschlußbewegung im englischen Kohlenbergbau im Jahre 1929 große Fortschritte gemacht hat, da insgesamt 61 Gruben mit einer Belegschaft von 43 760 Mann fusionierten. Der bedeutendste Zusammenschluß war die Gründung der Manchester Collieries Ltd., durch welche 22 Gruben mit einer Gesamtbelegschaft von 19 300 Mann zusammengefaßt wurden.

Die Steinkohlenproduktion Frankreichs

Die Steinkohlenproduktion belief sich in Frankreich im November bei 25 Arbeitstagen auf 4 705 865 Tonnen gegenüber 4 971 234 Tonnen im Oktober. Die Produktion an metallurgischem Koks betrug im November 406 534 Tonnen.

Ferngas

Vereinigte Gaswerke Westfalen G. m. b. H., Dortmund.

Die Ver. Gaswerke Westfalen haben den Bau von Gasrohrnetzen in den Gemeinden Ochtrup und Langenhorst, Kreis Steinfurt, und Wesekе, Kreis Borken, beendet und die Gasversorgung aufgenommen. Zu diesem Zweck ist die von Hamborn kommende Ferngasleitung, die bisher bis Ahaus führte, über Metelen nach Ochtrup und Burgsteinfurt vorgeschoben worden. Das Gaswerk Burgsteinfurt-Borghorst wird stillgelegt und die Gasversorgung auf Ferngas umgestellt.

Reichsbauarbeiterschutz

Mit dem Beginn des neuen Jahres treten für den Hochbau neue Unfallverhütungsvorschriften in Kraft. Sie bringen eine einheitliche Regelung für das ganze Reich. Bisher hatte jede der zwölf Baugewerksberufsgenossenschaften besondere Unfallverhütungsvorschriften, die oft stark von einander abwichen. Der Schutz in den einzelnen Teilen des Landes war daher in der Praxis sehr verschieden. Die neue Regelung bringt vor allem auch den Bauarbeitern in den ländlichen Gebieten und in den Kleinstädten den gleichen Schutz, wie ihn bereits die größeren Orte hatten. Die Vereinheitlichung des Unfallschutzes im Baugewerbe kostete viel Verhandlungsarbeit. Die Beratungen erstreckten sich über einen Zeitraum von fast zwei Jahren. Die Gegensätze waren sehr groß. Die Neuregelung ist nur ein Kompromiß, trotzdem ein erfreulicher Fortschritt. Die Gewerkschaften haben nicht alles erreicht, was sie erstrebten, immerhin bringt der neue Reichsbauarbeiterschutz wesentlich verbesserte Schutzmaßnahmen für alle Bauarbeiter des Reiches.

Zu den bewährten Unfallverhütungsvorschriften kommen neue Bestimmungen, die durch die zunehmende Mechanisierung des Baugewerbes notwendig wurden, so z. B. Schutzbestimmungen über Schweiß- und Schneidearbeiten, Azetylen- und Gasanlagen, Gleis-, Seil- und Kettenbahnen, Aufzüge und Hebezeugmaschinen, Dampfkessel und Kraftfahrzeuge. Die neuen Vorschriften bringen auch eine Klärung über die bisher stark umstrittene Frage des „Ueber-die-Hand-Mauerns." Danach können bei Neu- und Umbauten die Umfassungsmauern vom Inneren der Gebäude aus aufgeführt werden; sobald jedoch in einer Höhe von sieben Metern und mehr gearbeitet werden muß, sind an den Außenseiten Standgerüste anzubringen und mit dem Fortschreiten des Baues hochzuführen. Das bisher meist verwendete Auslegegerüst ist nur noch in Ausnahmefällen d. h. dort, wo ein Standgerüst nicht möglich ist, zugelassen. Besonders eingehend sind auch die neuen Vorschriften für die Verwendung von Hängegerüsten. Vorgeschrieben ist, daß stets ein zweiter Haken oder ein Drahtseil angebracht werden muß. Für die Ausführung von Beton- und Eisenbetonarbeiten sind die in Frage kommenden Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Eisenbeton übernommen worden. Auch die Verhütung von Unfällen durch elektrischen Strom spielt in den neuen Vorschriften eine große Rolle. Neuerungen sind ferner bei den Bestimmungen über die erste Hilfe getroffen. Auf jeder Baustelle mit 5 und mehr Personen muß ein Verbandskasten vorhanden sein. An kleineren Baustellen muß für jeden Arbeiter mindestens ein Verbandspäckchen existieren. Durch Anschlag müssen auf der Baustelle der Aufbewahrungsort des Verbandskastens, die Namen der Betriebshelfer (Arbeitersamariter) sowie Anschrift und Fernruf der nächsten Aerzte, Krankenanstalten und Rettungsstellen bekannt gemacht sein.

Das Kernstück der Neuerungen liegt in den Vorschriften für eine umfassende Tätigkeit des Baudelegierten. Die gesetzliche Betriebsvertretung jedes Betriebes soll ein oder nach Art und Größe des Betriebes mehrere ihrer Mitglieder verpflichten, sich von dem Vorhandensein und der ordnungsmäßigen Benutzung der vorgeschriebenen Schutzvorschriften fortlaufend zu überzeugen. Sie soll vorgefundene Mängel dem Betriebsleiter melden, auf Grund ihrer Erfahrungen und Beobachtungen selbst Vorschläge zur Verbesserung der Schutzvorrichtungen machen und das Verständnis ihrer Mitarbeiter für den Unfallschutz wecken. Der Unternehmer hat einem Mitglied der Betriebsvertretung Gelegenheit zu geben, an den Betriebseinrichtungen der technischen Aufsichtsbeamten teilzunehmen. Der Unternehmer hat den technischen Aufsichtsbeamten die von der Betriebsvertretung gemachten Aufzeichnungen über vorgefundene Mängel und vorgeschlagene Verbesserungen vorzulegen. Der Unternehmer hat der Betriebsvertretung auf Wunsch den Besichtigungsbefund oder eine Abschrift desselben zur Kenntnis zu geben. Macht der Betriebsunternehmer hiergegen Bedenken geltend, so entscheidet der Genossenschaftsvorstand.

Die Bau- und Platzdelegierten haben also das Recht und die Pflicht, zusammen mit Unternehmern, Polieren und Arbeitskollegen die Anwendung unfallverhütender Vorschriften durchzusetzen, sowie an den Betriebsrevisionen teilzunehmen, die von den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften vorgenommen werden. Ebenso ist für Fälle, wo der Unternehmer glaubt, von den Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften abzuweichen, die Einschaltung der Baudelegierten vorgesehen. Wenn z. B. nur ein Auslegegerüst angebracht werden soll, dann kann der Unternehmer das nicht ohne weiteres von sich aus machen. Er braucht dazu das Einverständnis des Baudelegierten.

Für die Jugendlichen sind besondere Schutzbestimmungen vorgesehen. Bei gefährlichen Arbeiten, zum Beispiel auf hohen Gerüsten, an Dachkanten, bei Ein- und Ausschalen von Gewölben, dürfen Jugendliche nur unter Aufsicht eines erwachsenen Facharbeiters mitarbeiten. Mit gefährlichen Abbrucharbeiten dürfen sie erst nach Vollendung des 18. Lebensjahres beschäftigt werden. Das gleiche gilt für Sprengarbeiten. Für Sprengungen selbst dürfen nur mindestens 21 Jahre alte zuverlässige und erfahrene Personen verwendet werden. Mit der Bedienung von Dampfkesseln und Kraftanlagen können ebenfalls nur — und zwar nur männliche — über 18 Jahre alte Personen betraut werden.

Eine Zusammenstellung der wichtigsten Vorschriften ist auf jeder Baustelle auszuhändigen. Damit hat jeder Bauarbeiter die Möglichkeit, sich mit dem neuen Reichsbauarbeiterschutz eingehend vertraut zu machen.

Südwestfälische Industrie- und Handelskammer, Hagen

Durch Verfügung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe vom 19. Oktober 1929 sind die Industrie- und Handelskammern in Altena, Iserlohn, Lüdenscheid und Hagen zu einer Kammer, der südwestfälischen Industrie- und Handelskammer zu Hagen ab 1. Januar 1930 zusammengelegt. Durch Verfügung vom 24. Dezember 1929 zeichnet die frühere Kammer in Hagen von diesem Tage an als „Südwestfälische Industrie- und Handelskammer zu Hagen" und führt ein entsprechendes Siegel.

Die Lage der Industrie in Lüdenscheid

Die Lage in den Industriebranchen hat in der letzten Zeit eine Verschlechterung erfahren, während doch gerade diese Industriezweige während des gesamten Vorjahres über gute Aufträge und Preise berichten konnten. Der Grund des Rückganges wird auf die Verschlechterung der finanziellen Lage der Kommunen zurückgeführt, zumal diese kurz vor dem Etat abschloß, in ihren verfügbaren Mitteln erschöpft sind. Die Gemeinden sind für Großküchen die Großabnehmer. Arbeiterentlassungen brauchten bisher nicht vorgenommen werden und werden voraussichtlich vereinzelt vorkommen. Man rechnet mit einer Besserung der Geschäftslage.

Französisch-jugoslavische Handelsgesellschaft.

Der Handelsminister hat die Satzungen der neuen Gesellschaft genehmigt, die auf eine Dauer von 50 Jahren gegründet wurde. Die Gründungsversammlung ist auf den 19. Januar festgesetzt worden.

Vom Bergarbeiter-Verband

g Der Verbandsvorstand des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands beruft die 27. Generalversammlung zum 20. Juli 1930 in das Gewerkschaftshaus in Breslau ein Die vorläufige Tagesordnung ist wie folgt zusammengesetzt:

1. Konstituierung der Generalversammlung. 2. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. 3. Geschäftsberichte für die Jahre 1928 und 1929: a) Bericht der Verwaltung; b) Kassenbericht; c) Bericht des Kontrollausschusses. 4. Aenderung des Verbandsstatuts. 5. Das Bergarbeitergesetz. 6. Reaktion in Wirtschafts- und Sozialpolitik. 7. Bericht vom Gewerkschaftskongreß 1928. 8. Bericht vom Internationalen Bergarbeiterkongreß 1930. 9. Wahl der Delegierten zum Gewerkschafts- und Internationalen Bergarbeiterkongreß. 10. Wahl des Vorstandes, des Beirates, der Redaktion und des Kontrollausschusses. 11. Beratung der noch nicht erledigten Anträge. 12. Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Die Generalversammlung setzt sich nach § 48 des Statuts aus 150 Delegierten zusammen. Diese Delegierten sowie die doppelte Anzahl von Ersatzmännern sind im ganzen Verbandsgebiet zu wählen.

Die Wahl der Delegierten und deren Ersatzmänner erfolgt im ganzen Verbandsgebiet am Sonntag, den 6. April 1930.

An der Generalversammlung haben außer den gewählten Delegierten noch teilzunehmen: die Mitglieder des Vorstandes, des Beirates, des Kontrollausschusses, die Redakteure der Verbandsorgane und die Bezirksleiter.

Die Abänderungsanträge des Vorstandes zum Verbandsstatut sind ausgearbeitet und werden in einer der nächsten Nummern der „Bergbau-Industrie" veröffentlicht und zur Diskussion gestellt.

Nach § 49 Abs. 1 des Statuts können Anträge zur Generalversammlung vom Vorstand, von den Bezirkskonferenzen und den Mitgliederversammlungen gestellt werden. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß Anträge zum Statut von den Zahlstellenleitungen bis zum 15. März 1930 an die zuständige Bezirksleitung einzusenden sind, damit sie in den vom 18. März bis 6. April 1930 im ganzen Verbandsgebiet stattfindenden Bezirkskonferenz vorgelegt werden können. Anträge zum Statut können der Generalversammlung nur dann vorgelegt werden, wenn die Bezirkskonferenzen dies beschließen. Die von den Bezirkskonferenzen genehmigten Anträge zum Statut sind der Verbandsleitung bis zum 15. April 1930 zu übermitteln. Anträge, die zu den Punkten 1 bis 3 und 5 bis 12 der Tagesordnung gestellt werden, müssen bis zum 15. März 1930 beim Vorstand eingereicht sein.

Die Berliner Bauarbeiter zu dem Stillegungsbeschluß von Bauten.

Die freigewerkschaftlichen Techniker- und Bauarbeiterverbände Berlins fordern in öffentlicher Erklärung Rückgängigmachung der Bauten-Stillegungsbeschlüsse. Sie weisen u. a. darauf hin:

„Die Beschlüsse des Magistrats fallen in eine Zeit ohnehin stark rückgängiger Baukonjunktur.

Bereits am 6. Januar 1930 waren in Berlin, trotz der milden Witterung, 4692 Maurer 3500 Zimmerer, 5819 Bauhilfsarbeiter, 1048 Dachdecker arbeitslos gemeldet.. Das ist zusammen **ein gutes Drittel der gesamten Berliner Bauarbeiterschaft.**

Wenn die Einstellung auf den städtischen Hochbaustellen tatsächlich in größerem Ausmaß durchgeführt wird, müssen weitere Tausende von Facharbeitern arbeitslos werden.

Aehnlich wie um die Bauarbeiterschaft, ist es um die technischen Angestellten bestellt. Die auch in diesem Berufszweige beträchtliche Arbeitslosigkeit wird durch die Maßnahmen des Magistrats insofern noch verstärkt, als auch die Vorbereitung kommender Bauvorhaben unterbleiben soll.

Die Maßnahmen des Magistrats werden im wesentlichen die Bauarbeiterschaft und die Angestellten treffen. Die Unternehmerschaft dagegen wird auf Grund ihrer Verträge ihre Verdienstausfälle — wenn nicht auf dem Wege des Vergleichs, so auf dem Wege der Klage — erstattet bekommen.

Diese Tatsache zwingt zu der Feststellung, daß es sich um eine Irreführung der Oeffentlichkeit handelt, wenn der Beschluß des Magistrats als „Ersparnismaßnahme" bezeichnet wird. In Wirklichkeit handelt es sich, ganz im Gegenteil, um eine Verteuerung der bereits begonnenen Bauten. Eine weitere Verteuerung findet dadurch statt, daß außer den Entschädigungen an die Unternehmerschaft die Zinszahlungen für das bereits festgelegte Baukapital nutzlos weiter zu leisten sind. Schließlich bedürfen unvollendete Bauten besonderer Schutzmaßnahmen, die auch erhebliche Kosten verursachen; hierin liegt eine dritte Quelle der Verteuerung.

Unterhaltung und Wissen

Das allmächtige Kino

Von Arkadij Awertschenko

Ruhen wir ein wenig vom Leben aus! Träumen wir! Wollen Sie? Setzen Sie sich in diesen Lehnstuhl hier; ich will Kohlen im Kamin zulegen und Sie zünden diese Zigarre an.

Nun hören Sie zu:

Einst sah ich einen wunderlichen Film im Kino. Ein Meer. Ein Ufer. Ein hoher, steiler Felsen, etwa 20 Meter hoch. Plötzlich schäumte das Wasser an dem Felsen hinauf, ein Menschenkopf tauchte hervor, und da flog auch schon der Mensch wie ein gigantischer, von der Erde abprallender Ball die 20 Meter in die Höhe und stand auf dem Felsenplateau. Ganz trocken schlug er sein Kreuz, indem er mit den Fingern zuerst die linke Schulter, dann die rechte hierauf die Brust und zum Schluß erst die Stirn berührte. Er kleidete sich rasch an und ging vom Meere fort, mit rückwärts gewendeten Schritten, wie ein Krebs. Er machte eine Handbewegung und der Zigarettenstummel, der auf der Straße lag, sprang in die Höhe und schlüpfte ihm zwischen die Finger. Der Mann begann zu rauchen und zog den in der Luft entstehenden Rauch ein. Je länger er rauchte, desto mehr wuchs die Zigarette, bis sie zu einer ganz neuen, eben erst angezündeten Zigarette wurde. Der Mann berührte sie mit einem Zündhölzchen, das ihm vom Boden in die Hand hüpfte, zog eine Zündholzschachtel hervor, rieb das brennende Zündhölzchen an der Schachtel, wodurch es gleich verlöschte, und legte das Zündhölzchen in die Schachtel; die im Munde steckende Zigarette schob er in das Etui zurück. Der Mann ging weiter, gerade so wie vorher, mit rückwärts gewendeten Schritten, wie ein Krebs. Daheim setzte er sich vor den leeren Teller und vor das leere Glas, in das er einige Schluck roten Weines aus dem Munde fließen ließ. Hierauf begann er Hühnerbratenstücke aus dem Munde zu ziehen, legte sie auf den Teller zurück, wo sie unter der Schneide des Messers in eins zusammenwuchsen. Als nun so das junge Huhn vollständig aus seiner Kehle herausgekommen war, trat ein Lakai hinzu, nahm den Teller und trug das Huhn in die Küche. Der Koch legte es auf die Pfanne und nahm es wieder von dort weg, bestreckte es mit Federn und fuhr mit dem Messer über seine Gurgel, wodurch das Huhn wieder lebendig wurde und vergnügt über den Hof hüpfte.

Nicht wahr, Sie verstehen doch, um was es sich hier handelt? Es ist ein ganz gewöhnlicher Film, der gewöhnliche menschliche Handlungen darstellt, aber verkehrt gekurbelt.

Vor mir liegt ein Papier, mit den geraden Zeilen der Feuilletons bedeckt. Plötzlich fährt die Feder nach der umgekehrten Richtung darüber, als lösche sie das Geschriebene aus — und da ich nun vor mir ein leeres Blatt Papier habe, nehme ich Hut und Stock und trete, rückwärts gehend, auf die Straße hinaus. . .

Das Filmband raschelt, sich nach der verkehrten Seite abwickelnd.

Da ist September vor einigen Jahren. Ich setze mich in den Wagen, der Zug gibt Rückdampf und rast nach Petersburg. In Petersburg — Wunder über Wunder: vom Newskiprospekt entfernen sich mitsamt ihren Waren die Händlerinnen mit Gurken, Heringen, Aepfeln und die Soldaten, die Zigaretten feilbieten. Die Bolschewikendekrete fliegen wie Schuppen von den Wänden ab, und wieder stehen die Häusermauern rein und zierlich da. Da kommt Alexander Kerenski auf seinem Auto im Rücklauf herbeigerast. Ist er wiedergekehrt?

Kurble weiter, Mitja, rascher!

Er fährt beim Winterpalais vor, und das Band läßt immer Neues und Neues schimmern: Lenin und Trotzki treten, zurückweichend, aus der Kschessinskivilla, fahren mit dem Rücken nach vorn zum Bahnhof, setzen sich in den entplombierten Wagen, der gleich an Ort und Stelle plombiert wird, und fahren, gleichfalls rückwärts gewendet, nach Deutschland ab.

Rasch flimmert die Februarrevolution vorbei. Es ist erfreulich zu sehen, wie die Maschinengewehrkugeln aus den Leibern der am Boden liegenden Leute hinaus und wieder in die Gewehrläufe hineinfliegen, wie die Toten aufspringen und, mit den Händen suchend, rückwärts laufen.

Kurble, Mitja, kurble weiter!

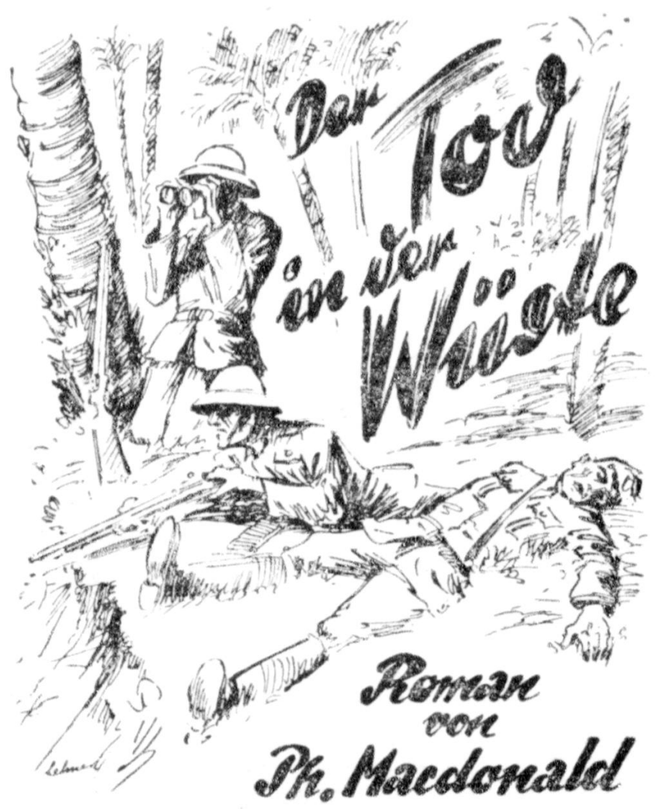
Heraus aus dem kaiserlichen Schlosse fliegt Rasputin und rollt sich heim nach Tjumen. Das Band läuft ja rückwärts. Da saust auch der schreckliche Krieg weg, wie Schnee auf einer glühenden Platte. Die Toten steigen aus der Erde hervor und werden friedlich auf den Bahren zu ihren Regimentern zurückgetragen. Die Mobilisierung wird rasch Demobilisierung, und da steht auch schon Wilhelm Hohenzollern vor seinem Volk auf dem Balkon, und die Worte über die Kriegserklärung entströmen seinem Munde nicht, im Gegenteil, er schlingt sie ein, indem er mit den Lippen nach der Luft hascht.

Mitja, kurble, kurble, Freund!

Rasch flimmern der Reihe nach die vierte, die dritte, die zweite, die erste Dame vorbei, und schon treten auf der Leinwand die schauerlichen Einzelheiten der Oktoberpogrome deutlich hervor. Hier ist dies jedoch nicht schrecklich. Die Plünderer ziehen ihre Messer aus der Brust der Getöteten; diese bewegen sich, stehen auf und laufen davon; der in der Luft schwebende Flaum fügt sich wieder genau zu den jüdischen Daunenbetten zusammen und alles nimmt die frühere Gestalt an. Und was ist das für eine jubelnde Menge, was sind das für Tausende von in der Luft geschwenkten Hüten, was für glückliche Gesichter sind das, über die Tränen der Rührung fließen? Warum küssen sich da, zum Teufel unbekannte Leute? Ach, das ist das Manifest vom 17. Oktober, von Nikolai an das freie Rußland gerichtet. . . . Das war ja, glaube ich, der glücklichste Augenblick in unserem Leben!

Mitja, kurble nicht weiter! Erstirb! Halt ein, schon deshalb, weil wir uns um 15 Jahre jünger sehen, fast noch als Jünglinge. Ach, wie reich waren wir an Hoffnungen, wie liebten wir, wie wurden wir geliebt. . . .

Der Kamin ist erloschen. In der grauen Finsternis sehe ich nicht, warum Ihre Schultern so sonderbar beben: lachen Sie oder weinen Sie? (Deutsch von S. Borissoff.)



Wir beginnen mit einem neuen Roman, dessen Hintergrund der Krieg ist. Aus dem furchtbaren Weltgeschehen des Völkervernichtungskampfes sind Einzelschicksale herausgelöst, die Schicksale von den zwölf Mann einer englischen Patrouille in der arabischen Wüste. Der Leutnant fällt als erster; die überlebenden elf versuchen sich durchzuschlagen, doch einer nach dem anderen geht zugrunde. Der Roman zeichnet die starken, kraftvollen Menschen und ihren sinnlosen Opfertod und wächst dadurch empor zu einer erschütternden Anklage gegen den Krieg.

Körper aus Wasser

Es gibt Menschen, die eine angeborene Antipathie gegen das Wasser haben und dem nassen Element weder für innerliche noch äußerliche Zwecke eine besondere Wichtigkeit zusprechen wollen. Diese vom Volksmund in etwas drastischer Weise „Wasserscheuen" genannten werden sehr erstaunt sein, wenn man ihnen beweist, daß der Leib eines jeden Menschen zum weitaus größten Teil aus Wasser aufgebaut ist. Die moderne Wissenschaft hat festgestellt, daß nicht weniger als zwei Drittel des menschlichen Körpers aus Wasser bestehen. Die Muskeln, die so fest erscheinen und unter Umständen so viel Kraft entfalten können, sind sogar zu drei Vierteln aus Wasser aufgebaut.

In der ganzen organischen Welt ist Wasser der häufigste Baustoff. Selbst die außerordentlich harten Holzteile der Pflanzen bestehen noch zur Hälfte aus Wasser. Es gibt Früchte, bei denen der Wassergehalt auf 90 bis 95 Prozent steigt. Bei den niedersten Pflanzen, den Algen, beträgt der Wassergehalt sogar bis 98 Prozent. Es muß mit Erstaunen und Bewunderung erfüllen, wenn man bedenkt, daß in einem Körper, wie dem der Qualle, die bis zu 98 Prozent aus Wasser besteht, Gefühl, Empfindung und Leben vorhanden ist. Am weitesten darin bringen es allerdings manche Meeresbewohner, wie die Salpen oder der durchsichtige Venusgürtel, der mehr als 99 Prozent Wasser enthält. Solch ein Tier ist eine lebende Wassermasse, und doch ein großes Wunderwerk: Wasser, dem die Natur Leben einhauchte und es zu einem selbständigen Wesen werden ließ.

Hundert Tage Eifersucht

33] **Roman von Pierre Humbourg**

Copyright by Verlag von Th. Knaur Nachf., Berlin W 50

Loulou schwieg einen Augenblick, dann:

„Er erzählte mir allerlei . . .

„Jetzt ist es zu Ende, oder fast zu Ende. Aber drei Monate lang habe ich mich gequält, und dann, wenn es ans Töten geht, zögert man, wenn man nicht mehr die richtige Wut hat. Es gibt Dinge, die man verzeiht . . . alles gibt sich. Siehst du, Loulou, ich liebe sie, es ist dumm, zu lieben . . . man ist kein Mensch mehr!" Er sagte das mit einer ganz komischen Stimme, wie ein armer fiebernder Kerl, der zu trinken verlangt. Und er drehte den Kopf nach rechts und nach links. Aber plötzlich wurden seine Augen hart, er schlug mit der Faust auf den Tisch, so daß er mir das ganze Glas auf die Weste schüttete. Er hatte sie im Spiegel gesehen. Wir hatten nicht gesehen, wie sie in die Kneipe kamen, wegen drei Soldaten, die am Schenktisch standen und tranken.

Sie saßen nebeneinander vor zwei Schnäpsen. Ich sah sie in demselben Augenblick wie er. Ich wollte schreien, Mevel war blaß geworden, und bevor ich schreien konnte, riß er seinen Browning hervor und schoß in die Richtung . . . zwei Schüsse . . . bumm . . . bum . . ."

„Ah, der Halunke!" sagte Piétri; „und hat er sie kaputtgeschossen?"

„Nein, der Spiegel über ihren Köpfen ging in Stücke, und ein fremder Mann, der am Schanktisch stand und trank, sackte zusammen wie ein Schwamm, die Nase in seinem Glas.

Mevel hatte drei Kerls am Halse, die ihn festhielten.

Der Mann auf der Erde röchelte und sagte:

„Warum? Warum?"

Niemand wußte, warum. Mevels Frau war übel geworden, und Toussaint tauchte sein Taschentuch in den Anis und half ihr wieder auf die Beine."

„Mevel hat wohl gebrüllt?" fragte Magnin.

„Er sagte kein Wort. Er sah sich den Kerl an, der auf der Erde lag, mit starren Blicken. Nach ein paar Minuten war er tot. Marie kam wieder zu Bewußtsein. Man fragte Mevel nach seinem Namen, seinem Alter.

Seine Frau war aufgestanden.

„Ich . . ." Gott, er hat sie mit schrecklichen Blicken angesehen, und sie hielt den Mund. Alle hatten sich umgedreht, aber sie glaubten, sie hätte nur aus Angst geschrien."

„Und du, du hast nichts gesagt?"

„Ich? Man hat mich nicht gefragt. Ich sah nur zu.

Ein Kriminaler schüttelte Mevel und schrie:

„Nun, antworten Sie, was haben Sie getan?"

Sein Kumpan sah sich den Kopf des Kerls an, der soeben gestorben war und dem noch die Angst in den offenen Augen saß.

„Sehen Sie" sagte der Wirt und zeigte auf den Toten, „er hat ihn bestimmt erkannt. Zweifellos eine alte Geschichte."

„Geldgeschichte," sagte ein Trinker . . .

Und der Wirt fuhr fort:

„Trotz alledem ein Pech, wenn so was im eigenen Lokal passiert. Als ob sie nicht anderswo hingehen könnten."

Oh, wenn ihr den Blick gesehen hättet, mit dem Mevel ihn von oben bis unten musterte! Sie verzapften alle einen Haufen von Dummheiten.

Ein anderer von den Polizeibeamten durchsuchte den Toten, er hatte keine Papiere bei sich; in der Tasche seiner Weste fand man eine Theaterkarte für den nächsten Tag."

„Aber die anderen, seine Frau, Toussaint?"

„Sie sagten gar nichts. Sie warteten und schauten gar nicht zu uns herüber. Ueber ihren Köpfen war der Spiegel, die Kneipe war entzweigerissen durch den Spalt im Glas, und dazwischen ihr Lächeln. Das einzig Natürliche bei der ganzen Geschichte war Mevel. Er sah aus, als hätte er etwas getan, was man alle Tage tut, und als hätte ihn die ganze Geschichte amüsiert. Aber wißt ihr, nie wieder in meinem Leben kann ich einen Martini trinken. Der Tote hatte sich beim Fallen den Mund aufgeschlagen, und man hätte glauben können, er spuckt Blut und Sägespäne. Man trug ihn auf einer Bahre weg. Er war ein großer Mann mit grauen Haaren und einer sanften Miene. Mevel sah seine Frau an. Er hätte gern mit ihr gesprochen, das ist mal sicher!"

„Was hätte er denn zu ihr sagen sollen?" fragte Piétri.

Er hat nichts gesagt, man hat ihm Handschellen angelegt und ihn weggeschleppt. Er ließ alles mit sich geschehen. In dem Augenblick, wo er durch die Tür ging, schrie er:

„Schweine, schmutzige Schweine!"

Alle die Kerls sahen sich an.

Ich bin geblieben . . . ich wollte sehen, was passiert!"

Loulous Erzählung schwebte durch das Lokal, in dem Mevel gehaust hatte. Alles lag noch an seiner alten Stelle, sauber und nett. Die Luft roch nach dem schweren Atem der Männer. Kein Laut war zu hören.

Stetig glitt die „Tlemcen" durch die Wellen, schlingerte ein wenig mit einem mütterlichen Schaukeln für all diese Männer, die ihren Fahrten dienten. Sie dachten an die unbegreifliche Tat Mevels und sagten sich im Unbewußten, daß auch sie vielleicht nicht anders gehandelt hätten. Ja, alle: die Rohlinge wie Piétri, die Friedfertigen wie Armand, die Duckmäuser wie Magnin, die Schwächlinge wie Loulou.

Diese Tat, die ihr Kamerad in einem Augenblick begangen hatte, da er nicht mehr an sie dachte, da er den quälenden Alp weit von sich gewiesen hatte — vielleicht würde das Leben sie zwingen, diese Tat gleichfalls zu tun. Loulous Bericht zeigte ihnen, daß unser Wille dem kläglichsten aller Zufälle unterliegen kann.

Es genügte, daß ein Spiegel den Abglanz eines Gesichtes zeigte, damit die Hand sich erhob, ein Revolver knallte und ein Mensch starb. Ein Mensch, einerlei, wer.

Und sie fühlten sich in ihrem schaukelnden Logis vor diesen sinnlos grausamen Taten geschützt. Ringsumher lagerten die feuchten Opiumdünste des Nebels und der See.

Sie schaukelten sich in friedliches Vergessen, und ihre Instinkte schliefen.

Mit jeder Drehung der Schraube zerschnitt die „Tlemcen" einen der Fäden, die sie mit der Welt verknüpften. Ein wirres Gefühl der Sicherheit erfüllte die Seelen der Männer.

In der nächtlichen Stille schlug der Steuermann die Stunde, und das leichte Getön der Glocke sang ihnen ein Lied, das sie zum Lächeln brachte.

Sie verfluchten die feste Erde, die die Leidenschaften entfacht und den Menschen in ein rohes Schicksal treibt.

Was in Loulous Erzählung sie berührte, war nur dieser oder jener gesonderte Punkt.

Sie sahen das kleine Taschentuch, das sich entfaltet, wie ein Vogel seine Schwingen öffnet, diese Szene, die Loulou so amüsant gefunden hatte, und das Lächeln Mevels, dessen Bild der zerbrochene Spiegel nicht mehr fassen will, da die Welt sich spaltet in dieser großen, geheimnisvollen Leere. Sie fühlten sich als Spielball einer gewaltigen Macht, die ihrer Empörungen und ihrer Demut spottet. Ein Stückchen Leben — und sie empfingen es mit einem Schweigen, das wie ein wirres, heißes Flehen den Raum erfüllte.

Die Nacht umhüllte das Deck mit einer schwammigen Feuchtigkeit. Durch die Bullaugen sah man die ersten Feuer an der Küste von Spanien.

„Erst ging es los mit vollem Wind . . ." sang Armand und zupfte die alte Gitarre.

Alle hatten sie eine Frage auf der Zunge.

„Und sie," fragte Piétri, „sie haben nichts gesagt?"

Loulou träumte auf seinem Lager. Er wandte sein junges Gesicht dem Lichte zu.

„Nichts . . . Ja. Toussaint sagte zum Wirt:

„Bitte: für mich einen Schnaps, und etwas Süßes für Madame."

Ende.

Aus der Welt der Frau

Landsleute

Von W. W. Poplawski

„Wir sind anscheinend Landesleute," bemerkte er gleich nach dem Frühstück. Sie nickte gleichgültig. Tatsächlich war sie die einzige Rumänin in diesem großen schwimmenden Hotel, das voll von Engländern, Franzosen, Deutschen war. Kein Wunder also, daß sie, als dieser junge elegante Mann mit diesem hageren, rassig geschnittenen Gesicht in Saloniki einstieg, als sie in der Passagierliste der I. Klasse las: „Graf Armand Maria Dibulescu, Diplomat", und als sie schließlich dieser gewissermaßen vom Himmel gefallenen Landsmann rumänisch ansprach, nur mit Mühe allzu auffällige Zeichen der Freude zurückzuhalten vermochte.

Nach dem Abendbrot versanken sie auf Deck in weichen Liegesesseln.

„Sie fahren nach Genua, Gnädigste?"

„Nein, nach Neapel."

„Und darf man wissen, woher Sie kommen?"

„Aus Konstantinopel. Und wohin fahren Sie, Herr Graf?"

„Auch nach Neapel. Ich wage zu hoffen, daß Sie in dieser zauberischen Stadt meine Dienste als Cicerone annehmen werden."

„Sie wollen sich für eine ganz unbekannte Frau opfern?"

Die kleine, in einer opalenen Kugel diskret verborgene elektrische Lampe warf mattes Licht auf das zarte Gesicht mit den langen, grünlichen Pupillen, überaus schönen, schmalen Augenbrauenbogen und den karminfarbenen Blumen der vollen und verführerisch geöffneten Lippen. Die riesigen Brillanten des Kolliers, der Armbänder und Ringe flammten und blitzten.

„Für meine entzückende Landsmännin."

*

Sie gingen langsam über die breite Brücke vom Schiff herunter. In dem riesigen Hafen ballte sich die Menge verschiedenfarbiger Menschen, die in den brennenden Strahlen der Mittagssonne dahineilten.

„Raten Sie mir, bitte, in welchem Hotel ich Wohnung nehmen soll, und wie ich dorthin komme! Ich bin hier hilflos wie ein kleines Kind."

„Gleich wird sich das Kind im elegantesten Hotel der Stadt befinden. Wahrscheinlich wartet mein Auto; ich werde Sie hinfahren."

Die wundervollen Augenbrauenbogen haben sich voll Neugier, und gleichzeitig stützte sich eine kleine, verhätschelte Hand stärker auf den Arm des Mannes. Sie verließen die Hafenhalle. In den scharfen, glühenden Schwertstichen der Mittagssonne schimmerte die purpurfarbene Karosserie eines Wagens.

„Da ist das Auto. Gestatten Sie, daß ich Sie hinfahre!"

Ein kleiner, dunkelwangiger Boy öffnete artig die Tür. „Bertolini!" Der Chauffeur verneigte sich schweigend. Das Auto fuhr fast geräuschlos fort und glitt über den glatten Asphalt der breiten, beschatteten Boulevards. Wie ein greller Blitz durchschnitten sie das verwickelte Schachfeld der von einem bunten Passantenteppich geschmückten Straßen. Ganz nahe vor ihnen schoß an der Ecke des Corso Vittorio Emanuele ein mit hunderten von Fenstern gespickter weißer Block in das Blau des Himmels, der im arroganten Goldglanz meterhoher Lettern hinausbrüllte: „Palace Hotel Bertolini." Der Chauffeur öffnete die Tür.

*

Am nächsten Tage weckte sie vormittags ein leichtes Geräusch. Ueber das Bett beugte sich das Zimmermädchen. „Der Boy brachte diesen Korb und einen Brief." Sie riß neugierig den langen, zart duftenden Umschlag auf. Auf einer kleinen Büttenpapierkarte glänzte der schwarze Aufdruck: „Graf Armand Maria Dibulescu, rumänischer Konsul in Neapel." — Also doch ein richtiger Graf. Schön, jung und augenscheinlich reich. Sie blickte auf den Blumenkorb. Er flammte in einer rasenden Farbenorgie.

*

„Ich danke Ihnen für die Blumen. Sie waren so wundervoll und dufteten so herrlich!" Sie erzählte lächelnd. Ihre schlanke, von einem zarten, spinnwebdünnen Spitzenkleid eingehüllte Figur hob sich in reicher, stilvoller Silhouette vom Hintergrunde des kühlen Prunks des Speisesaals ab. In einer verborgenen Nische weinten leise an den Nerven zerrende aufrikanische Banjons und havajanische Gitarren, miauten träge Saxophone, die das scharfe Geräusch der unermüdlichen elektrischen Ventilatoren nicht störte. Wie Schatten huschten die Kellner vorbei, die Speisen und wegen des heißen Tages ausnahmsweise viel Limonaden nach den Tischen trugen.

Zum Kaffee lud sie ihn in ihre Hotelapartements ein. „Wer bist du?" flüsterte sie mit einem seltsamen Glanz in den länglichen smaragdgrünen Augen. „Du bist wundervoll wie der unerreichbarste Traum. Keiner meiner Liebhaber kann sich mit dir vergleichen. Alle waren widerwärtige Nachkriegs-„Herren". Schau, das stammt von ihnen . . ." Sie öffnete ein goldenes, reichverziertes Schmuckkästchen. „Schau!" Auf dem warmen Purpur des Samts flammten in milliardenfachem Glanze riesige Brillanten, Perlen, traurige blutrote Rubine, geheimnisvolle Opale, lazurblaue Saphire, Gold, Silber und Platinketten. Er taxierte alles mit einem Blick. „Und das ist von mir." Er nahm nachlässig ein dickes Dollarnotenpaket heraus und warf es auf das kleine Sofa. Sie lachte hell auf. „Von dir will ich nichts. Gar nichts," flüsterte sie leise, streichelte mit der einen Hand das Gesicht des Grafen, und mit der anderen — versteckte sie die Banknoten unter den vielen Kissen.

*

Ein boshafter Sonnenpfeil drängte sich durch das Gewirr der Jalousien, Gardinen und Vorhänge, kitzelte zart und weckte. Vom Grafen und von der Schatulle — war keine Spur mehr vorhanden.

*

Brief des „Grafen" Armand Maria Dibulescu an Frau Milescu:

New York, am 1. 3. 1929.

Gnädige Frau!

Ich muß Ihr Verhalten tatsächlich den Gipfelpunkt der Taktlosigkeit nennen! Wie kann eine so schöne und elegante Frau unechten Schmuck tragen und anständige Leute zu Ausgaben und Zeitverlust verlocken! Ich rate Ihnen, sich in Zukunft zu bessern, und gebe Ihnen unterdessen den „Schmuck" zurück.

A. M. Graf Dibulescu.

P. S. Selbst die Schatulle war eine Imitation.

Brief von Frau Milescu an den „Grafen" Armand Maria Dibulescu:

Palermo, am 21. 3. 1929.

Geehrter Herr!

Es wundert mich sehr, daß sie sich nicht früher orientierten und die Karten nicht sofort aufdeckten. Wir hätten beide Zeit und Ausgaben gespart und unseren gemeinsamen Beruf nicht vernachlässigt. Der eine bringt — unechten Schmuck in die Welt, der andere — falsches Geld. Nach dem Kriege ist es wirklich schwer zu leben. Man muß nehmen, was man bekommt. Auch ich muß leider essen. Zum



Schluß muß ich zugeben, daß Sie meisterhaft arbeiten. Auch ich gebe Ihnen Ihr „Geld" zurück. Lola Milescu.

Dieser Brief wurde nicht abgeschickt, da die Briefschreiberin erst nach der Abfassung gewahrte, daß sie ja keine nähere Adresse vom „Grafen" besaß. Also bezahlte sie mit den „Dollarnoten" das Hotel in Palermo und einige Rechnungen.

(Deutsch von Leo Koszella.)

Indischer Witwenschutz

Von Dr. Else Mühsam

Zu den tragischsten Erscheinungen, die in der gesamten Geschichte der Frau zu verzeichnen sind, gehört die Witwenverbrennung in Indien, die Sitte, daß die Frau des gestorbenen Gatten den Feuertod erleiden mußte. Die Unglückliche wurde gezwungen, entweder das „Sahamarana" zu erdulden, d. h. bei der Verbrennung des toten Gatten auf dem gleichen Scheiterhaufen den Tod zu finden, oder aber sich auf die bloße Nachricht vom Tode ihres Gatten hin, der im Kriege gefallen oder auf einer Reise gestorben war, dem Feuertode, dem „Anumarah", zu unterziehen.

Zweifellos haben religiöse Anschauungen, die im indischen Mythus wurzeln, bei der Bildung dieser Vorstellungswelt, die sich dann zu konkreter Handlung verdichtete, stark mitgewirkt. Aber andererseits müssen doch sehr nüchterne Erwägungen wirtschaftlicher Natur betont werden. Durch zwei neuzeitliche Werke, die das Los der indischen Frau in ihren tieferen Zusammenhängen erforscht haben, sind wir heute in der Lage, die Sitten und Gebräuche, denen sie unterworfen ist, von anderen Gesichtspunkten aus zu begreifen, als noch vor Jahrzehnten. Karl Schrader und Franz Josef Furtwängler behandeln in ihrem interessanten Werk „Das werktätige Indien" die indische Frau im Zusammenhange mit der Gesamtwirtschaftslage Indiens, als Werkzeug des Kapitalismus, dem die Frau, wie der indische Arbeiter, völlig verfallen ist. Dieses große Gemälde, dessen Farben kraß und abstoßend sind, wird ergänzend vertieft durch das Werk der Amerikanerin Katherine Mayo.

Aus den Erkenntnissen, die beide Werke dem Leser übermitteln, lassen sich auch Schlüsse auf die Witwenverbrennung ziehen, die bisher meist einseitig, vom Standpunkte des Kultus aus, betrachtet wurde. Man muß sich fragen, wer vor allem auf die Verbrennung der Frauen bedacht war. Es waren die Verwandten der Ehepaare und die Priester. Die Frauen sind nur in den seltensten Fällen freiwillig zum Scheiterhaufen gegangen. Es bedurfte meist der Ueberredung und der Drohungen. Der indische Mann hatte das größte Interesse daran, daß seine Gattin von seinem Tode in Mitleidenschaft gezogen wurde, denn damit zwang er die Frau, ihm die größten Sorgen und Ungedeihen zu lassen und sein leibliches Wohl mit allen Kräften zu fördern.

Erst vor 100 Jahren, als die englische Regierung die Witwen durch das Gesetz vom 8. Dezember 1829 unter ihren Schutz nahm, wurde die Grundlage geschaffen, auf der die weitere Ausübung der furchtbaren Sitte unterbunden wurde. Aber noch immer ist das Los der indischen Witwe trostlos genug. Sie fällt oft noch der Verachtung anheim, darf sich nicht wieder verheiraten und wird im Haushalt des gestorbenen Mannes als niedrigste Magd behandelt. Es wird sich erst dann entscheidend bessern, wenn die indische Frauenfrage in engstem Zusammenhange mit politischen und wirtschaftlichen Problemen durch die weltumfassende Internationale der sozialistischen Ideenwelt, die bereits heute in Indien starke Erfolge zu verzeichnen hat, einer menschenwürdigen Lösung entgegengeführt sein wird.

Im Vertrauen gesagt

Von Trude E. Schulz

Zwei gute Nachbarinnen treffen sich auf der Straße. Sie tragen Marktkörbe am Arm. Hausfrauen, die vom Einkaufen kommen, haben fast immer den Kopf von allerlei Sorgen beschwert: das Fleisch ist schon wieder zehn Pfennig teurer geworden, die Butter gar zwanzig, der Kohl fünf; Eier sind überhaupt nicht mehr zu erschwingen. Diese beiden Nachbarinnen, Frau Anna und Frau Lotte, klagen sich also gegenseitig, wie fast unerschwinglich alle Lebensmittel seien, und jede teilt der anderen ihre Erfahrungen mit, wo man noch am besten und billigsten kaufe und am reellsten bedient werde.

Aber der Weg ist lang, und diese Einkaufsfragen sind bald durchgesprochen. Und plötzlich neigt sich Frau Anna dichter zu Frau Lotte heran und flüstert:

„Wissen Sie schon, daß . . ."

Lange und immer aufgeregter redet sie so auf Frau Lotte ein, und die sagt nur hin und wieder: „Nein sowas! Nein, wer hätte das für möglich gehalten!"

Dann ist Frau Anna mit ihrer Erzählung zu Ende: „Ist das nicht schrecklich? Wer hätte das von den Leuten gedacht! Ich war ja selber ganz entsetzt darüber, als mir Frau Frieda die Sache im Vertrauen erzählte . ."

Der lange Heimweg reicht nicht aus, die wichtige Angelegenheit zu Ende zu diskutieren. Morgen und übermorgen und noch viel öfter werden die beiden Frauen zusammenstehen und sie nach allen Seiten drehen und wenden, und sie wird immer interessanter und aufregender werden. Noch andere gute Freundinnen werden von der Sache „im Vertrauen" erfahren, und da sie sich doch dafür revanchieren müssen, werden sie wieder etwas anderes dafür „im Vertrauen" erzählen. Am Ende sieht es so aus, daß jede von jeder irgend etwas Peinliches oder Ehrenrühriges weiß, das, wenn es schon keine verbürgte Tatsache ist, doch Tatsache sein könnte. Und wenn es nur lange genug weitererzählt wird, so ist es schließlich — für die anderen wenigstens — unumstößliche Wahrheit geworden.

Bis eines Tages die Bombe platzt.

Vielleicht lobt eine Nachbarin gegen eine andere die Liebenswürdigkeit einer dritten. „Die? Die? Glauben Sie doch bloß nicht, daß die es gut mit Ihnen meint!" kriegt sie gereizt zur Antwort. „Was glauben Sie wohl, was die alles hinter Ihrem Rücken über Sie spricht!" Und nun erfährt die unglückliche Lobrednerin nicht nur, was Frau A. über sie gesagt hat, sondern auch gleich, was Frau B. und Frau C. und Frau D. von ihr zu wissen behaupten, und da sie das doch nicht alles ohne Widerrede schlucken kann, verrät sie ihrerseits, was ein weiteres viertel oder halbes Dutzend Nachbarinnen über die andere erzählt haben.

Mit roten Köpfen, mit verheulten Gesichtern gehen die beiden Frauen schließlich auseinander. Jede stellt nach und nach die anderen zur Rede und erfährt dabei womöglich noch wieder von neuem Geschwätz.

Der Hexenkessel „Klatsch" brodelt und zischt.

Das Ende vom Liede ist Feindschaft. Man grüßt sich nicht mehr, verbietet den Kindern, mit „den Bälgern von drüben" zu spielen, und wenn es ganz schlimm kommt, steht man sich vor Gericht gegenüber und wäscht dort die schmutzige Wäsche weiter. Bis dann eines Tages irgendeine Nachbarin wieder etwas „im Vertrauen" der anderen verrät und die Freundschaft und der Klatsch von neuem beginnen. Denn Klatsch ist ein Gift, an das sich Menschen mit geringem Verstand gewöhnen, wie andere an Morphium oder Alkohol. Sie berauben und zerstören sich damit alle wahren Lebensinteressen.

Klatsch: in der harmlosesten Form bedeutet er Zeitvergeudung. Manche Viertelstunde, die besser ausgefüllt werden könnte, wird ihm geopfert. Frauen, die nie Zeit haben, in eine Versammlung zu gehen, die nie Zeit haben, ein gutes Buch oder auch nur den politischen Teil der Zeitung zu lesen, finden diese Zeit bisweilen für Klatsch. Für nützliche Dinge fehlt sie; aber um „des Nachbars guten Ruf zerkaun zu eklem Brei", dazu ist sie da. Klatschsüchtige Menschen interessieren sich für die intimsten Einzelheiten im Leben anderer, für Dinge, die keinen Menschen etwas angehen, deren Kenntnis keinem etwas nützt. Aber sie wollen und müssen um jeden Preis von den anderen „etwas wissen". Nicht nur Frauen, auch Männer können von diesem Uebel befallen sein; aber bei Frauen ist es leider noch häufiger.

Die Kinder hören, wie abends in der Familie über andere gesprochen wird. Es kann sein, daß das abschreckend auf sie wirkt und sie später Feinde allen Klatsches werden; es kann aber auch sein, daß sie von der elterlichen Klatschsucht angesteckt werden.

Zeit ist in einer Proletarierfamilie mit das Kostbarste.

Man soll sie nicht vergeuden, sondern so zweckmäßig wie möglich anwenden. Wie viele wichtige Fragen des Lebens, des Berufes, der Erziehung gibt es zu besprechen! Für solche Dinge die Familie, die Kinder, aber auch die Nachbarn zu interessieren, ist eine lohnende Aufgabe. Das Leben verstehen, das Leben bessern wollen, mithelfen durch tatkräftiges Wirken, das ist der Weg, der ins Licht der Freiheit führt. Wer im Schmutz der anderen herumwühlt, der darf sich nicht wundern, wenn er selber in Schmutz und Dunkel herabsinkt.

Frauenschutz in England

Das englische Komitee für Frauenrechte, dem die meisten großen englischen Frauenorganisationen angeschlossen sind, nahm kürzlich Stellung zu dem geplanten englischen Fabrikgesetz. Man wandte sich dagegen, daß Frauen mit dem Heben schwerer Lasten beschäftigt würden, daß sie in der gesundheitsschädlichen Weißblei-Industrie Verwendung fänden, und forderte, daß ein Arbeitsverbot für Frauen vor der Entbindung und für eine bestimmte Zeit nach der Entbindung erlassen würde, ferner, daß die Mutterschaftsunterstützung erhöht würde. Für Jugendliche wurden dann noch die gleichen Arbeitsbeschränkungen wie für Frauen gefordert. Besonders lebhaft trat auch die Vertreterin des Nationalverbandes weiblicher Lehrerinnen für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterin ein.

Die Urteile im Bergmannssiedlungsprozeß

Mäßige Gefängnis- und Geldstrafen für sechs Angeklagte. / Die übrigen freigesprochen.

Recklinghausen, den 8. Januar.

Zur heutigen Urteilsverkündung im großen, seit sechs Wochen verhandelten Bergmannssiedlungsprozeß waren erstmalig nach mehreren Wochen wieder sämtliche Angeklagten erschienen. Um 1 Uhr verkündete der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kessing, zunächst den Gerichtsbeschluß, daß das Verfahren gegen den inzwischen verstorbenen Angeklagten Büchner eingestellt werde. Rechtsanwalt Anraths stellte noch den Antrag vor der Urteilsverlesung, einen bzw. zwei Zeugen darüber zu hören, daß der Angeklagte Dorsel die Bilanz nicht gemacht und von Unrichtigkeiten darin keine Ahnung gehabt habe. Der Vorsitzende richtete darauf die Frage an den Sachverständigen, Zeugen Nienhelsen, ob es möglich sei, daß Dorsel von dem Zustandekommen der Bilanz nichts gewußt habe. Nienhelsen antwortete dahingehend, daß diese Möglichkeit bestehe, wenn er sie auch nicht für sehr wahrscheinlich halte. Rechtsanwalt Anraths sprach dann noch längere Zeit über diesen Punkt, worauf sich das Gericht zur Beratung zurückzog. Beschlossen wurde, die Beweisanträge abzulehnen; die Angaben Dorsels zu diesem Punkte wurden als wahr unterstellt.

Darauf wurde folgendes

Urteil

verkündet:

1. Kaufmann Gerhard Wienkötter (Recklinghausen) erhält unter Freispruch im übrigen wegen Urkundenfälschung und Untreue fünf Monate Gefängnis; 2. Architekt Hartwig Lensch (Recklinghausen) wegen gemeinschaftlicher schwerer Urkundenfälschung zwei Monate Gefängnis; 3. Techniker Franz Göddemeyer (Hamburg) wegen schwerer Urkundenfälschung und versuchten Betruges einen Monat und zwei Wochen Gefängnis; 4. Bauführer Alfred Schmidt (Recklinghausen, jetzt Schlesien) wegen Beihilfe zum Betruge sechs Wochen Gefängnis; 5. Techniker Georg Hardick (Recklinghausen) wegen schwerer Urkundenfälschung, Urkundenvernichtung und Beihilfe zur Untreue vier Monate Gefängnis; 6. Bauunternehmer Heinrich Sendt (Henrichenburg) wegen Beihilfe zum Betruge 160 RM. Geldstrafe; die Angeklagten Direktor Wilhelm Doriel (Köln), Direktor Josef Quademecks (Köln), Frau Wischmeyer (Recklinghausen), Diplomingenieur Ludwig Georg Schweinfurth (Wiesbaden), Architekt Franz Weber (Hamborn), Schachtmeister Peter Sauer (Oberhausen), Fuhrunternehmer August Frentrup (Suderwich), Fuhrunternehmer Josef Ochs (Dortmund), Händler Georg Albrecht (Recklinghausen), Kontrollbeamter Heinrich Doriel (Essen), Buchhalter Peter Brenner (Köln) und Prokurist Jacob Weyland (Köln) werden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Der Vorsitzende führte dann u. a. folgendes aus: „Ein Prozeß, wie er in der Geschichte unseres heimatlichen Gerichts einzig dasteht, ist nach sechswöchiger Dauer zu Ende. Auf der Anklagebank saßen 20 Personen der verschiedensten Stände; einzigartig ist der Prozeß schon im Hinblick auf das gewaltige Tatsachenmaterial. Was die Verhandlung außerdem erschwerte, war 1. die Länge der Zeit, ferner die außerordentlich unkorrekte Buchführung der Ibau, die eine Aufklärung in vielen Punkten geradezu unmöglich machte. Von erheblicher Bedeutung ist die Tatsache der Inflation, diese Zeit der allgemeinen Verwirrung, der geschäftlichen Unmoral usw., die das Gericht weitest gehend berücksichtigt hat. Außerdem war die Aufklärung der damaligen Zusammenhänge sehr erschwert durch die einander widersprechenden Angaben der Angeklagten in der Voruntersuchung und dann in der Hauptverhandlung. Wenn es trotz aller dieser Schwierigkeiten gelungen ist, wenigstens in zahlreichen Punkten eine Klärung zu bringen, dann ist das in erster Linie das Verdienst der Herren Sachverständigen, einschließlich des Sachverständigen, Zeugen Herrn Nienhetsen. Ich habe die angenehme Pflicht, ihnen für ihre Tätigkeit im besonderen Auftrage des Gerichts den Dank auszusprechen. Persönlich möchte ich den Dank auch auf die Herren Schöffen ausdehnen, die sechs Wochen lang unter Hintansetzung ihre persönlichen Interessen ihre Aufgabe erfüllt haben."

Der Vorsitzende versagte es sich, auf die allgemeinen damaligen Verhältnisse, die äußeren Zeiterscheinungen und damit die tieferen Gründe der zur Verhandlung stehenden Dinge weitschweifig einzugehen. Dafür aber behandelte er die zur Anklage stehenden Punkte sehr ausführlich und gab eingehende Erläuterungen darüber, warum das Gericht im einen oder anderen Falle zur Verurteilung oder zum Freispruch gekommen sei. Bei den Umstapelungen sagte er, daß man wohl der Meinung sein könne, daß zuviel Stunden angeschrieben worden seien; die Unklarheit dieser Zusammenhänge verbiete aber die Festlegung auf eine bestimmte Form. Das gleiche bekundete der Vorsitzende bei den übrigen, zuweilen tagelang verhandelten Punkten wichtigerer Natur, wie beim Problem Maybachstraße, bei den 29 000 Mark, von denen viel die Rede war, bei den Tagewerksnachweisen, bei den Belastungsschäden und den Ersatzansprüchen usw. In einigen Fällen sei die Freisprechung mangels Beweises erfolgt, in anderen, weil sich die große Wahrscheinlichkeit dafür ergeben habe, daß die Angeklagten wenigstens subjektiv das Gefühl hatten, richtig zu handeln. Er beleuchtete auch die Materialverschiebungen zum Bahnhof Ost, die Eigentumsverhältnisse an dem Material, das nach Oberhausen gewandert sei, und die komplizierte Angelegenheit des Reichsbankneubaues in Oberhausen. Wenn es auch eine Streitfrage sein könne, ob ein rechtlich denkender Kaufmann sich habe Beträge für die besprochenen Dienstauszahlen lassen — eine strafbare Handlung sei jedenfalls Schweinfurth und Weber nicht nachzuweisen. Was die Konkurrenzfirma anbelange, die ebenfalls ein Angebot auf den Bau abgegeben hatte, so habe sie völlig unbeeinflußt zurückgezogen, da sie ihr Angebot als viel zu billig erkannt hatte. In einer ganzen Reihe von Fällen mußten auch die schließlich bestraften Angeklagten Lensch, Wienkötter usw. freigesprochen werden, da ihre Handlungsweise nicht strafbar oder sogar völlig einwandfrei war.

Bei den Tagewerksnachweisen laufe die Anklage auf Betrug zum Nachteile des Reiches. Das Gericht sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine strafbare Handlung auch hier nicht vorliege, da die Gelder im vorgesehenen Sinne verwandt wurden. Außerdem stehe einwandfrei fest, daß von diesen Geldern kein Pfennig in die Taschen der Angeklagten gewandert sei. Zum Schluß besprach der Vorsitzende die Fälle, in denen Strafen verhängt werden mußten, weil sich die Schuld der Angeklagten zweifelsfrei ergeben habe. Der Angeklagte Hardick z. B. sei Mitglied des Kleinen Ausschusses gewesen. Er habe Fahrten zu den Baustellen usw. mitgemacht und habe schließlich Rechnungen gefälscht, indem er einmal die anstehenden Beträge erhöhte oder sogar die Posten einfach fingierte. Er habe Arbeitsleistungen angegeben, die geradezu lächerlich wirken müßten, z. B. 28 Geschäftereisen in einem einzigen Monat; auch habe er die Nachtwächterlöhne erhöht bzw. ganz unberechtigt eingetragen. Im übrigen habe er ja auch seine Fälschungen zugegeben. Wenn es jedoch sage, daß ihm das Bewußtsein der Tragweite seiner Verfehlungen gefehlt habe, so müsse man ihm das auf Grund seiner zweifellos vorhandenen Intelligenz bestreiten. Von höchstem Interesse sei die Frage gewesen, wer dieses Geld bekommen habe. Hardick habe selbst gesagt, daß er mit Wienkötter geteilt habe und zwar habe er diese Angaben in einer derartigen eingehenden Art gemacht, daß man sie kaum bezweifeln könne. Auch Lensch habe hier ohne Zweifel seine Hand mit im Spiele gehabt, wenn er auch nicht aktiv mitgewirkt haben sollte, so habe er doch davon gewußt und die Rechnungen in der solchen Form passieren lassen. Deshalb mußten Lensch, Wienkötter und Hardick in diesem Punkte wegen gemeinsamer Betrügerei bestraft werden.

Der Angeklagte Send habe sich bewußt bestimmte Arbeiten zweimal bezahlen lassen. Er entschuldigte sich damit, daß er zunächst eine provisorische Rechnung aufgestellt habe, und daß es unbedenklich gewesen sei, so zu verfahren, weil die richtige Summe festgestellt worden wäre. Seine Strafbarkeit habe das Gericht aber unbedingt annehmen müssen. Das letzte und komplizierteste Kapitel sei die Aufwertung. Sicher sei — und das müsse zugunsten der Angeklagten angenommen werden, daß ein offizieller Verzicht auf die Aufwertung nicht ausgesprochen worden sei. Eigentümlich berühre nur, daß diese ganzen Dinge nicht verbucht worden seien.

Für das Strafmaß habe man die Inflation weitest gehend berücksichtigt. Entschuldigen aber könne auch diese verwirrte Zeit nicht alles. In normalen Zeiten, so müsse er den Angeklagten sagen, würden erheblich schärfere Strafen verhängt worden sein, denn es habe sich hier doch wenigstens bei einer Reihe von Punkten um Objekte von erheblichem Werte gehandelt. Berücksichtigt sei ferner, daß die Angeklagten nicht vorbestraft wären. Die Untersuchungshaft wurde bei allen voll angerechnet; wo das nicht möglich war, wurde Bewährungsfrist gewährt. Bestimmte Erklärungen nach der einen oder anderen Richtung hin wurden weder von der Staatsanwaltschaft noch von der Seite der Angeklagten abgegeben. Die Zuschauertribüne wies seltsamerweise entgegen den bisherigen Prozeßtagen einen nur mäßigen Besuch auf.

Konferenz der Kriegsopferfunktionäre des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Am Sonntag, dem 5. dieses Monats, fand im Restaurant zur Krone (F. Gieselmann) in Gütersloh eine Konferenz der Funktionäre des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten statt. Sie hat sich zur Aufgabe gestellt, das Wissen der ehrenamtlichen Mitarbeiter, die im Bereich der Gauleitung Westfalen tätig sind, zu erweitern und in planmäßiger Schulung dahin zu führen, daß allen Kriegsopfern das ihnen Zustehende erreicht werden kann. Es darf vorweg gesagt werden, daß dieses Ziel auch in vollem Umfange gelungen ist. Der Verlauf der Konferenz beweist, daß der Reichsbund der Kriegsbeschädigten seine ganze Tätigkeit auf sachliche Arbeit für seine Mitglieder eingestellt hat, die der Rechtshilfe benötigen. Es zeigt sich wieder, daß die größte Organisation der Kriegsopfer Deutschlands auch ihrer alten Tradition treu geblieben ist, unbekümmert um das Geschrei anderer Organisationen nur den Weg sachlicher Arbeit zu gehen.

Die Konferenz begann mit einleitenden Ausführungen des Gauleiters, Kameraden Wienhold, über die Bildungstätigkeit im laufenden Jahr. Anschließend erörterte dann der Kamerad Gausekretär Reinkester in gründlicher Weise das besonders schwere Problem der Elternrente. Dabei ging er im wesentlichen auf die ländlichen Verhältnisse im östlichen Westfalen ein. Im zweiten Referat erörterte dann der Gausekretär Kamerad Schwa die Fragen der Zusatzrente. Eingehend erläuterte er das Wesen und die rechtlichen Voraussetzungen der Zusatzrente. Ferner wurden lehrreiche Ausführungen über den Verlauf des Verfahrens und über besonders schwierige Fragen dieses Gebietes den Funktionären unterbreitet.

Dann fand die Konferenz mit dem Referat des Gausekretärs, des Kameraden Hein, über das Versahrensgesetz ihre Fortsetzung, der Aufbau und die Tätigkeit der Versorgungs- und Hauptversorgungsämter, sowie der Versorgungsgerichte waren die Grundlage dieser Ausführungen. Ganz besonders wurden diejenigen Fragen erörtert, die immer wieder Schwierigkeiten in der glatten Durchführung des Versorgungsanspruchs hervorriefen, und den Mitarbeitern wurde gezeigt, wie man diesen Schwierigkeiten begegnen kann. Eingehend wurde dabei auch die persönliche Seite der Bearbeitung, sowohl durch die Organisation, als auch durch die von den Behörden mit der Bearbeitung beauftragten Person erörtert. Nach jedem Referat fand eine eingehende Aussprache und Fragestellung statt, die bewiesen, daß die Funktionäre des Reichsbundes bereits über erhebliche Kenntnisse verfügen.

GELSENKIRCHEN-BUER

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer, Bezirk Westliches Westfalen.

Vollversammlung am Mittwoch, dem 15. Januar 1930, um 16 Uhr, im kleinen Saal des Gewerbevereins in Dortmund, Hubstraße. Genosse Dr. Löwenstein (Berlin) spricht über die schulpolitische Lage.

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft.

Ortsgruppe Horst.

Frauengruppe Horst-Emscher.

Freitag, den 10. dieses Monats, 16 Uhr, im Lokale Hugo Beckmann, Markenstraße: Jahresversammlung. Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. U. a. Vortrag der Genossin Borreiter. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

SAJ — JUGEND-VERANSTALTUNGEN

SAJ., Unterbezirk Recklinghausen.

Der Kursus, der für den 11. Januar in Gelsenkirchen vorgesehen war, wird auf den 25.-26. Januar verlegt.

Gruppe „Rote Sieben".

Heute (Donnerstag), den 9. dieses Monats, 20 Uhr: Heimabend. Vorlesung aus der modernen Kriegsliteratur. Erscheint pünktlich und zahlreich, damit der Abend ein voller Erfolg wird!

Sozialistische Arbeiterjugend, Horst-Emscher.

Sonntag, den 12. dieses Monats, nachmittags 2 Uhr, in der Oberbeckschule: Funktionärsitzung; um 4 Uhr: Generalversammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Jugendgenossinnen und -genossen erforderlich.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Kameradschaft Erle.

Sonntag, den 12. dieses Monats, vormittags 9.30 Uhr, im Lokal Grünewald: Wichtige Kameradschaftsversammlung. Restloses Erscheinen ist Pflicht.

Der Kameradschaftsführer.

Pfeiferkorps Erle.

Sonntag, den 12. dieses Monats, vormittags 9 Uhr: Probe im Lokal Grünewald.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Reichsverband Deutscher Jugendherbergen, Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Damit keine Unterbrechung in der Postbelieferung der Zeitschriften an die Mitglieder entsteht, und der Vorstand in der Lage ist, die Mitgliedsbeiträge an den Gau ordnungsmäßig bis zum 1. März dieses Jahres abzuführen, wird in den nächsten Tagen ein mit einem Ausweis des Vorsitzenden Kusch ausgestatteter Bote bei den einzelnen Mitgliedern vorsprechen und den Jahresbeitrag für 1930 einziehen. Es wird gebeten, die Beiträge bereitzulegen und sie dem Boten gegen Verabfolgung der grünen Jahresmarke auszuhändigen.

Ein nochmaliges Vorsprechen des Boten muß der Kosten wegen unterbleiben.

Wer den Beitrag später zahlt, erhält auch erst von diesem Zeitpunkt ab die Zeitschrift. Es ist fraglich, ob die bereits erschienenen Nummern dann noch nachgeliefert werden können.

Rundfunk-Programm

Rundfunk-Programm Köln (227) und Langenberg (473).
Zwischensender: Aachen (453) und Münster (234).

Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.45: Leibesübungen. ● 7: Schallplatten ● 10.15: Schallplatten ● 10.30: Wasserstände. ● 12.10: Schallplatten ● 12.50: Wetter ● 12.55: Rauener Zeit. ● 15.30: Wirtschaftsberichte ● 16.25: Zweite Wirtschaftsmeldungen (außer Samstags) ● 18.50: Vom Tage (außer Sa.). ● 19: Wirtschaftsmeldungen und Wetter.

Donnerstag, 9. Jan. 11.30: Schulfunk. ● 13.05: Konzert. ● 15: Kinderspielstunde ● 16: Neue deutsche Romane und Erzählungen ● 16.30: Dir. Meurer: Das heimatkundliche Prinzip im Rechenunterricht der gewerblichen Berufsschule. — Gewerbeoberlehrerin Helldobler: Rechnerische Betrachtungen der Sozialausgaben einer Stadt ● 17.30: Konzert. Englische, schottische und irische Lieder. ● 18.30: Gutes Deutsch ● 19.15: Spanisch ● 19.40: Vater Esch: Dem Jugendbund ● 20: Abendmusik des Rf. Funkorch. Donizetti: Ouv. zu „Die Regimentstochter" — Lumbye: Krolls Ballklänge. Walzer — Wenmaer: Erinnerung an Verdis Oper „Aida" — Schumann: Du bist wie eine Blume; Ich grolle nicht. — Rubinstein: Lichterlanz der Bräute — Mills: Rotfeder, Intermezzo ● 21: Sinfoniekonzert Funkorch. Georg Kulenkampff (Violine). Mendelssohn: Violinkonzert — Bruckner: Neunte Sinfonie D-moll. ● Danach: Konzert.

Freitag, 10. Jan. 11.30: Schulfunk. ● 13.05: Konzert. ● 15: Kinderspielstunde. ● 16: D. A. Griesbauer: „Mit Säge, Axt und Maurerkelle". Berufe in der Metallbearbeitung. — Dr. Baak: Juristische Berufe. ● 16.45: Jugendfunk. ● 17.30: Konzert des Funkorch. Rob. Grote. Viola da Gamba. ● 18.30: Dr. Brandt: Deutschlands Anteil am Welthandel. ● 19.15: Englisch. ● 19.40: Dr. Jancke: Welt und ich als Ausdruck des Zeitwandels. ● 20: Schallplatten. Maria Battistini-Sperani erzählt Battistini-Anekdoten ● 20.45: Uraufführung: Stelldichein, Hörspiel von A. D. Valitzsch ● 22.30: Aus der Westfalenhalle Dortmund: Abendwertungen des 5. Dortmunder Sechstagerennens ● Anschl.: Konzert.

Samstag, 11. Jan. 13.05: Konzert. ● 15: Kinderspielstunde. ● 16: Studienrat Brüls: Elektrische und maschinentechnische Grundbegriffe. ● 16.20: Prof. Dr. Karlinger: Kirchliche Architektur als liturgischer Ausdruck der Jahrhunderte ● 16.45: Dr. Tigges: Wirtschaftspolitische Umschau ● 17.05: Englisch ● 17.30: Konzert. Das Peter-Quartett, Krefeld ● 18.30: Landesrat Dr. Buhorn: Selbstverwaltung der Provinzen ● 18.50: Mitteilungen des Intendanten. Neues aus Funkvereine. Rundfunkvereine — Personennachrichten ● 19.15: Gewerberat Helmig: Mitwirkung des Arbeiters bei der Unfallverhütung ● 19.40: Dr. Grete Oepel: Die Wohnung der Berufstätigen Frau ● 20: Aus der „Lese" Köln: Damensitzung der großen Kölner Karnevals-Gesellschaft „Präsident". Fr. Mask ● 23: Nachtmusik und Tanz — Internationale Uebertragung vom fünften Dortmunder Sechstagerennen ● 24: Meister des Jazz. Schallplatten.

Deutsche Welle (1635).

Deutsche Welle. Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.55: Wetter für den Landwirt ● 7: Gymnastik ● 12.25: Wetter für den Landwirt (So. 12.50). ● 12.55: Rauener Zeit. ● 14: Berlin: Schallplatten ● 15.30: Wetter. Börse.

Deutsche Welle. Donnerstag, 9. Jan. 9: H. Balucket: Wie ich Maler wurde ● 10: E. Kloß: Löffelmann, der Feldhase. ● 10.35: Mitteilungen des Verbandes der Preuß. Landgemeinden ● 14.30: Kinderstunde W. Frobart: Reisen und Abenteuer: In der Kalahari-Wüste ● 15: Orchesterspielstunde im Kindergarten ● 15.45: Dr. Mara Jacobohn: Wandlungen in der sozialen Gesinnung der Frau. ● 16: Stud.-Dir. Dr. Gaede und Stud.-Rat Teuchert: Winke beim Abiturientenexamen ● 16.30: Berlin: Konzert. ● 17.30: Otto Buchmann liest aus eigenen Werken ● 18: Max Müller-Jabusch: Weltpolitische Stunde. ● 18.30: Spanisch für Fortgeschr. ● 18.55: Schätzeredir. Parras: Schafzucht. ● 19.20: Ober-Reg.-Rat Dr. Lach: Keramische Erzeugnisse im täglichen Leben ● 20: Wovon man spricht ● 20.30: Leipzig: Hans von Bülow-Gedächtnisfeier. ● 21: Sinfoniekonzert. Die Dresdner Philharmonie. ● Anschl.: Zeit, Wetter ● 22.30: Tanz-Unterricht. ● Danach: Tanzmusik. Fred Bird-Tanz-Orchester.

Deutsche Welle. Freitag, 10. Jan. 9: Landw.-Rat Oelsen: Die Wiesen ● 9.30: Gartendir. Lesse: Wie pflegt man sein Zimmerblumen? ● 10: Hadsch Mohammed Nasif Tscheby und Prof. Dr. Lampe: Pilgerfahrt nach Mekka. ● 14.30: Kinderstunde. ● 15: Jugendmädchenstunde. Dr. Ilse Reiße: Der Sinn der Jugend. ● 15.40: Alice Behrend: Häusliche Lebensformen vor hundert Jahren ● 16: Schulrat Wolff: Pädagogische Arbeitsgemeinschaft des Lehrerkollegiums ● 16.30: Leipzig: Konzert. ● 17.30: Sandra Drouker: Ideazweck der modernen Klavierlehrik. ● 18: Senator a. D. Siebenfreund: Zehn Jahre Handel und Industrie in der Freien Stadt Danzig ● 18.30: Englisch für Fortgeschr. ● 18.55: Geh. Reg.-Rat Prof. Gürtler: Webefehler ● 19.25: Inhalt der nachfolgenden Uebertragung ● 19.30: Saarbrücken: Unter den Linden: „Boris Godunoff". Musikalisches Volksdrama von M. P. Mussorgsky ● Danach: Unterhaltungsmusik. Tobis-Tonfilm-Orchester.

Deutsche Welle. Sonnabend, 11. Jan. 12: Marta von Faber du Faur liest aus „Kind und Welt" von Irmgard von Faber du Faur ● 14.30: Kinderbastelstunde ● 15: Dr. Reichwein: Ueber Erwachsenenbildung ● 15.45: Evangelische Arbeitsgemeinschaft ● 18.30: Hamburg: Konzert ● 17.30: Dr. Rühbardt: Haftpflicht der öffentlichen Beamten ● 18: Rechtsanwalt Dr. Bendix: Praktische Fälle aus dem Arbeitsrecht ● 18.30: Französisch für Anfänger ● 19: Stille Stunde „Zauber im kleinsten Ding" ● 20: Alte und neue Unterhaltungsmusik. Mimi Fr. Lehner: Balladen. Einlage: O. Waldis liest aus Werken von Liliencron und Bierbaum. ● Anschl.: Zeit, Wetter ● Danach: Tanzmusik. Ben Berlin-Orchester.

Tetzners Opfer ermittelt?

Regensburg, 8. Jan. (Drahtmeldung.) Die Polizei gibt bekannt, daß der zuletzt in der Straubingerstraße hier wohnhafte Schriftsetzer Georg Bleier, der zuletzt als Reisender für Nähmaschinen arbeitete, seit dem 26. November 1929 vermißt wird. An diesem Tage hat Bleier an seine Wirtin von Kelheim aus geschrieben, daß er am 30. November in Regensburg eintreffen werde. Nach Ansicht der Polizei ist die Annahme berechtigt, daß das auffällige Verschwinden des Bleier mit der Mordsache Tetzner in Zusammenhang steht; u. a. spricht dafür, daß der Mord von Tetzner in der Nacht vom 26 auf den 27. November verübt wurde und der Tatort sich in nächster Nähe von Regensburg befindet.

18 Tote des Eisenbahnunglücks in Algerien

Algier, 8. Jan. (Drahtmeldung.) Die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück in der Nähe von Guelma ums Leben gekommenen Personen beträgt 18. Sieben Leichen liegen noch unter den Trümmern. Die beiden Lokomotiven des Zuges sind den Abhang hinuntergestürzt, die beiden Packwagen entgleisten und ein Wagen 3. und ein Wagen 1. und 2. Klasse schoben sich ineinander.

Die Wechselgeschäfte des Dr. Schott

Berlin, 8. Jan. (Drahtmeldung.) Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte hatte sich heute der frühere Assessor bei der Staatsanwaltschaft II, Dr. Walter Schott, der wegen verschiedener Betrügereien bereits mehrfach verurteilt worden ist und zur Zeit eine Gefängnisstrafe verbüßt, erneut zu verantworten. Er wird beschuldigt, gemeinsam mit dem mitangeklagten Versicherungsagenten Kurt Müller fünf Wechsel einer holländischen Diskontierungsbank im Gesamtbetrage von 50 000 Mark, die er unterbringen sollte, weit unter dem Preis für 26 000 Mark verkauft und dem Auftraggeber nur 15 000 Mark abgeliefert zu haben. Die Wechsel sind von der holländischen Bank, wie in der Verhandlung festgestellt wurde, eingelöst worden. Das Gericht verurteilte Dr. Schott wegen Untreue zu sechs Monaten Gefängnis. Der mitangeklagte Müller wurde freigesprochen.

Aufklärung eines Mordes nach zehn Jahren

Erfurt, 8. Jan. (Drahtmeldung.) Die Ehefrau des Kastellans des damaligen Oberlyzeums in der Schillerstraße, Karl Flemming, hat der Polizei Anzeige erstattet, daß ihr Mann im Juni 1926 die 57jährige Frau Albine Lenzner, die bei der Familie Flemming wohnte, im Keller der Schule mit einer Kohlenschaufel erschlagen, die Leiche zerstückelt und in einem eisernen Füllofen verbrannt habe. Flemming wurde festgenommen und hat die Tat eingestanden.

Schutzhaft statt Verlobung

Die 22 Jahre alte Tochter einer Hamburger Familie, die sich nach Reutlingen (Württemberg) verlobt hat, wurde plötzlich am Ziel ihrer Sehnsucht und Liebe, eben in Reutlingen, in Schutzhaft genommen. Ihr Verbrechen bestand darin, daß sie die Verlobung gegen den Willen ihrer Eltern eingegangen war. Die nach Reutlingen nachgereisten Eltern waren es auch, die die Schutzhaft der Tochter veranlaßten, ferner ihren polizeilich geschützten Transport zur Bahn und die Einschließung in ein Zugabteil. Der Bräutigam wurde inzwischen in einem Dienstzimmer des Bahnhofs festgehalten. Als seine Beschwerde über Freiheitsberaubung höheren Ortes geprüft wurde, wurde sie als erledigt abschlägig beschieden, weil die Braut inzwischen abgereist, der Fall somit nicht mehr in den Kompetenzbezirk des Reutlinger Oberamts gehöre. Die Staatsanwaltschaft wird sich mit der Sache noch zu beschäftigen haben.

Raubmordversuch an einem Rentenempfänger

Glatz, 8. Januar. (Drahtmeldung.) In Emsersdorf (Kreis Glatz) verübte in der Nähe der Niederblöcke die 20 Jahre alte Magd Hedwig Weigert einen Raubmordversuch an dem 68 Jahre alten Rentenempfänger Lux aus Grafenort. Sie entriß ihm die Geldtasche mit seiner kurz vorher erhobenen Rente in Höhe von 30 Mark und stürzte ihn nach erbittertem Ringen von der Brücke in die Diele. Lux wurde von Hinzukommenden aus dem Wasser gezogen, das Mädchen ins Glatzer Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Der Gauner und die Lady

Schön war sie nicht, aber — Kollegin

Wieder einmal ist Jonas Russel, einer der frechsten Räuber der USA. und Erfinder zahlloser gescheiter Verbrechertricks, geschnappt worden. Als tüchtiger Journalist, der er außerdem ist, läßt er nicht eine Minute ungenützt verstreichen, sondern schreibt aus der Gefängniszelle heraus Artikel für Zeitungen und Magazine, in denen er Erlebnisse aus seinem abenteuerlichen Leben aufzeichnet, der Mitwelt zur Lehre und zum Vergnügen. Dieses war der letzte Streich:

Russel trat in Philadelphia als reicher Fabrikbesitzer auf, mit ebenso viel Brillantringen an den Fingern, wie er schon Dreck am Stecken hatte. In einem Restaurant lernte er Lady Ethel Norman kennen, eine junge Dame aus erster englischer Gesellschaft, die ihren Mangel an Schönheit durch das Zurschautragen eines riesigen Brillantkolliers ausglich. Lady Norman interessierte Russel nicht sonderlich, wohl aber das Kollier.

Bald gelang es Russel, von dem Kollier der scheinbaren Dame seines Herzens unbemerkt eine photographische Aufnahme zu machen. Nach dieser Aufnahme bestellte er bei einem befreundeten und deshalb nicht ganz einwandfreien Juwelier eine genaue Kopie des Kolliers, deren Steine ebenso aussehen, aber falsch sein sollten. Mit dem falschen Kollier in der Tasche besuchte Russel eine Woche später mit Lady Norman zusammen ein Theater. Den Glanz der Veranstaltung erhöhte die Lady, indem sie abermals ihren prachtvollen Schmuck zur Schau trug. Nach der Vorstellung fuhr man im Auto nach der Wohnung der Lady. Nach dem Grundsatz „Erst das Geschäft und dann die Liebe" nahm Russel sein falsches Kollier aus der Tasche und ließ es unbemerkt zwischen die Polster des Wagens gleiten. Dann wurde er zärtlich, nahm die Lady in seine Arme, ihr Kollier hingegen in seine Finger, um es endlich in seiner Tasche verschwinden zu lassen.

Man stieg aus. Man wurde intim. Plötzlich bemerkte die Lady den Verlust des Kolliers. Ihr Galan zeigte sich äußerst aufgeregt und meinte, daß das Kollier möglicherweise im Auto verloren gegangen sei, wo es vielleicht zwischen die Polster hätte rutschen können. Er riet, sofort telephonisch bei der Autodroschkenstelle anzurufen. Ach, meinte Lady Norman hingegen, das wäre wohl nicht notwendig: Russel möge ruhig das Kollier hergeben; selbst wenn noch ein Kollier im Auto läge, so wäre das bloß ein falsches, um das sich zu kümmern die Mühe nicht lohne . . . Russel wollte aufspringen, das Weite suchen — aber schon traten zwei Herren ins Zimmer, die die Herausgabe des echten Kolliers verlangten, indem sie nicht nur ihren eigenen Mund, sondern auch zwei Revolvermündungen drohend sprechen ließen. Aber nach Polizei sahen die neuen Herren nicht gerade aus. War es Konkurrenz? Lady Norman lächelte. „Ich könnte Ihnen durch meine beiden Gehilfen auch noch Ihre Ringe abnehmen lassen, aber ich verzichte darauf, weil man Kollegen gegenüber sich fair verhält . . ." Kollegial verlief auch die Fortsetzung des Gesprächs. Russel erfuhr, daß Lady Norman im Dienst des mit ihm befreundeten Juweliers stand, der sie rechtzeitig von der Anfertigung der Kopie ihres Kolliers unterrichtet hatte.

Der Mann scheint kein Geschäftsgeheimnis zu kennen. Er ist eigentlich der einzige, der sich in der Angelegenheit nicht fair benommen hat.



Prälat Kaas päpstlicher Pronotar.
Prälat Prof. Dr. Kaas,
der Vorsitzende der deutschen Zentrumspartei, wurde wegen seiner Verdienste um den Abschluß des Konkordats mit Preußen zum päpstlichen Pronotar ernannt. Die Pronotare haben eigene kirchliche Kleidung, dürfen einen Bischofsring tragen und ein Brustkreuz, sowie ein Wappen führen.

Sonde 160 in Flammen

Seit genau acht Monaten brennt die der Petroleumgesellschaft Romana-Americana gehörende Sonde Nr. 160 im rumänischen Bezirk Moreni mit ununterbrochener Intensität. Alle Versuche, auf irgendeine Weise des Feuers, das für Millionen und Abermillionen Schaden anrichtet, Herr zu werden, schlugen bisher fehl. Sondenbrände sind in Rumänien nichts Außergewöhnliches, aber ein Feuer dieses Ausmaßes ist noch nicht dagewesen. Zur Zeit ist man in Moreni damit beschäftigt, zur Durchführung eines letzten Löschversuches einen Tunnel zu bauen, um durch ihn unterirdisch an den Brandherd zu gelangen. Der Tunnel wird eine Gesamtlänge von 236 Metern besitzen. 224,50 Meter sind bis jetzt fertig. Die Tunnelarbeiten werden in einer Tiefe von achtzig Metern unter dem Erdboden ausgeführt. Pro Tag werden etwa zwei Meter fertiggestellt. Innen wird der Tunnel mit starken Eisenpfeilern und Trägern abgestützt, ferner völlig ausbetoniert. In dem Augenblick, in dem der Tunnel auf den Sondenkanal stößt, soll vermittels mechanischer Vorrichtungen eine aus Stahlplatten genietete Sappenkammer auf den Sondenmund gestülpt werden, um so das Feuer zu ersticken.

Die Gesamtarbeiten dieser in der Geschichte des Petroleumwesens einzigartig dastehenden Sondenlöschung stehen unter der Leitung des Ingenieurs Mantel. Zur Zeit müssen besondere Entlüftungsvorrichtungen und Ventilatoren die sich verdichtenden durch das Erdreich einströmenden Gase ableiten. Die Belegschaften arbeiten mit Gasmasken. Wenn jemand rauchen würde, müßte der ganze Bau explodieren.

Die eigentliche Löschkammer wurde in der Werkstätte der Romana-Americana in Ploesti gebaut und zwar auf Grund der Pläne des amerikanischen Fachmanns Ing. Crooks, der in Moreni weilt und am 15. Januar einen Probeversuch mit seiner Erfindung machen wird, die ihm im Falle ihres Gelingens nicht weniger als eine halbe Million Dollar einbringt.

Räuberischer Ueberfall auf hohe chinesische Beamte

Futschau, 8. Jan. (Drahtmeldung.) Gestern drangen Räuber in ein Gebäude, in dem ein offizielles Festessen stattfand. Sie bedrohten die Gäste mit Pistolen, fesselten sie mit Stricken und schleppten sie mit sich. Unter den Opfern dieses Ueberfalles befinden sich der Oberbefehlshaber der chinesischen Marine, Jangschutschuang, der Zivilgouverneur der Provinz Fukien und fünf andere Mitglieder der Provinzialregierung. Jangschutschuang wird in einem unbekannten Versteck in Futschau selbst gefangen gehalten, während die anderen nach einem Ort am oberen Lauf des Flusses Minkiang gebracht wurden.

Absturz eines amerikanischen Flugzeuges

2 Tote.

San Diego (Kalifornien), 8. Jan. (Drahtmeldung.) Ein Amphibien-Flugzeug stürzte heute aus einer Höhe von 450 Metern in der Bucht von San Diego ab. Die Insassen, zwei Marineflieger, fanden dabei den Tod.

Eisenbahnunglück in Sowjetrußland

Moskau, 7. Jan. (Drahtmeldung.) Der Schnellzug Tiflis-Moskau stieß in voller Fahrt bei Baku mit einer Lokomotive zusammen. Beide Lokomotiven sowie zwei Personenwagen wurden zertrümmert. Vom Zugpersonal sind mehrere Personen verunglückt. Der Verkehr auf der Strecke Baku-Tiflis ist unterbrochen.

Die Frau ohne Mann

Roman von Anton Döhler.

31) (Fortsetzung.)

„Ich bin noch dieselbe wie vorher," antwortete Toni, „aber ich kann nicht zwischen Dich und eine Frau treten, die von Dir ein Kind erwartet."

„Du weißt also schon?"

„Ja!"

„Aber Du weißt nicht, wie es gekommen ist . . ."

„Quäle mich nicht damit," bat Toni.

Dann waren sie unter allgemeinen Redensarten bis an Tonis Wohnung gegangen, wo sich Hans Moosbauer verabschiedete. Dann sah sie ihn nicht mehr.

Anders war es mit Heinz Holländer. Es verging kaum ein Tag, an dem er nicht wenigstens einige Minuten mit Toni allein zusammen war, und besonders an den Sonntagen gingen sie oft zusammen aus. Aber sobald Holländer auch nur den leisesten Versuch machte, ihr gegenüber zärtlich zu werden, wehrte sie ihn freundschaftlich, aber bestimmt ab.

Der Herbst war ins Land gezogen. Graue Nebelwolken lagen tief über der Stadt. In den Verkaufsräumen mußte den ganzen Tag Licht gebrannt werden. Toni hatte sich in kurzer Zeit eingearbeitet. Durch den täglichen Umgang mit ihren Kolleginnen und mit dem ganz verschieden gearteten Publikum wurde sie abgeschliffen.

Aber der Verdienst war zu gering. Immer noch hatte sie keine Gehaltsaufbesserung bekommen. Der Winter stand vor der Tür. Toni hätte einen Wintermantel gebraucht und wußte nicht, woher sie das Geld dazu nehmen sollte. Die Entbehrungen hatten das gesunde Rot auf ihren Wangen verschwinden lassen. Nur ein rosa Schimmer leuchtete noch durch die weiße Haut. Sie war eigentlich noch schöner geworden, und der ernste Zug, der sich um ihren Mund gebildet hatte, verlieh ihr etwas Geheimnisvolles.

Eines Tages entschloß sie sich, um eine Gehaltserhöhung einzukommen. So konnte es nicht weitergehen. Wie gerne wäre sie öfter ins Schwimmbad gegangen, aber was sie von ihrem Gehalt übrig hatte, mußte sie für wichtigere Dinge anlegen.

Ohne irgend jemand etwas zu sagen, sprach sie an einem Montag abend nach Arbeitsschluß beim Direktor Simon vor. Schon am Vormittag war sie vor dem Allerheiligsten gestanden, bekam dann aber das Herzklopfen und kehrte wieder um. Am Nachmittag unternahm sie auch einen Versuch, aber der Direktor war nicht da. Sie wollte es aber nicht länger mehr aufschieben. Entweder — oder!

Als sie in das Zimmer des Direktors eingelassen wurde, saß dieser hinter seinem Schreibtisch, bequem in den Sessel zurückgelehnt, die Beine übereinandergeschlagen und las in einem Buch. Es brannte nur die Schreibtischlampe, so daß das ganze Zimmer in ein Halbdunkel gehüllt war.

„Setzen Sie sich!" sagte der Direktor und las ruhig in seinem Buche weiter. Erst nach einer Weile legte er es aus der Hand und stand auf. „Schließlich muß ich Sie ja auch sehen," sagte er, indem er an den Türpfosten schritt und die ganze Deckenbeleuchtung einschaltete, von der nun ein helles Licht über das Zimmer flutete.

Zu Toni gewandt lehnte er sich dann an den Schreibtisch, verschränkte die Arme über der Brust und sagte: „Was wünschen Sie von mir, Fräulein Bergner?"

Toni wollte aufstehen, aber der Direktor sagte: „Bleiben Sie nur ruhig sitzen!"

Und nun brachte Toni in kurzen Worten ihre Bitte um Gehaltserhöhung vor.

Er ging zunächst gar nicht auf ihr vorgebrachtes Anliegen ein, sondern sagte: „Sie haben sich sehr gut rausgemacht bei uns — gut, sehr gut! Haben Sie ein Verhältnis mit Herrn Holländer?"

Ein leichtes Rot flog über Tonis Gesicht. Ueberrascht sah sie den Direktor Simon ob dieser sonderbaren Frage an und dann sagte sie: „Nein, Herr Direktor!"

„So, ich dachte nur, weil ich Sie schon öfter mit ihm in traulicher Unterhaltung gesehen habe. Haben Sie überhaupt einen Freund, oder gar einen Bräutigam?"

Toni konnte sich nicht denken, was diese Frage mit ihrer Gehaltserhöhung zu tun haben sollten, aber sie antwortete doch: „Ich habe weder einen Freund noch einen Bräutigam."

„Wollen Sie immer Verkäuferin bleiben?"

„Wenn ich mich verbessern kann, werde ich es natürlich tun, Herr Direktor!"

„Können Sie stenographieren?"

„Nein"

„Maschinenschreiben?"

„Auch nicht."

„Setzen Sie sich einmal hierher!" Damit deutete der Direktor mit dem Daumen auf den Sessel am Schreibtisch.

Toni befolgte die Aufforderung, dann schob ihr der Direktor ein Blatt Papier und einen Bleistift hin.

„Schreiben Sie!" Er griff nach einer Zeitung und dann diktierte er. „Das Einkaufskartell der Großhändler und der Warenhäuser ist im Werden." Er trat hinter Toni und betrachtete sie aufmerksam. Als sie den Satz geschrieben hatte, las er weiter: „Der Zweck des Kartells ist, für möglichst alle Zweige des Baumwoll- und Leinenhandels ähnliche Vereinbarungen mit der Industrie zu treffen, wie für Baumwolldruckwaren."

Solang sie schrieb, blieben die Augen Simons an der weichen Nackenlinie Tonis haften. Dann beugte er sich über ihre Schultern und fragte: „Haben Sie? Geben Sie mir das Blatt!"

Als Toni es ihm reichte, streifte seine Hand wie ohne jede Absicht ihre Figur. Er sah sich die Schrift an und sagte: „Gute Handschrift! Nehmen Sie doch Unterricht im Stenographieren und im Maschinenschreiben!"

„Mein Gehalt reicht leider nicht aus, um die Unterrichtsstunden bezahlen zu können!"

„Ach so! Deshalb sind Sie ja gekommen. Sie bekommen im Monat fünfzig Mark mehr mit Rückwirkung auf einen Monat. Sind Sie damit einverstanden?"

Toni sprang aus dem Sessel auf und ergriff die Hand des Herrn Simon: „Ich danke Ihnen sehr, Herr Direktor!" brachte sie vor Freude nur hervor.

Er behielt ihre Hand in der seinen und mit der anderen klopfte er leise auf ihre Schulter, wobei er seinen Körper ganz nahe an den ihren brachte. Plötzlich ließ er sie los und ging einige Male im Zimmer auf und ab.

Dann blieb er wieder vor ihr stehen und sagte: „Sie fahren mit mir am Samstag nach Nürnberg. Wir beabsichtigen, dort eine Filiale zu errichten, als Fachmännin in Porzellan können Sie mir vielleicht mit ihrem Rat dienen."

„Ich weiß nicht, Herr Direktor, ob Sie meine Fachkenntnisse nicht überschätzen."

„Ganz bestimmt nicht! Wir nehmen das Auto und fahren am Samstag vormittag neun Uhr. Abgemacht?"

„Ich freue mich ja so!"

„Na also! Guten Abend, Fräulein Bergner!"

(Fortsetzung folgt.)

Unregelmäßigkeit

beim Bezirksamt Berlin-Lichtenberg

Seit einigen Tagen schwebt gegen den besoldeten Stadtrat Preindl beim Bezirksamt Lichtenberg ein Verfahren, das zur vorläufigen Amtsenthebung des Beschuldigten geführt hat. Schon seit längerer Zeit war das Gerücht verbreitet, daß Stadtrat Preindl sich durch dienstwidrige Amtshandlungen persönliche Vorteile verschafft haben soll. Man ging diesen Anschuldigungen nach und fand sie auch zum Teil bestätigt. Das Ergebnis der bisherigen Untersuchung wurde daraufhin dem Oberpräsidenten mitgeteilt, der das Disziplinarverfahren gegen Stadtrat Preindl angeordnet hat.

Nach späteren Meldungen hat der Regierungspräsident Preindl des Amtes enthoben. Der Beamte, der Dezernent des Bauamtes des Bezirks Lichtenberg war, hat wider besseres Wissens die Ueberschreitung der Baukosten für das im Februar 1928 eröffnete Hallenbad Lichtenberg dem Bezirksamt falsch gemeldet. Während nämlich die Ueberschreitung der Baukosten in Wirklichkeit 223 000 Mk. betrug, hat Preindl diesen Betrag um 57 000 Mk. niedriger angegeben. Um diese Täuschung der städtischen Verwaltung zu verschleiern, wurden einfach Rechnungen in Höhe von 57 000 Mk. zurückgehalten und nicht beglichen. Der Grund für diese Fälschung ist offenbar darin zu suchen, daß Preindl die Höhe der Ueberschreitung möglichst niedrig erscheinen lassen wollte, um so als besonders tüchtiger Beamter zu gelten. Stadtrat Preindl hat auch den Stadtoberarchitekten des Bezirks zur Teilnahme an dieser Täuschung verleitet. Beide haben dann versucht, die fehlende Summe von 57 000 Mk. durch Ueberschreibung auf neue Bauprojekte wieder einzuholen. Als Preindl nach Aufdeckung dieser Täuschungen des Dezernatspostens der Bezirkshochbauverwaltung enthoben wurde, beantwortete er diese Maßnahme mit schweren Vorwürfen gegen seinen Nachfolger Stadtrat Stimming. Letzterer hat ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt, um die Haltlosigkeit der Beschuldigungen gegen ihn zu beweisen. Ob Stadtrat Preindl die falschen Angaben über die Bauüberschreitung gemacht hat, um sich eigene Vorteile zu verschaffen, muß erst durch das Disziplinarverfahren geklärt werden.

Verschärfte Geschäftsordnung

für die Berliner Stadtverordnetenversammlung

Berlin, 8. Jan. (Drahtmeldung.) Zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Selbstverwaltung finden im Rathaus, seitdem am Dienstag die Stadtverordnetenversammlung wieder aufflog, sehr ernste Besprechungen statt, die von der Deutschen Volkspartei eingeleitet sind. Bisher hat, wie jetzt bekannt wird, eine Fühlungnahme mit den Demokraten und Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Wirtschaftspartei stattgefunden. Auch mit den Deutschnationalen soll über die Zukunft des Stadtparlaments beraten werden. Anlaß zu dem Vorgehen der Mittelparteien bietet die Tatsache, daß der Oberpräsident in einer nicht mißzuverstehenden Weise sich dahin ausgesprochen haben soll, daß die maßlosen politischen Kämpfe im roten Haus, die in letzter Zeit jede sachliche Arbeit vernichtet haben, die Aufsichtsbehörden zu neuen einschneidenden Maßnahmen veranlassen würden, wenn nicht in Kürze die Stadtverordnetenversammlung selbst für die Herstellung geordneter Zustände Sorge trägt. Die Geschäftsordnung wird voraussichtlich verschärft werden. Man wünscht, dem Stadtparlament eine Geschäftsordnung nach dem Muster des Reichstages zu geben und randalierende Elemente auf acht bis zehn Tage eventuell auf eine größere Zahl von Sitzungen auszuschließen. Damit verbunden soll auch der Entzug der Diäten und der sonstigen Vergünstigungen sein. Auch der Polizeischutz des Rathauses soll in wesentlich schärferer Form durchgeführt werden als bisher.

Deutschnationaler Pfarrer als flüchtiger Defraudant

Weimar, 8. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der evangelische Pfarrer Düll in Ehrenheim, der im Verdacht steht, Gelder unterschlagen zu haben, ist seit einigen Tagen spurlos verschwunden. Düll war Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei und kandidierte noch im Dezember des verflossenen Jahres für Hugenberg. Er betätigte sich dazu im Sinne des „Stahlhelms" und zeigte sich als eifriger Anhänger Hugenbergs.

Düll wird vorgeworfen, Pachtgelder von Pfarrländereien veruntreut zu haben. Außerdem hat er seit einem Jahr die von ihm vereinnahmten Kirchensteuern nicht abgeführt.

Rückwärts! Rückwärts!

Austritt des Reichsgerichtsrates Veltmann aus dem deutschnationalen Parteivorstand

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts" hat der erste Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei in Leipzig, Reichsgerichtsrat Veltmann, an den Parteivorstand ein Schreiben gerichtet, in welchem er seinen Rücktritt vom Amte des Vorsitzenden erklärt, das er sechs Jahre lang inne hatte. Er begründet seinen Schritt damit, daß er nicht mehr in der Lage sei, die Politik Dr. Hugenbergs zu vertreten.

Milde Richter

Ein Nationalsozialist vergleicht die Republik mit einem Schweinestall und erhält 200 RM. Geldstrafe

Hamburg, 8. Jan. Die Strafabteilung des Amtsgerichtes hat den nationalsozialistischen Bürgerschaftsabgeordneten Hüttmann auf Grund des Republikschutzgesetzes zu sechs Wochen Gefängnis und den Schriftleiter der „Hansischen Warte", Harke, zu einer Geldstrafe von 200 RM. verurteilt. Hüttmann hatte in einem Artikel in der „Hansischen Warte" geschrieben: „Auf die Staatsform kommt es nicht an, es kommt auch nicht darauf an, ob man einen Schweinestall schwarz-weiß-rot, oder schwarz-rot-hühnereigelb, oder meinetwegen golden anstreicht. Bleibt es nicht immer ein Schweinestall? In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende aus, eine Beleidigung der Staatsform liege nicht vor, was der gleichzeitige Gebrauch der Farben „schwarz-weiß-rot" und „schwarz-rot-gold" beweise. Die Staatsführung als die eines Schweinestalles zu bezeichnen sei eine scharfe, aber keine strafbare Kritik. Das Gericht erblicke jedoch entgegen der Auffassung des Reichsgerichtes in dem Ausdruck „hühnereigelb" eine Beschimpfung der Reichsfarben.

Luderwirtschaft der Raiffeisenbank

Donnerstag wird Uralzeff vernommen

Berlin, 8. Jan. (Drahtmeldung.) Der Raiffeisen-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages setzte am Mittwoch seine Verhandlungen fort. Der Vorsitzende, Abgeordneter Leinert (S.), teilte zunächst mit, daß sich Uralzeff, dessen Vernehmung für heute vorgesehen war, z. Zt. in Dresden befinde und wegen seiner geschäftlichen Angelegenheiten dem Ausschuß erst von Freitag ab zur Verfügung stehe.

Sodann berichtet der Vertreter des Justizministeriums, Staatsanwaltschaftsrat Schumacher, über die Strafverfahren gegen Uralzeff. In Berlin schweben gegen diesen drei Verfahren, darunter das Ermittlungsverfahren wegen des Verhaltens des Uralzeff gegenüber der Raiffeisenbank. Irgendeine Anzeige der Raiffeisenbank oder der Preußenkasse lag nicht vor. Die Staatsanwaltschaft ist von sich aus eingeschritten, weil der Verdacht einer strafbaren Handlung bestand. Das Ermittlungsverfahren ist jetzt zum Abschluß reif. Es ist im Dezember 1928 eingeleitet worden und richtet sich nicht nur gegen Uralzeff, sondern auch gegen Direktoren und Abteilungsdirektoren der Raiffeisenbank. Auf die Frage, warum das Direktorium der Raiffeisenbank nicht Strafanzeige gegen Uralzeff erstattet habe, antwortet Direktor Schwarz, man habe wohl geglaubt, auf dem Verhandlungswege leichter das Geld von Uralzeff zurückzuerhalten.

Als nächster Zeuge berichtet der Sachverständige Sauer über die von ihm vorgenommene Revision des Chemikalienlagers. Ihm wurde eine von Uralzeff stammende Aufstellung ausgehändigt. Dabei fielen ihm sofort die Angaben über die Mengen gewisser Medikamente auf. So waren angegeben 2000 Kilogramm Morphium, 10 000 Kilogramm, also eine Waggonladung salzsaures Chinin, 4000 Kilogramm bromsaures Chinin usw. Diese horrenden Mengen konnten unmöglich da sein. Von den angeblichen Mengen Chinin war nicht ein Atom vorhanden. Der Sachverständige hat diese Feststellung der Raiffeisenbank mitgeteilt, hat aber nach einigen Rückfragen seitens der Raiffeisenbank nichts mehr über die Sache gehört.

Ein holländisches Warenlager, dessen Wert Uralzeff mit 400 000 Gulden angegeben hatte, mußte schließlich für 200 Gulden abgestoßen werden, weil die Ware ganz minderwertig war. Eine ähnliche Differenz bestand auch bei dem Hamburger Kognaklager. — Direktor Schwarz: Ich sage unter meinem Eid aus, daß ich die Aufstellung niemals ernst genommen habe.

In der Nachmittagssitzung wird zunächst als Zeuge der Generalrevisor Dr. Hildebrand vernommen, der die Revisionen bei der Raiffeisenbank vorgenommen hat. Er sagt aus, daß ihm im Jahre 1922 vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Auftrag gegeben worden sei, an Stelle der vorher üblichen Generalrevisionen in Zukunft die Revisionen auf eine rein buchtechnische Prüfung zu beschränken. Es folgt die Befragung der Sachbearbeiter in der Kreditabteilung der Preußenkasse Gröpler und Küper. Küper bemerkt, die Aufstellungen über das Aktienkapital der Raiffeisenbank in den eingeforderten Bilanzen habe er direkt für falsch gehalten. Das habe er auch in seinem Bericht ausgesprochen, der dem Staatsfinanzrat Bönisch vorgelegt worden sei.

Der Ausschuß vertagt dann die weitere Beweisaufnahme auf Donnerstag vormittag. Am Donnerstag soll Uralzeff, der sein Erscheinen in einem Telegramm aus Dresden angekündigt hat, vernommen werden.

Ein Schober-Interview

Die Heimwehr mitten in der Krise

Brüssel, 8. Jan. (Eig. Drahtbericht.) Bundeskanzler Schober gewährte einem Vertreter des Brüsseler „Peuple" im Haag ein Interview. Der Berichterstatter stellte dem Kanzler die Frage, ob er nicht glaube, daß die schlechte Wirtschafts- und Finanzlage wesentlich verbessert werden könnte, wenn die illegalen militärischen Organisationen, die den inneren Frieden des Landes stören, aufgelöst würden. Der Kanzler antwortete, er glaube nicht, daß die Frage der Heimwehr und des Schutzbundes einen wesentlichen Einfluß auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes ausübe. Seiner Ansicht nach wird die Gefahr der Heimwehrverbände vielfach überschätzt. Ich bin, so sagte er, der Ansicht, daß das legale Heer die einzige Militärmacht des Landes sein muß, aber wir haben es mit Fragen zu tun, die durch die früheren Zustände geschaffen sind, und ich glaube nicht, daß es nötig wäre, die Dinge zu brüskieren. Die Militärverbände hätten sehr von ihrer Bedeutung verloren und man könne sagen, daß einer derselben, d. h. die Heimwehr, sich in voller Krise befände. Die Taktik Schobers gehe dahin, diese Verbände nicht durch Regierungszwang aufzulösen, sondern erst abzuwarten, bis die neue Lage sich vollständig ausgewirkt hat.

Seipel fordert Ständerat und Staatsrat

Wien, 8. Jan. (Eig. Drahtber.) Der frühere Bundeskanzler Seipel, der inzwischen die Führung der Christlich-Sozialen Partei wieder übernommen hat, forderte am Mittwoch vor dem Vorstand der Christlich-Sozialen Partei die verfassungsmäßige Einrichtung eines Ständerats. Dieser Rat soll den Namen Wirtschaftskammer führen und alle wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beraten bezw. die wirtschaftlichen Gesetze zu beschließen haben, während der Nationalrat nur für die politischen Angelegenheiten und politischen Gesetze zuständig sein soll. Die von dem Nationalrat beschlossenen politischen Gesetze sollen jedoch andererseits ebenfalls nur in Kraft treten nach Zustimmung durch die Wirtschaftskammer. Die von der Wirtschaftskammer beschlossenen wirtschaftlichen Gesetze sollen wiederum vom Nationalrat nur im Ganzen angenommen oder abgelehnt werden.

Schließlich wünscht Seipel einen Staatsrat, der aus einem Kollegium der Landhauptleute gebildet werden soll und dem jedes Bundesgesetz vor der Inkraftsetzung vorzulegen ist.

Ein Wiener christlich-soziales Blatt stellt dazu fest, daß in der Debatte über diesen Vorschlag ernste Bedenken gegen dessen sofortige Verwirklichung erhoben wurden.

Ein anderes Blatt bezeichnet Seipels Vorstoß als einen Generalangriff auf Schober und das Parlament.

Demokratischer Studententag

in Berlin eröffnet

Berlin, 8. Jan. (Drahtmeldung.) Der Reichsbund deutscher demokratischer Studenten hält heute und morgen hier seinen Reichsvertretertag ab. Die Tagung wurde heute vormittag im demokratischen Klub in Anwesenheit von Delegierten von 20 Hochschulen eröffnet. In seinen Begrüßungsworten betonte der Vorsitzende Wolfram Müllerburg, daß der Reichsbund sich jetzt wieder in aufsteigender Entwicklung befinde. Seit dem letzten Vertretertag seien die Gruppen Rostock, Gießen und Nürnberg neu hinzugekommen. Mit der Demokratischen Partei und mit den Jungdemokraten bestehe eine Freundschaft und Arbeitsgemeinschaft. Auf die Eröffnungsrede folgten Geschäfts-, Kassen- und Gruppenberichte, sowie Besprechungen organisatorischer Fragen.

Reichstagsabgeordneter Wilhelm Schlüter gestorben. In der Nacht zum Mittwoch ist im Hedwigs-Krankenhaus in Berlin der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schlüter an den Folgen eines schweren Schlaganfalles gestorben. Der Abgeordnete Schlüter wurde im Wahlkreis 17 (Westfalen-Nord) gewählt. Seine Nachfolgerin ist, dem „Abend" zufolge, Frau Caroline Dettmer in Minden in Westfalen.

Kommunistische Parteidiktatur

Köln, 8. Jan. (Eig. Drahtbericht.) In der letzten Stadtverordnetensitzung Kölns wurde der kommunistische Stadtverordnete Ephorn wegen ungebührlichen Betragens für zehn Sitzungen ausgeschlossen. Auf Veranlassung des hiesigen Diktators der KPD. hat Ephorn nunmehr sein Mandat niederlegen müssen. Ob wegen des ungebührlichen Betragens oder wegen andrer Dinge ist nicht bekannt.

Köln und die Ruhrstädte

Ein amtliches Dementi

Köln, 8. Januar. (Drahtmeldung.) Der Regierungspräsident von Köln dementiert im Auftrage der Berliner Zentralstellen die von rheinischen Zeitungen in den letzten Tagen gebrachte Mitteilung, Köln und einige Ruhrstädte würden staatsunmittelbar und dem Oberpräsidenten unmittelbar unterstellt, der Regierungsbezirk Köln sollte aufgehoben werden, die Städte des Ruhrgebiets würden aus den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg und Münster herausgenommen und einem besonderen Ruhrpräfekten (Ruhrprovinz) unterstellt. Der Regierungspräsident erklärt, diese Nachricht komme offenbar aus gewissen privaten Kreisen in Essen, die dann und wann eine Initiative für die Ruhrprovinz und für eine Abtrennung des Ruhrgebiets von der Rheinprovinz und Westfalen entfaltet hatten. Von der Staatsregierung sei weder in der Vergangenheit ein solcher Plan erwogen worden, noch werde er jetzt erwogen.

Feierschichten

bei der I.-G.-Farbenindustrie

Frankfurt a. M., 8. Jan. (Drahtmeldung.) Die I. G. Farbenindustrie in Höchst gibt bekannt, daß sie, um weitere Arbeiterentlassungen zu vermeiden, sich dazu entschlossen habe, vorübergehend von der mit dem 12. Januar beginnenden Woche ab, in dem Höchster Betriebe Teile der Belegschaft abwechselnd je eine Schicht pro Woche zu beurlauben.

Muttermord

London, 8. Jan. (Eig. Drahtber.) In einem Hotelzimmer in Margate wurde im Oktober 1929 die 63jährige Witwe Fox tot aufgefunden. Das Hotelzimmer war bei der Entdeckung der Leiche voll Rauch, so daß ursprünglich Verbrennungstod angenommen wurde.

Da sich später im Zusammenhang mit der Einlösung einer Versicherungspolice gewisse Verdachtsmomente einstellten, wurde die Leiche ausgegraben, wobei von ärztlicher Seite festgestellt wurde, daß der Tod bereits vor dem Ausbruch des Feuers erfolgt ist. Die Polizei hat vor kurzem den 30jährigen Sohn der Verstorbenen wegen Betruges festgenommen. Er soll wegen Mordes an seiner Mutter unter Anklage gestellt werden.

Die Großmutter überfallen und beraubt

Berlin, 9. Jan. (Drahtmeldung.) Eine 75 Jahr alte Frau wurde gestern nachmittag in ihrer Neuköllner Wohnung von ihrem Enkel, einem 17jährigen Fürsorgezögling überfallen und beraubt. Der Junge hatte von seiner Erziehungsanstalt Urlaub nach Berlin erhalten. In Begleitung eines Freundes ging er gestern in die Wohnung seiner Großmutter und verlangte Geld von ihr. Als sie sich weigerte, schlug der Enkel mit einem Knüppel auf sie ein. Die Burschen raubten dann das vorhandene Geld und flüchteten. Die alte Frau wurde ins Krankenhaus gebracht.

Geldbriefträger um 20 000 Mark bestohlen

Kiel, 8. Januar. (Drahtmeldung.) Die Kriminalpolizei verhaftete einen 18jährigen Büroangestellten eines hiesigen Rechtsanwalts, der am Montag einen Geldbriefträger auf dessen Bestellgängen Geldbriefe entwendet hatte, die Goldpfandbriefe im Werte von 8- bis 10 000 Mark und Sichtwechsel von über 10 000 Mark enthielten. Der junge Mann wurde in dem Augenblick festgenommen, als er bei einer hiesigen Bank Zinsscheine einlösen wollte. Die Wertpapiere wurden noch vollzählig vorgefunden.

Für den kleinen Haushalt.
Gutes Licht, schnell Wärme
Arbeiterleichterung



Alle Gasgeräte
können Sie billig und bequem
in Kaufmiete
erwerben, bei Ihrem
Gaswerk, Florastraße 7



Gelsenkirchener Sauerkrautfabrik
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gelsenkirchen, Dessauerstraße 52 ■ Telefon 21094

Jacob Olf ▪ Gelsenkirchen
Klosterstraße 1
Gastwirtschaft ■ Ia. Speisen
u. Getränke ■ Spez.: Eisbein

Hotel Hans Sachs
Stadtschenke Hans Sachs

Westfälische Kunststein- u. Zementwarenfabrik
Rheinischestr. 24 G. m. b. H. Rheinischestr. 24
Anfertigung sämtlicher Zementwaren

Bernhard Beckers, Gelsenkirchen
Grenzstr. 118 Gegr. 1903 Ruf 25202
Zentralheizungen

Marien-Apotheke
Rotthauserstraße 101
Anfertigung aller Krankenkassen-Rezepte. Sämtliche Mittel für Kranken- und Kinderpflege.

Arbeiter, Angestellte u. Beamte
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, der Genossenschaftstage, des Allgem. freien Angestelltenbundes und des Allgem. Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der



Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
Versicherungsaktiengesellschaft

Auskunft erteilen bezw. Material versenden kostenlos die Rechnungsstelle Essen, Schillerstr. 1-3, IV Stock (Hanseahaus), H. Lachmann, Gelsenkirchen, Waltraudstraße 17 I Etg., in Gladbeck-Zweckel: Josef Sailer, Händelstraße 37, der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 38/39.



Warnung!

In letzter Zeit werden vielfach durch große Reklamen unter schönen Namen **Wassermotor-Waschmaschinen** als neu und verbessert angeboten. Dabei handelt es sich um veraltete Systeme, die wir vor 25 Jahren schon gemacht haben. Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß wir diese alten Systeme Waschmaschinen für wenig Geld abgeben.

Bis 10 Monate Ziel und länger ohne Aufschlag. Festbesoldete erhalten die Ware evtl. ohne Anzahlung.

Spezialität: Bedeutend verbesserte Original-Wasch-, Wring-, Mangelmaschinen und Wassermotore, die ohne Zwischenhandel vom Erfinder an die Verbraucher geliefert werden. Die am Fabriklager befindlichen **Herde** und Patent-**Gasherde** werden in Qualität von keinem Fabrikat übertroffen und sind dabei billig. **Achten Sie auf den Namen Kampmann, Straße und Nr.** Einzigstes, größtes und führendes Spezial-Filial-Unternehmen der Waschmaschinenbranche, das von alten Fachleuten geführt wird. Besichtigung frei.

Nur Gelsenkirchen, Florastraße 4, dem Gaswerk gegenüber, an der Wiese, in **Buer, Luciagasse 7,** bei Haibeisen

FREIE WORT-VERLAG BERLIN SW 68 LINDENSTRASSE 3

DAS FREIE WORT

SOZIALDEMOKRATISCHES DISKUSSIONSORGAN

. . . ist eine sozialistische Tat in des Wortes wahrster Bedeutung . . .
Meyer in R., Lehrer
. . . die jeder Gewerkschaftler und Parteigenosse lesen müßte . . .
Schreyer in C., Metallarbeiter
. . . einem allgemeinen Bedürfnis nach Klarheit und Einfachheit den aktuellen Tagesproblemen in Politik und Wirtschaft gegenüber gut entspricht . . .
H. Pfarrer, Buchdrucker in A.
. . . ein durchaus brauchbares Instrument für die Funktionäre unserer Partei ist . . .
Parteifunktionär

Die Zeitschrift erscheint wöchentlich. Sie kostet monatlich

nur 85 Pfennige

Zu beziehen durch:

Volksbuchhandlung Gelsenkirchen-Buer, Ringstr. 33

Einlach möbl.
Zimmer
zu vermieten.
Friedrichstr. 31
(part. rechts)

Freibank.
Morgen, Freitag
von 8—10 Uhr
Nr. 922—1070,
von 10—12 Uhr
Nr. 1071—1220.
Schlachthofverwaltung.

Inserieren bringt Gewinn!

Gebrauchsmuster
Warenzeichen
PATENTE
erwirkt u. verwertet
Ingenieurbüro
C. Michels
Gelsenkirchen
Neustr. 24

Deutsche Bau- u. Siedlungsgemeinschaft Darmstadt
eingetr. G. m. b. H., gewährt
Darlehen ohne Zinsberechnung
zum Bau von Eigenheimen u. zur Ablösung von Zinshypotheken.
Wer sich ein Eigenheim mit Hof und Garten schaffen,
Wer künftig seine Miete sparen oder
Wer seine Wohnungsverhältnisse verbessern will,
Wer die Sicherheit seiner Familie auf schuldenfreiem eigenen Grundbesitz erstrebt, erreicht sein Ziel durch baldigen Anschluß an die D. B. S.
Geringe Sparverpflichtungen — keine Zinsen!
Ueber: **„Bauen mit zinsfreiem Gelde"**
spricht **Herr Gillert, Dortmund, Kreuzstr. 29**
am Donnerstag, 9. Januar 1930, abends 8 Uhr im „Gasthaus zum schwarzen Diamanten", Gelsenkirchen-Buer, Bismarckstraße Nr. 217;
am Freitag, 10. Januar 1930, abends 8 Uhr „Schloß Horst", (Hexenkeller), Gelsenkirchen Buer, Stadtteil Horst;
am Samstag, 11. Januar 1930, abends 8 Uhr „Hotel Rheinischer Hof", Gelsenkirchen-Buer, Theresienstraße (gegenüber Warenhaus Alsberg).
Wichtig für jeden Bauinteressenten und jeden strebsamen Menschen!
Eintritt frei! **Ortsgruppe Gelsenkirchen.**

Verkaufsstelle Küppersbusch



Größte Auswahl
Billigste Preise
Zahlungserleichterung
Lieferung frei

Küppersbusch
Gelsenkirchen
Bahnhofstraße 30 Klosterstraße 3

Filmschau.

Apollo-Theater.

Morgen (Freitag), 2 Uhr, große Premiere! Der herzergreifende deutsche Groß-Tonfilm „Nur dich hab' ich geliebt." Mady Christians, bekannt und bewundert aus vielen stummen Filmen, spielt, spricht und singt sich in alle Herzen. Sie verkörpert in diesem Film eine große Künstlerin, die, berauscht von Wein und Ruhm, ein galantes Abenteuer mit einem berühmten Kollegen hat . . . Aus diesem heimlichen Abenteuer entsteht viel Leid, die Handlung wird stellenweise hochdramatisch. Ein kleines, niedliches Mädchen hilft, den Zauber heiteren Familienlebens darzutun, wie überhaupt die ganze Handlung dem Publikum außerordentlich gefallen wird. Neben Mady Christians wirken mit: Hans Stüwe, Walter Jankuhn, Kl. Marion Conrady, Carl Platen, Trude Berliner, Hans Mierendorff, Hermann Picha. — Außerdem das erlesene Beiprogramm.

Industrie-Kino.

Ab morgen (Freitag) der spannendste Kriminalfilm der Gegenwart: „Alibi" nach dem Melodrama „Nightstick". 8 spannende, nervenaufpeitschende Akte aus Neuyorks Unterwelt. Der ewige Kampf zwischen Polizei und Verbrechertum bildet das Motiv dieses in atemraubendem Tempo gespielten Films, das dem Meister des Kriminalfilms, Roland West, Gelegenheit gibt, sein geniales Können aufs neue zu beweisen. Der Neuyorker Polizeipräsident sagte über diesen Film, daß „Alibi" der größte und echteste Kriminalfilm sei, den er in seinem Leben gesehen habe. Im Carlton-Theater in London lief dieser Film in der englischen Uraufführung über drei Monate vor ausverkauften Häusern. Die deutsche Bearbeitung stammt von dem bekannten Kriminalschriftsteller Hans Hyan. — Der weitere Schlager zeigt Constance Talmadge in „Vernus". In einer dramatischen Handlung von großer Wucht werden die Abenteuer der exzentrischen Prinzessin Doriani geschildert. Constance Talmadge, die die Rolle dieser Fürstin verkörpert, gehört zu den Filmschauspielerinnen, die durch ihre Schönheit und natürlichen Charme jedes Publikum fesseln. Die Handlung des Films spielt sich teilweise auf einer Luxusjacht auf dem Mittelmeer ab, teils führt sie weiter nach Genua, Algier, Oran und der Wüste Sahara. Die weltberühmte Schauspielkunst von Constance Talmadge, die hier zum erstenmal einen Film in Europa und Amerika spielte, machen diesen Film im Verein mit der spannenden Handlung zu einem Erfolgsfilm ersten Ranges. — Hierzu ein köstliches Lustspiel: „Elli, die Puppenkönigin."

Capitol-Theater.

Ab morgen (Freitag) startet der große Sexualfilm „Eros in Ketten, die Sexualnot des Weibes". Ein neuer, der Jugend und dem Leben gewidmeter Film. Die Gegenwart hat die Einstellung des modernen Menschen zu erotischen Fragen grundlegend verändert. Bücher mit Massenauflagen erörtern erotische Dinge diskretester Natur in vollster Oeffentlichkeit. Hier wagte sich die Filmkunst an dieses empfindliche Thema. Einfach und klar, selbstverständlich und zwingend rollt sich das Schicksal zweier junger Menschen vor uns ab. Ein Film, dessen wuchtigem Ernst sich niemand entziehen kann. „Zwischen Eltern und Kindern klafft ein tiefer Riß, den zu überbrücken, in erster Linie Sorge der Eltern sein muß." Unter diesen Worten des größten englischen Dichters G. B. Shaw, der die Nöte unserer Zeit erkannt hat und in seinen Werken wahrheitsgetreu schildert, beginnt morgen die aufsehenerregende Premiere. — Im zweiten Teil des Programms ein Film, der die Lacher auf seiner Seite hat, betitelt: „Das raffinierte Girl". Eine Komödie in 6 Akten. Außerdem noch ein heiteres Lustspiel, die neueste Wochenschau und ein hochinteressanter Kulturfilm. Unser allseits beliebtes Hausorchester unter der bewährten Leitung von Kapellmeister Fischer illustriert aufs beste. — Anfang Wochentags 3 Uhr, Sonntag 2 Uhr, letzte Vorstellung 8 Uhr.

An unsere Leser!

Wir bitten unsere verehrte Leserschaft höflichst, den Zeitungsboten, die zu pünktlicher Abrechnung verpflichtet sind, bei der Einkassierung des Bezugsgeldes keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Weiter bitten wir, um unliebsame Irrtümer bei der Kassierung zu vermeiden, die zuletzt bezahlte Quittung immer bis zur Bezahlung der nächsten aufzubewahren.

Verlag Volkswille
Expedition.

Theater / Musik.

Städtische Veranstaltungen Gelsenkirchen-Buer.

Heute (Donnerstag) Operngastspiel in der Schauburg, Buer.

Das Dortmunder Stadttheater bringt Schillings Oper „Mona Lisa" zur Aufführung. Spielbeginn 19.30 Uhr, Ende gegen 22 Uhr. Nichtvormieter erhalten Karten zum Preise von 1, 2, 3 und 4 RM. im Rathaus Buer (Zimmer 17), Hans-Sachs-Haus (Zimmer 228), in der Buchhandlung Arenhold (Buer), Urbanusbuchhandlung (Buer), bei den Verkehrsvereinen Buer und Horst, bei Volmer in Herten, Overmeyer in Dorsten und eine Stunde vor Beginn an der Abendkasse.

•

Lustiger Abend Senff-Georgi:

Morgen (Freitag), den 10. dieses Monats, 20 Uhr, im Hans-Sachs-Haus. Ein Senff-Georgi-Abend ist protenzierte Heiterkeit, eine Lichtquelle im düsteren Grau des Heute, gesunder, frischer Humor. Es geht wie eine ansteckende Gesundheit durch den Raum, sobald Senff-Georgi auf dem Podium erscheint, denn es ist etwas Suggestives in seiner Art, wie er, unterstützt von einem fabelhaften Gedächtnis, das Wort meistert, jeden Dialekt beherrscht, in Geste und Mimik das Gesprochene so lebendig unterstützt und illustriert, daß er ein tausendköpfiges Publikum ein paar Stunden hindurch in dauernder Heiterkeit zu halten vermag. Das ist das köstlichste Geschenk, das er seinem Publikum immer wieder mitbringt: Lachen, herzerquickendes Lachen für alle und auch für die, die es fast verlernt haben.

Eintrittskarten zu 0,50 RM. und 1,00 RM. sind im Städtischen Bildungsamt (Hans-Sachs-Haus, Zimmer 228), Rathaus Buer (Zimmer 17), bei Alsberg (Sammelkasse), Müller (Neumarkt 5), Rating (Hindenburgstr. 5), Reddemann (Schalker Straße 186), Dieckhöner (Bochumer Straße 91), Arenhold (Buer), Urbanusbuchhandlung (Buer), bei den Verkehrsvereinen Gelsenkirchen, Buer, Horst, Wattenscheid und Wanne-Eickel, außerdem am Freitag an der Abendkasse zu haben.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille". Ludwig Leppoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer.